

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neues Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Einget. in der Post-Verwaltung. Preisliste für 1896 unter Nr. 1977.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile ober deren Raum 40 Pf., für Veretins- und Veranlagungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Verantwortl. Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Reuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 9. Februar 1896.

Expedition: SW. 19, Reuth-Strasse 3.

Quittung.

Bei dem Unterzeichneten sind im Monat Januar folgende Parteibeiträge eingegangen:

Achim, v. d. Nothen 5.—, Nachen, nicht illuminiert 20.—, Nachen, vergütete Nothe 2,15. Nachen, gef. neue Wohnung, Indergasse 2,51. Alchemnig, Montagsnummer 2,20. Altona, gef. auf einer Gesellenfeier 61 durch W. S. 6,30. Berlin, Beiträge der Wählkreise: 1. Kreis 100.—, 2. Kreis 300.— (darunter H. 3,90, M. B. 10.—, Scheinbeilage H. 1.—, Neujahrs-Karten G. S. 6,50.) 4. Kreis 1000.— (darunter v. d. Tapesirern 50.—, Andreas H. 60.—, Emil Jenau 50.—, Emil Böhle 50.—, Mehr Licht 50.—, Schriftgießerei Wöllmer, Bierkonsum 50.—, Pufferkolonne Epple, 50.—, Döring, rote Geburtstagsfeier 4,40.) 5. Kreis. Troh Köhler, Stumm und Wisnack 300.— (darunter Georgenkirchstraße 1.—). Berlin, diverse Beiträge: Nothe Geburtstagsfeier, Kaufmänn. 2.—, Sangesbrüder, Moabit 20.—, Väter Pf. 1.—, Romisch, Gerichtstr. 5,50. Dr. L. H. 20.—, Personal des „Vorwärts“ 150.—, Dr. G. 100.—, Ueberschuss v. Vergütungen der Schraubendreher 5,50. Dr. J. Hg. 270,15. Ein gemütlicher Schafst. 1,25. Von Mitgliedern der U. — Dr. 10,85. Nothe Buchbinder Reußstraße 5.—, Sächsischer Genosse in Moabit 20.—, Bierprocente bei Dopé 27.—, F. S. 5.—, Bading'sche Werkabteilung 30.—, M. S. 75.—, J. S. 25.—, A. D. 3 d. 1.—, Alph. B. 6.—, S. S. 10 1.—, Müller u. Genossen, Gornmannstraße 2,50. Gutenberg 100.—, Gef. d. Wollers am Spitzkerab. b. Schapel 2.—, R. M. 5.—, J. M. 3.—, B. Mittel d. Drucker v. W. 6,40. A. S.—, 50. Zeitungsbändler —, 50. Kartenlotterie, Weisenburgerstraße —, 50. Schleifische Weber G. M. 2.—, Ein Saal v. Siemens u. Halke zum Jubiläum der Gründung des neuen Deutschen Reiches 4,30. Bierkonsumanten der Kontobücherfabrik v. H. J. 5.—, Carlinen 8,11. Rommisch P. G. 1,50. Geburtstags Plantenfeststraße 3,90. Gef. b. d. Geburtstags Schneider's, Admiralsstr. d. Wiederholl 6,61. Folger im Maschinenaal des „Vorwärts“ 10.—, Baumkuleweg 25.—, V. W. P. S. 5000.—, Bedam i. W. v. d. Kupferknechten 3,50. Verburg, Nächst. 150.—, Gulach, Zellerkollektion 1,55. Bremen, ein Jünger Stephens 5.—, Breslau, rote Geburtstagsfeier, Breitestr. 4,5, 3,50. Cottbus, Ueberschuss v. Schießen der Genossen Spremberger Vorst. 4.—, Cottbus, S. 10.—, Cassel 419,04. Dresden Altst. d. fäch. Wähltr. 500.—, Döbeln, Romanus 13.—, Eberbed, Bellingdorf 20.—, Eckardshausen, gef. b. einer Hochzeit durch R. 3,45. Gallenberg (Oberchl.) 2.—, Genf, Deutscher 100.—, Gersdorf, P. J. 1,15. Gelsenkirchen 20.—, Gera (Neub.) 50.— (dar. v. Zwöhen 30.—), Hilda 10.—, Hamburg, Tabakarbeiter der Fabr. v. Böbling u. Wuhle 14,35. Dörschleichen 40,70. Hamburg, Sortiren u. Kompt. Pers. der Tabakarb.-Genossenschaft 28.—, Hamburg, Ueberschuss der Mäifeier 1892/93 54,6.—, Hahndt b. Bremen 25.—, Halberstadt 50.—, Hirschberg, Aktion b. Effner 1.—, Hamburg, v. d. Maxianern 25.—, Hildesheim, 10. hannoverscher Wahlkreis 200.—, Jlimenau, Ueberschuss vom Zigarrenkonsum der Weisgerber 20.—, Karlsruhe, von einer unzufriedenen Gesellschaft 5,30. Kiel, von zwei Grünspongeln 1.—, Kirchhain, R. E. amerik. Aktion beim Stiftungsfest der Lederarbeiter 11,35. Langerfeld, gef. b. d. Schwefelfeier 2,50, Ueberschuss einer Waldpartie 0,50. Ea. 3.—, München, Wollkäufer 5.—, Memel, d. G. B. 7,20. Mann im Rend 1825.—, Neudamm 4.—, Osnabrück, von den roten Sängern 9.—, Offenbach a. Main, durch den Vertranenmann 50.—, Pulsnitz, neugebildete rote R. 4,63. Perleberg, gesammelt b. einer Geburtstagsfeier 1,25. Pausa i. U. v. Genossen 10.—, Ronsdorf, v. Genossen

20.—, Solingen, durch G. 50.—, Staßfurt, durch W. 20.—, Schwäbischer Jindgroßchen 25.—, Sorau N.-L., durch G. H. 25.—, Sorau, W. G. 7,60. Sagan, Uebersch. d. silb. Hochzeit b. Kortman 14,35. Trachenberg b. Dresden, v. gemüthl. Statspiel. 15,60. Weibert, durch W. G. 30.—, „Vorwärts“, 4. Quartal 1895 11 009,70. Wilsen a. L. 30.—, Wilsen, gemüthliches Beisammensein der Holzarbeiter 2,20. In der Quittung über die Eingänge im Monat November v. J. in Nr. 11 des „Vorwärts“ vom 14. Januar d. J. muß es statt Achim, von den Nothen 55.—, heißen 5.—, Hamburg-Eimsbüttel, den 7. Februar 1896. Für den geschäftsführenden Ausschuss. A. Gerisch, Hamburg-Eimsbüttel, Eichenstr. 4, 1.

X-Strahlen der Jurisprudenz.

Zum zweiten Male hat die Leonhardt-Kammer des Landgerichts Berlin I zu Gericht gesessen über die sogenannte „rote Nummer“ vom 18. März vorigen Jahres und zum zweiten Male sind der Herausgeber und der Drucker dieser Flugchrift zu Freiheitsstrafen verurtheilt worden. Das Urtheil, das diesmal wieder den Herausgeber schuldig mit vier Monaten Gefängniß, den Drucker Bading indes diesmal gelinder fortkommen läßt — statt zwei Monat sind ihm zwei Wochen zugesprochen — haben wir bereits im Anschluß an den Verhandlungsbericht mitgetheilt. Jetzt liegt uns die Begründung des Urtheils vor. Im wesentlichen haben wir es da mit den nämlichen Gebankenentwicklungen zu thun, mit denen die Leonhardt-Kammer ihr erstes, vom Reichsgericht späterhin kassirtes Urtheil zu begründen versuchte. Nur seiner ist der Faden gesponnen, aber aus dem nämlichen Material ist der Strid gedreht, mit dem die beiden Sozialdemokraten „von Rechts wegen“ geknickt werden sollen — in effigie meinen wir das natürlich. Aus dem nämlichen Material ist er gedreht, aus solchem Material, wie es nur in den Hinwindungen besonders berufter Rechtsgelehrter erzeugt zu werden pflegt.

Nur in einem Punkte weicht das neue Urtheil grundsätzlich ab von dem früheren. Das Reichsgericht hatte das frühere Erkenntniß aufgehoben, weil seiner Ansicht nach die rote Nummer keine periodische Zeitschrift sei und deshalb deren Herausgeber nicht als Redakteur auf Grund des Preßgesetzes abgeurtheilt werden konnte. Man muß dieser Reichsgerichts-Entscheidung eingedenk sein, um die Wendung würdigen zu können, mit der die Leonhardt-Kammer ihr zweites Erkenntniß abschließt mit den Worten: „Indem schließlich noch bemerkt wird, daß die neue Hauptverhandlung nichts dafür erbracht hat, daß das fragliche Flugblatt sich als eine periodische Zeitschrift darstelle, ergiebt sich als Resultat aller vorstehenden Erwägungen, daß zwar die Angeklagten nicht als Redakteur, Verleger oder Drucker nach §§ 20 oder 21 des Preßgesetzes verantwortlich zu machen sind und deshalb eine thatsächliche Feststellung, wie sie im ersten Urtheil vom 18. Mai 1895 enthalten war, nicht getroffen werden konnte, daß dagegen als thatsächlich erachtet werden müßte, daß die Angeklagten im März 1895 zu Berlin, ein jeder für sich, in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung

zu Gewaltthatigkeiten gegen einander öffentlich angereizt haben.“ Sie waren daher nach § 130 Strafgesetzbuch zu bestrafen.

Geht's nicht so, so geht's doch so. Das müßte ein schlechter Jurist sein, der nicht für jedes staatsgefährliche Uebel verschiedene Kräfte und Kränlein in der Pharmakopoe für Staatsvertheidigung aufzubereiten wüßte. §§ 20 und 21 des Preßgesetzes sind nicht anwendbar? Macht nichts! § 130 des R.-St.-G. thut auch seine Dienste. Die Hauptsache bleibt doch immer, daß Schulte und Bading ihrer Strafe nicht entgehen.

Was nun den Nachweis für das Verbrechen der beiden Verbrecher selbst angeht, so ging das ja nicht ohne ein paar ganz subtile Feinheiten ab, die der höchsten Bewunderung der gesammten Juristenkorporation werth sind. Der dolus eventualis ist mit einer Schärfe herausgearbeitet worden, daß andere Richter, die demnächst über Preßvergehen abzurtheilen haben, jedweden Drucker einer inkriminirten Schrift mit dem Schema der Leonhardt-Kammer für Eventual-dolus-Sachen gleichfalls unter das richterliche Fallbeil bringen können. Es lohnt sich, dieses Schema hier vorzuführen:

Die Thäterschaft des Bading anlangend, so konnte selbstverständlich seine Verantwortung auch nur durch die genaue Untersuchung, ob er vom Inhalt des Flugblattes Kenntniß besaß und wie weit diese Kenntniß reichte, festgestellt und nicht etwa auf den einzigen Umstand gegründet werden, daß das Flugblatt in seiner Druckerei gedruckt worden war. Bading hatte nun bereits in den Jahren 1893 und 1894 die rothen Nummern gedruckt und wußte, daß wenigstens im Jahre 1893 die rote Nummer beschlagnahmt, daß auch Anklage wegen ihres Inhalts erhoben worden, aber Preßvergehen erfolgt war. Er hatte ferner Kenntniß von dem Verbot der Verwendet werden sollte. Er wußte endlich, daß die neue Nummer, die bei ihm gedruckt werden sollte, wieder zur Feier des 18. März erscheinen werde. Diese Thatsachen stehen auf Grund seines eigenen Geständnisses fest. Eine anderweitige Kenntniß in ihm vom Inhalt des Flugblattes ist ihm nicht nachgewiesen.

Aber das Gericht hat die ihm nachgewiesene Kenntniß für ausreichend erachtet, um auch ihn als verantwortlich für das Flugblatt und seine Wirkungen zu erachten. Denn Bading mußte sich sagen, daß das beschlagnahmte, bei ihm zu druckende Flugblatt wenigstens möglicherweise einen derartigen Inhalt haben werde, wie es ihn thatsächlich gehabt hat, also einen Inhalt, der zu Gewaltthatigkeiten im vorstehend erörterten Sinne anreizt. In einer derartigen Annahme lagen für ihn genügende Anhaltspunkte vor, nämlich die Feier des 18. März, also eines revolutionären Ereignisses, das geschilderte Bild und die frühere Beschlagnahme sowie Erhebung der Anklage, die sich an eine ähnliche Nummer bei gleichem Anlaß geknüpft hatte.

Wenn aber jemand einen gewissen schädlichen Erfolg als möglich vor sich sieht, so kann sich sein Wille in zweifacher Hinsicht rechtswidrig jenem Erfolge gegenüber verhalten. Entweder er will den schädlichen Erfolg nicht, verabsäumt aber gleichwohl diejenigen Maßregeln, welche seinen Eintritt verhindern können. Abdamm handelt er fahrlässig. Oder aber er will den möglicherweise eintretenden

Clotilde. (Nachdruck verboten.) Roman aus der Gegenwart von D. W. M. von Walthausen.

Die Gräfin nahm an: wer einmal gespielt hat, spielt wieder, sie ging daher jetzt nur noch in den Kurfaal und legte sich dort förmlich auf die Lauer.

Dem Herrn Venovon wurde indeß das stete Herumgehen, Stehen und Auspassen langweilig, er setzte sich zuweilen an das Roulett, um zum Zeitvertreib sein Glück zu versuchen. Und er spielte mit Glück.

Oftmals kam er zu den Damen und zeigte ihnen eine handvoll Gulden, welche er gewonnen.

Die Gräfin und ihre Tochter sahen, wie noch viele andere Damen, um gesehen zu werden und zu sehen, auf den roth sammetenen Divans, die rings in dem mit Gold überladenen Gesellschaftssaale angebracht waren.

Da kam denn manchmal Venovon und händigte der Konteß Elly, für die er sich mit großer Liebenswürdigkeit zu interessiren schien, einige der gewonnenen Geldstücke ein, mit der Bitte, doch einmal selbst zu setzen, um zu probiren und zu finden, daß sie nicht nur eine zierlich kleine, auch eine glückliche Hand habe.

Elly wollte nicht ablehnen, ihre Mutter wollte den galanten Kontrahent erst recht nicht betrüben, und so kam es, daß die beiden Damen an den Spieltisch traten und mitspielten.

Die Gräfin freute sich über das Aussehen, welches ihre Tochter an der Spielbank erreichte, wenn sie grazios mit ihren zierlichen Händchen setzte, und wie es oft geschah, das gemonnene Geld aufnahm. Sie hatte auf nur viermal verloren und auf rouge sechsmal gewonnen.

„In der Farbe der Liebe haben Sie Glück, meine Gnädige,“ sagte Venovon zu Elly, als er ihr den rechten und dann der Gräfin den linken Arm bot, um beide Damen mit gewohnter Galanterie nach Hause zu geleiten.

Da Venovon in demselben Hotel speiste, so saßen die drei bei der Mittag- und Abendstunde oft lange beisammen an einem Tische für sich.

Es wurde traulich geplaudert, geschertzt und gelacht, denn Venovon verstand es, Damen zu gewinnen. Er wußte aufmerksam und gefällig, mit seinem Anstande sie zum Lachen zu bringen.

Bald entspann sich ein intimes Verhältniß zwischen Elly und Venovon.

Elly lebte neu auf und war überglücklich, sie hatte solche Elogen von ihrem Manne nie gehört — sie hatte ihn ja nie geliebt und ihn nie zu Worte kommen lassen und war nie so geehrt, nie so zuvorkommend behandelt worden.

Die Gräfin triumphierte, daß von den vielen männerbedürftigen Damen, welche im Badeort anwesend waren, ihre Tochter so schnell einen so stattlichen Verehrer gefunden hatte.

Venovon hatte zwar eine starke Platte, ein sonnenverbranntes, von Leidenschaften durchfurchtes und gekennzeichnetes Gesicht, aber er sah nur älter aus als er war.

Sein voller schwarzer Bart, seine stottern Bewegungen, verriethen den noch jungen Mann. Er war groß und gut gebaut, die Gräfin freute sich, wenn er, ihre Tochter am Arme, dahin schritt, über das hübsche Paar, er paßte so gut zu Elly.

Noch an jenem Glücksabende überreichte der Hotelwirth der Gräfin ein großes Schreiben.

Sie entfaltete es. Ein zweites an Elly von Bergkahn lag darin.

Die Gräfin erbleichte. Das Schreiben war von ihrem Schwiegerjohn Kurt von Bergkahn unterzeichnet.

Er zeigte darin an, daß er nothgedrungen das Haus seiner Schwiegermutter und seine Frau für immer verlassen habe, weil es ihm unmöglich sei, länger mit ihr zusammen zu leben. Er habe die Scheidung eingereicht. Sie möge in Güte dazwischen willigen. Er könne nicht zurückkommen, sie möge zur Ehre ihrer Tochter und ihres Namens seine noch schwebenden Schulden tilgen; sie möge jedes Aufsehen vermeiden, jedes Mittel, ihn zur Wiederkehr zu zwingen, verschmähen, denn er werde lebend nie zurückkehren.

Die Gräfin zischelte einige unverständliche Worte zwischen den Zähnen, man sah es ihr an, sie lochte vor Wuth.

Jetzt las auch Elly und wurde leichenblau.

An seine Frau schrieb Bergkahn: Sie möge sich einverstanden erklären, daß ihre Ehe gelöst werde. Sie wisse nur zu gut, wie unglücklich diese gewesen, welch qualvolles Dasein sie gebracht. Elly wisse, daß sie nie geliebt wurde, daß sie nie ihn geliebt habe. Er sei zu dieser Heirath durch seinen Vater, sie durch ihre Mutter gezwungen worden. Er könne und wolle nicht länger so weiter leben. Seit Jahren sei ihm in dieser unglücklichen Ehe durch seine Frau das Leben zur Qual, durch seine Schwiegermutter zur Hölle geworden.

Er habe seine erste und einzige Liebe wiedergefunden und sei entschlossen mit ihr zu leben und zu sterben. Sie möge jeden Versuch, ihn zur Umkehr zu bewegen, unterlassen. Sie möge einwilligen, daß sie auf gütlichem Wege mit beiderseitigem Einverständnis und Willen getrennt würden. Sie möge das beifolgende Atteststück nur mit ihrer Namensunterschrift unterzeichnen, dann stünde ihrer Trennung nichts mehr im Wege, dann sei die Scheidung so gut als vollzogen. (Fortsetzung folgt.)

Erfolg und ist im Sinne dieser Willensrichtung thätig, um den Erfolg gegebenen Falles herbeizuführen. Dann handelt er vorfahrlieh.

Es entsteht daher die Frage, ob Bading sich dem mäßigerweise eintretenden schädlichen Erfolge, nämlich dem möglicherweise vorhandenen strafbaren Inhalte des Flugblattes gegenüber bloß fahrlässig verhalten hat, in welchem Falle für ihn völlige Straflosigkeit eintritten würde, oder aber vorfahrlieh. Das Gericht hat sich für die letztere Annahme entscheiden müssen. Bading ist nach seiner eigenen Angabe Sozialdemokrat. Er ist Verleger der sozialdemokratischen Zeitung „Vorwärts“. Er hat bereits die früheren rothen Nummern gedruckt und sich ohne jedes Bedenken sofort zum Druck der neuen rothen Nummer bereit finden lassen. Man kann daher unter Berücksichtigung der gesammten Anschauungsweise, wie sie in sozialdemokratischen Kreisen besteht, unbedenklich den Schluss ziehen, daß der hier in betracht kommende schädliche Inhalt des Flugblattes, wie er sich inhaltlich gestaltet hat, mit allen seinen Wirkungen auf weite Volkskreise den Anschauungen und Wünschen des Bading durchaus entspricht. Dazu kommt, daß nach den Umständen des Falles ein bloß passives, gleichgültiges Verhalten dem möglichen Erfolge gegenüber, wie es der fahrlässige Willensrichtung entsprechen würde, ganz ausgeschlossen erscheint. Gewiß liegt für einen Drucker in zahllosen Fällen keine oder nur eine sehr geringe Veranlassung vor, sich um den Inhalt der in seiner Druckerei gedruckten Schriften zu kümmern, und man wird ihn für diesen Inhalt gar nicht oder nur wegen Fahrlässigkeit verantwortlich machen können. Aber bei den ganz besonderen Umständen, unter denen an Bading das Annehmen, dieses Flugblatt zu drucken, gestellt wurde, mußte jeder an seiner Stelle sich veranlaßt fühlen, zu dem Inhalte desselben Stellung zu nehmen, da es sich jedenfalls, wie immer der Inhalt anfallen würde, um eine hervorhebende Kundgebung sozialdemokratischer Anschauungsweise handeln mußte. Wer unter diesen Umständen den Druck übernahm, ohne sich über den Inhalt zu orientieren, der wollte absichtlich blind sein, der billigte von vornherein diesen Inhalt, selbst wenn er dem Befehle widersprechen sollte, der wollte also den möglicherweise eintretenden schädlichen Erfolg.

Nun wird zwar hier und da das Vorhandensein eines Vorfahrlieh in hier erörtertem Sinne, also einem bloß möglichen schädlichen Erfolge gegenüber bestritten und behauptet, daß in einem solchen Falle höchstens von Fahrlässigkeit gesprochen werden könnte. Allein diese Ansicht ist unhaltbar. Sie widerspricht der allgemein anerkannten Lehre vom Unterschiede zwischen vorfahrlieh und fahrlässigem Handeln, der nicht in der größeren oder geringeren Wahrscheinlichkeit des Erfolges, sondern in der Willensrichtung zu suchen ist. Sie führt zu Konsequenzen, die vernünftigerweise von niemandem gebilligt werden können. So würde beispielsweise jemand, der, um seine Fertigkeit im Schießen zu erproben, auf einen in weiter Ferne gehenden Menschen zielt und ihn erschießt, sowie jemand, der blindlings auf einen vorübergehenden Eisenbahnzug schießt und hierbei einen in das Leben tödtet, nicht wegen Mordes, sondern nur wegen fahrlässiger Tödtung bestraft werden können, weil in beiden Fällen eine Tödtung nur unter gewissen, vielleicht recht unwahrscheinlichen Umständen herbeigeführt werden konnte. Wissenschaft und Praxis haben daher von jeher fast ganz allgemein dem strafrechtlichen Vorbehalt diejenige Ausdehnung gegeben, die auch die hier bestrittenen Fälle mitumfaßt.

Beide Angeklagte wenden ein, sie seien sich einer Strafbarkeit ihres Handelns nicht bewußt gewesen, weil in zwei ganz gleichen oder ähnlichen Fällen zwar Anklage erhoben, aber Freisprechung erfolgt sei. Es sind denn auch die beiden von ihnen in bezug genommenen Urtheile verlesen worden, aus denen sich folgendes ergibt. In der Strafsache wider Kessler handelte es sich um eine zur Feier des 18. März im Jahre 1893 erdichtete, auf blutrothem Papier gedruckte Nummer des „Volksblattes“, die von den hier in betracht kommenden Beiträgern das mehrerwähnte Bild, das Gedicht „Trotz alledem“ und einige Grabinschriften enthielt. In der Strafsache wider Wille und Genossen handelte es sich ebenfalls um ein im Jahre 1893 zum 18. März herausgegebenes Blatt, das von den hier in betracht kommenden Beiträgern den Aufsatz „Ein Jahrhundert der Revolution“, die Carmagnole und das Gedicht „Im Friedrichshain“ enthielt. In beiden Strafsachen erfolgte durch Urtheile vom 22. August 1893, beziehungsweise vom 2. Januar 1894 Freisprechung. Es liegt keine Veranlassung vor, auf die Gründe beider Urtheile näher einzugehen. Es ist selbstverständlich, daß verschiedene Richter und Gerichtshöfe bei wesentlich gleichem Sachverhalt zu verschiedener Beurtheilung gelangen können. Hier kann es sich nur darum handeln, ob die Angeklagten etwa das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit des halbeshalb nicht befehlen haben, weil sie im Vertrauen auf die Richtigkeit der ergangenen freisprechenden Urtheile gehandelt haben. Diese Frage ist zu verneinen. Das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit besteht allein in der gehörigen Kenntniss und Würdigung aller derjenigen Thatsachen, in denen die Merkmale einer Straftat zu finden sind. Die rechtliche Auffassung, die sich der Thäter, wenn auch von der Hand richterlicher Urtheile, gebildet hat, kommt für den Richter, dessen richterliche Auffassung eine andere ist, lediglich als Richtirrtum in betracht, der die Strafbarkeit nicht ausschließt.

Endlich behaupten die Angeklagten, das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit sei bei ihnen mindestens deshalb auszuschließen, weil nach der in sozialdemokratischen Kreisen herrschenden, auch von ihnen getheilten Auffassung eine Verwirklichung ihrer Ideen ganz und garnicht von einem physischen Kampfe, von irgend welcher Gewaltthätigkeit zu erwarten sei. Sie berufen sich in dieser Beziehung auf einige von ihnen näher angegebene Sätze aus der Schrift von Engels „Die Klassenkämpfe in Frankreich von 1848—1850“, herausgegeben von Engels. Die in bezug genommenen Sätze sind denn auch verlesen worden. Dieselben haben aber das Gericht nicht davon zu überzeugen vermocht, daß in sozialdemokratischen Kreisen die behauptete Anschauung bestehe. Denn abgesehen davon, daß eine vereinzelte Auslassung nur sehr wenig beweisen würde, ist auch in den verlesenen Sätzen nicht etwa die Ansicht ausgesprochen, daß die gewaltsame Erhebung des Arbeiterhandes gegen die bestehenden Klassen grundsätzlich, aus sittlichen oder sonst allgemein geltenden Bedenken auszuschließen sei. Vielmehr wird lediglich davor gewarnt, daß der Arbeiter sich etwa vorzeitig auf einen Kampf mit wohlorganisirten und disziplinirten regulären Truppen einlasse. Die Sätze sprechen also nicht gegen, sondern für die Auffassung, von der hier ausgegangen ist, daß nämlich die Sozialdemokratie eine offene Empörung und gewaltsame Erhebung erst dann für erfolgreich, aber dann auch für geboten erachtet, falls die Armeen ausreichend vom Geiste des Sozialismus erfüllt und deshalb nicht mehr geeignet seien, einer sozialen Revolution entgegen zu treten.

Mit der im letzteren Absätze enthaltenen Deduktion wollen wir uns hier nicht befassen, weil sie mit der Jurisprudenz im Allgemeinen und mit dem dolus eventualis und seinen Begleiterscheinungen im Besonderen nicht das mindeste zu thun hat. Sie enthält eine durch und durch irrtümliche Auffassung vom Wesen der sozialdemokratischen Partei. Es geht daraus allenfalls hervor, daß jemand ein sehr gewandter und brauchbarer Jurist sein kann und daß doch keine geschichtsphilosophischen und

sozialpolitischen Kenntnisse der Würdigung solcher Dinge nicht gewachsen sind.

Wohl aber interessiert uns hier der übrige Theil der Leonhardt'schen Deduktion.

Also kurz: Bading hat den Inhalt der Märznummer nicht gekannt. Er hat aber gewünscht, daß deren Blätter mit Artikeln gefüllt werden sollten, die bereits einmal oder gar zweimal eine Freisprechung erfahren haben. Nun sollte man meinen, d. h. der Laie pflegt so zu denken, daß mindestens dieses Bewußtsein den Drucker schützen müßte vor dem Verdacht, daß er sich irgend eine Straftat mit der fraglichen Nummer beabsichtigt zu haben, also ihn selbst dann vor dem Verdacht schützen müßte, wenn man die Anwendbarkeit des dolus eventualis auf Freisprechung im Prinzip zugeben will. Da kommt nun aber die juristische Erleuchtung zu folgenden Erwägungen: Der Bading ist Sozialdemokrat, außerdem Drucker des „Vorwärts“, dem ist zuzutragen, daß er auch dann sich die Möglichkeit einer strafbaren Einwirkung der Druckersachen vor Augen stellt, wenn ihm deren doppelte oder dreifache Freisprechung bekannt ist. Um dem dem Beispiel der Leonhardt-Kammer Folge zu leisten, verweisen wir auf das bekannte Gedicht: „Ein kleines Lämmlein weiß wie Schnee“. Einem obrigkeitlich abgestempelten Ordnungsparteiler wie Herrn Leonhardt, wird man es auch auf's Wort glauben, daß er mit dem Vortrage dieses Poems keine unsüßlicherischen Bestrebungen verfolgt. Aber einem Sozialdemokraten? Ja, Notker, das ist ganz etwas anderes!

Wir bitten nur ja nicht das als einen Scherz aufzufassen. In einem Lande, in dem schon Gedankenstriche und Ausrufungszeichen als Wahrzeichen des Dolus der strafenden Gerechtigkeit verfallen sind, ist auch das Lämmlein weiß wie Schnee vor Verurtheilungen nicht sicher, wenn ein Sozialdemokrat es vorträgt. Wir wollen verathen, daß wir dieses scheinbar harmlose Gedicht schon haben vortragen hören mit einem Ton, einem Ton...! und mit Kommentaren...! Ein staatsanwaltschaftlich begabter Zuhörer hatte es leicht, den Nachweis eines Dolus zu führen, der nicht einmal in die Lärnkappe „eventualis“ sich einzuhüllen brauchte, um in jedem Gerichtshofe Gerichts-Notorietät zu erlangen.

So weit finden wir alles begreiflich, — preussisch-deutsche gelehrte Gerichtshöfe vorausgesetzt. Aber nun kommt etwas vor, vor dem unser Laienverstand still steht.

Die Kammer Leonhardt erklärt in den Schlussworten des letzten Absätze klipp und klar, daß Urtheile von Gerichtshöfen überhaupt keine rechtsbildende Kraft haben, ja nicht einmal als Element der Rechtsbelehrung für uns arme Laien gelten können.

Nach unserem Laienverstand steckt in diesem Theile des Erkenntnisses die bitterste Satire auf unser dem Volke entfremdetes Justizrecht. So etwas erscheint uns nur möglich, wo nur ein geschriebenes von Juristen fabrizirtes Recht gilt, an dem jeder berufsmäßige Richter von neuem seine Deutungskunst üben kann. In Ländern des ungeschriebenen Volksrechts baut sich das Recht organisch fort, gleichsam in formellen Verästelungen durch Erkenntnisse. Deshalb hat in England der Richter der Common Law so außerordentliche Achtung vor dem Präjudizfall, Herr Leonhardt!

Doch wir bescheiden uns; wir sind ja Laien. Daß wir die Weisheit der heimischen Rechtskenntnisse nicht immer zu fassen vermögen, liegt vermutlich an der außerordentlichen Versaffung, die der Juristenverstand in deutschen Ländern erlangt hat. Uns kommt er vor, wie so eine Crookes'sche Röhre, die durch die Saugpumpen jahrelangen Rechtsstudiums für die Ausstrahlung intellektueller X-Strahlen präparirt wurde.

Der Laie hält den Angeklagten da vor sich für einen ganz harmlosen, feilsch wohlgebauten Menschen. Hat sich was! Der Jurist bestrahlt ihn mit seinen juristischen X-Strahlen, zieht sich mit dem Ausnahmeprotokoll in die Dunkelkammer zurück und zeigt uns dann im Erkenntnis ein scheußliches Verbreegergerippe. Nichts als Dolus und dolus eventualis durch und durch, wo der Laie allerhand gewohnte Menschlichkeit gesehen.

Eine Wissenschaft hilft ja glücklicherweise der anderen. So helfen uns Herrn Röntgen's Entdeckungen den Geheimnissen deutscher Jurisprudenz auf die Spur.

Also, Respekt fortan für die X-Strahlen der Jurisprudenz.

Politische Uebersicht.

Berlin, 8. Februar.

Der Reichstag hörte heute vor Eintritt in die Tagesordnung eine Erklärung des Reichskanzlers über die Doppelwährung an. Die Erklärung war nach dem Rezept der Stute in Heinecke's Fuchs entworfen:

Hilft nicht und schadet auch nicht, man muß die Gläubigen stärken.

Ein konservativer Versuch, die Sitzung mit Silber todt zu kardorfen, wurde glücklich vereitelt. Und der Reichstag konnte dann ruhig die Debatten des letzten Schwerinstags fortsetzen, der am Mittwoch vor acht Tagen war. Zunächst fand die dritte Berathung des fortschrittlichen Wahl-Gesetzes statt. Sie begann mit einem lauen Versuch des Grafen Mirbach, seine berüchtigte Umsturz-Keuperung gegen das allgemeine Wahlrecht wegzudeuteln — die Trauben sind noch sauer, es muß noch etwas Reaktions-Sonnenschein darauf fallen — worauf der Antrag mit sehr großer Mehrheit angenommen wurde. Initiativ-Beschlüsse des Reichstages sind entweder „bestellte Arbeit“ oder Makulatur. Und dieser Beschluß war keine „bestellte Arbeit“.

Die erste Berathung unseres Vereinsgesetz-Entwurfs und des parallel laufenden fortschrittlichen Antrags wurde nun fortgesetzt. Der fortschrittliche Antrag unterscheidet sich unwesentlich von dem unrigen, nur ist er kürzer und trägt mehr den Charakter eines Nothgesetzes. Der fortschrittliche Redner sprach sehr warm für die Rechte der Frauen. Er hielt überhaupt eine sehr gute Rede, in welcher er klar nachwies, daß ein Staat ohne freies Vereins- und Versammlungsrecht und Pressefreiheit alles möglich sei, nur kein Verfassungsstaat. Mit Schärfe geißelte er das „zweielei Maß“ der Behörden. Da sei ein Ausnahmegesetz noch weit besser, als ein solcher Zustand. Das sei wenigstens ehrlich und offen. Der verkappte Ausnahmezustand, der sich mit dem Fehlen des gemeinen Rechts bedecke, sei der verwerflichste und verderblichste Ausnahmezustand. Der Zentrumsmann Bachem, welcher der nächste Redner war, wollte von der Gleichberechtigung der Frauen nichts

wissen. Im übrigen forderte er rückhaltlos freies Vereins- und Versammlungsrecht. Seine Partei sei durch Erfahrungen gewohnt — sie werde niemals für eine Anhebung der Sozialdemokratie durch Vereinsgesetze zu haben sein. Er kam auf die Kollereien zu reden; — was in dem sozialdemokratischen Vorstand geschehen sei, könne jeder Partei außer der katholischen auch gesehen, deren Organisation Herr Bachem anfangs für unangreifbar erklärte — eine Illusion, von der er jedoch, durch Zurufe belehrt, noch im Laufe seiner Rede zurückkam. Für die Anträge könne seine Partei nicht stimmen; — er beantragte aber eine Resolution, die ein allgemeines Vereinsrecht vom Bundesrath forderte.

Eine Kapuzinade des protestantischen Duellpaffen Schall, der das Bismarck'sche Rezept: die Sozialdemokraten zur Verzeihung und vor die Achtmillimeter-Gewehre zu treiben, vertheidigte (Nuse: Praktisches Christenthum!) — und Genosse Dueb stieg auf die Rednerbühne, um die Handhabung des Vereins- und Versammlungsgesetzes in Elsaß-Lothringen zu schildern. Man hat die Zustände in den Reichslanden sibirische genannt. Man könnte sie auch mit den Zuständen in unseren Kolonien vergleichen. Derselbe Geist, wie dort beherrscht bei uns die Politik. Wir haben unsere Leist und Wehlan. Und Dueb zeigte an zahlreichen Beispielen die Wahrheit dieses Wortes. Nie ist das despotische Polizeiregiment unbarmerziger gezeigelt worden. Die Regierung mußte sich nicht. Solche Dinge sind nicht zu vertheidigen, nicht zu entschuldigen. Man thut sie, schweigt und steckt den anderen einen Knebel in den Mund, stat pro ratione voluntas. Der Wille regiert Gründe.

Nach Dueb's Rede wurde die Debatte vertagt. Nächste Sitzung Montag: Gewerbe-Ordnungs-Novelle, Etat des Reichs-Schatzamt's.

In preussischen Abgeordnetenhause wurde die zweite Staatsberathung beim Fortsetz fortgesetzt. Bemerkenswerth erscheint, daß auch in diesem Jahre unentworfene Regierungsvorlagen aus die ungünstige Finanzlage allen Aufbesserungs-Anregungen entgegengesetzt wurden, selbst wenn sie notorisch dürftig gestellte Unterbeurtheilungen. Originell war Herr Landrath Gerlich, der zur Ausschöpfung von Oedländerien die Verwendung von Schulländern empfahl. Das werde für die Kinder eine hübsche Jugenderinnerung sein. Man kennt die Anekdoten seit derartiger Erinnerung von Rübensuppen her! Beim Etat der Preussischen Central-Genossenschaftskasse entspann sich eine Debatte über den Nutzen des Genossenschaftswesens. Sleptisch standen nur die Abgg. v. Gynern, Perfius und Gothein dem Unternehmen gegenüber, aber der Grundton war „Mehr Geld!“

Die Erhöhung des Grundkapitals der Kaffe wurde von jedem konservativen und jedem Zentrumredner rathlos varirt, da aber erst Erfahrungen von 4 Monaten vorliegen, hatte es Herr Dr. Miquel leicht, seine Schöpfung herauszufahren. Sonderlich Neues konnte mangels Material demnach nicht zu Tage gefördert werden. Die Debatte verlief also eigentlich im Sande. Am Montag wird über den Justiz-etat verhandelt werden.

Der Entrüstungsturm gegen das sächsische Wahlrechts-Attentat erfaßt immer weitere Kreise. Die Genossen protestiren in Massenversammlungen. In Dresden allein waren vorgestern sechs Protestversammlungen — alle massenhaft besucht. Tugendende anderer sind für die nächsten Tage anberaumt. Bis Ende der nächsten Woche werden hunderttausende von Arbeitern in Versammlungen ihren Willen kundgeben haben.

Auch in den Bürgerfreien wächst die Erbitterung. So veröffentlicht das „Leipziger Tageblatt“ heute aus national-liberalen Kreisen folgende Zuschrift:

Die Folge einer Wahlrechtsänderung nach der Regierungsvorlage würde rettungslos sein, daß die 3. Klasse im Landtage überhaupt nicht vertreten sein würde. Und gäbe man jedem Wähler der 3. Klasse 5 Stimmen und ließe man selbst ihre Frauen mitwählen, es hätte ihnen garnichts. In jedem Wahlbezirk soll jede der 3 Klassen gleich viel Wahlmänner wählen. Es werden also 2/3 der Wahlmänner der Landtagswähler in jedem Bezirke den wohlhabenden Klassen angehören. Daß die 2/3-Majorität in jedem Bezirke von ihrem gewaltigen numerischen Uebergewicht zu ungunsten der 3. Klasse Gebrauch machen würde, ist unzweifelhaft. Also soll die 3. Klasse thatsächlich ihres Wahlrechts gänzlich beraubt werden. Was nützt es ihnen, Wahlmänner zu wählen, wenn sie nie einen Abgeordneten in den Landtag bringen? Und diese 3. Klasse würde aus über 80 pCt. der Bevölkerung, sämtlichen Wählern mit einem geringeren Einkommen als 2800 M. bestehen. Die Lehrer, Assessoren, Subalternbeamten, kleineren Handwerksmeister, sämtliche Arbeiter würden ihres Wahlrechts beraubt werden. Das Leipziger Kommunal-Wahlrecht ist deshalb geachtet, weil die 3. Klasse ihre Abgeordneten direkt und nicht bloß Wahlmänner wählt. Genau so (wie oben gesagt) ist es in Preußen. Was aber dort mit Mühe am Leben erhalten wird, kann man bei uns nicht neu einführen. Man sollte niemandem ohne Noth sein werthvolles Recht nehmen. Wer Wind sät, wird Sturm ernten.

Stimmt! —

Die „Kreuz-Zeitung“ erwirbt sich heute den traurigen Ruhm, die sächsische Wahlrechts-Vorlage zu vertheidigen. Nun, das ist ihre Sache. Sie begehrt aber auch die alberne Heuchelei, jenes Nachwort der plutokratischen Reaktion für nicht plutokratisch zu erklären und wirft uns vor, den Inhalt der Vorlage unrichtig angegeben zu haben. Dabei paßt der „Kreuz-Zeitung“ ein doppeltes Mißgeschick: 1. hat sie — heute! — bloß unser Telegramm von vorgestern nebst dem offiziiellen Geschwafel der sächsischen Regierungsblätter über die damals noch nicht erschienene Vorlage gelesen, und 2. hat sie unser Telegramm vollständig mißverstanden. Von der Regierungsvorlage selbst hat das Zentralblatt der preussischen Junker noch heute keine Ahnung. Sonst könnte es nicht schreiben, daß die Vorlage das Wahlrecht der Majorität des Volkes nicht antaste. Oder weiß die „Kreuz-Zeitung“ nicht, daß laut den letzten sächsischen Einkommensteuer-Tabellen 95 pCt., d. h. 1.863.169 Staatsbürger unter 2800 M. Einkommen haben, also zur dritten, durch die zwei ersten Klassen überhöhten Klasse gehören sollen? Zur ersten Klasse würden bloß 8820 und zur zweiten 66.129 gehören, und die vereinigten Stimmen dieser zwei Klassen, zusammen 75.000 Stimmen, sollen genau doppelt so viel wiegen wie die achtzehnmal so zahlreichen Stimmen der dritten Klasse. Die Stimme eines Reichthums wird also thatsächlich sechsunddreißig Mal so hoch geschätzt als die eines Armen. Und das soll nicht plutokratisch sein?

Die „Kreuz-Zeitung“ hat aber auch die Unverschämtheit, uns „Fälschung“ vorzuwerfen, weil wir das sächsische Wahlrechts-Attentat als gegen das Wahlrecht der Majorität des Volkes gerichtet bezeichnet haben. Fälschung! Wie konnte die „Kreuz-Zeitung“ das Wort in den Mund nehmen? Wir rufen sie zur Scham.

Herr Stöcker hat gestern sich über seine neue politische Stellung in der Öffentlichkeit ausgesprochen. Was er gesagt, finden unsere Leser im Beiblatt. Den Lesern wird sich, wenn auch nicht in dem nämlichen starken Maße

wie den Hören seiner Rede, die Ueberzeugung aufdrängen, daß man es mit einem Manne zu thun hat, der sich in eine falsche Lage gedrängt fühlt. Er war ein Mann des Hofes und der Rechten. Die Gesellschaft, in die er hinein gerathen ist, drängt nach links. Er möchte noch rechtser gehen als die Rechte. So klang denn Unmuth aus allen seinen Worten. Eine Zukunft hat er nicht mehr, nur noch eine Vergangenheit und eine unbehagliche Gegenwart. Daran wird auch der christlich-soziale Kongreß, der für den 26. d. M. einberufen ist, nichts zu ändern vermögen.

Südafrikanisches. Die amtliche „London Gazette“ veröffentlicht eine vom Staatssekretär für die Kolonien Chamberlain am 4. d. M. an den Gouverneur der Kapkolonie Robinson gerichtete Depesche. Dieselbe wirt zunächst einen Rückblick auf die Geschichte der Südafrikanischen Republik und hebt hervor, daß vor den Goldfunden in deren Gebiete die Staatseinnahmen kaum für die nothwendigsten Bedürfnisse genügt hätten und die Gewerthätigkeit fast gänzlich in den Händen der Uilander geblieben sei. Die Depesche giebt sodann dem Bedauern Ausdruck, daß im Gegensaß zu anderen Ländern, in denen eine große Einwanderung stattgefunden habe, die Uilander in Transvaal nie hoffen können, die vollen Rechte der Staatsbürgerschaft zu erlangen. Die ganze Leitung der öffentlichen Angelegenheiten und das Besteuerungsrecht werde von einer in der Abnahme begriffenen Minderheit monopolisirt, welche fast durchaus Korbau betreibt, während der Mehrtheil, die die Staatseinnahmen von 75 000 auf 2 000 000 Pfund Sterling gehoben habe, jede Stimme bei der Führung der Staatsgeschäfte verweigert sei und sie keinerlei Abstellung ihrer schweren Klagen erlangt hätte. Den Uilander wären oft von Personen in hoher Stellung Versprechungen gemacht worden, dieselben wären aber niemals erfüllt worden, und ihre Vorstellungen wären nur Spott und Jahn begegnet. Die Ansprache Sionel Philipps im vergangenen November und das Manifest der National-Union vom 27. Dezember hätten gezeigt, daß die Mehrzahl der Uilander sich in den konstitutionellen Grenzen zu bewegen wünschte. Großbritannien habe keinen Grund zu einer Einmischung gesehen, welche einer friedlichen Beilegung hätte schädlich sein können. Gerichte über gewaltthätige Maßnahmen wären fortwährend als falsch erwiesen worden, so daß die Ansicht Boden gewann, die Uilander hätten nicht die Absicht, einen Zusammenstoß herbeizuführen. Diese Ansicht sei durch den Konsul der Südafrikanischen Republik in London und die Regierung Transvaals getheilt worden. Die britische und die Kapregierung hätten von dem Zuge Jameson's bis zum letzten Augenblicke nicht gewußt. Das Zusammenziehen der Polizeitruppe der Chartered Company in Mafeking und Pitsani habe keinen Argwohn erregt, da es in Verbindung damit berechtigt erschien, daß das Protektorat über Betschuanaland an die Chartered Company übergegangen war. Es habe den Anschein gehabt, als sei auch die Regierung Transvaals überrascht worden, da dieselbe sonst doch Sir Hercules Robinson ihren Argwohn mitgetheilt haben würde. Am 29. Dezember sei Chamberlain nahegelegt worden, die Polizeitruppe könne vielleicht benutzt werden, um in Johannesburg etwas zu erzwingen. Er habe darauf Robinson sofort telegraphisch angewiesen, Rhodes wegen der Folgen zu warnen, es sei aber bereits zu spät gewesen, da Jameson schon die Grenze überschritten hatte. Chamberlain erwähnt sodann, welche Schritte er unternommen habe, um Jameson aufzuhalten. Dieser habe indessen dem Bolen, den der britische Agent in Pretoria an ihn geschickt, erklärt, er müsse nach Johannesburg weitermarschieren, da er Lebensmittel brauche. Um ihm nun diese Entschuldigung zu nehmen, habe er (Chamberlain) Befehle, Nahrungsmittel und Futter Jameson zur Verfügung zu stellen. Nachdem Chamberlain alsdann der Mißbilligung von Jameson's Vorgehen seitens der britischen Regierung, des Gouverneurs der Kapkolonie, Robinson und des damaligen Premierministers der Kolonie, Rhodes, Erwähnung gethan hat, bespricht er den Aufstand in Johannesburg und widmet der von dem Präsidenten Krüger bewiesenen Weisheit und Mäßigung herzliche Anerkennung. Er habe dem Präsidenten Krüger gegenüber hervorgehoben, daß es für die britische Regierung unmöglich sei, die Leute Jameson's zu bestrafen, und daß auch die Führer nur vor einem ordentlichen Gerichtshof abgeurtheilt werden könnten, nichtsdestoweniger habe Krüger beschlossen, die Gefangenen sämmtlich an England herauszugeben. Weiterhin spricht Chamberlain das Bedauern darüber aus, daß Präsident Krüger dem Gouverneur Robinson keine Zusicherungen betreffend die Reformen gemacht habe, und bezeichnet es als unbillig, daß bestehender Verdacht gegen eine Hand voll Leute aus den reicheren Klassen die Einführung von Reformen für eine ganze Gemeinschaft hinaus schieben sollte. Chamberlain wiederholt, daß die auswärtigen Beziehungen der Südafrikanischen Republik der Kontrolle Großbritanniens unterworfen seien und kein Grund zu der Annahme bestehe, daß irgend ein auswärtiger Staat die Rechte Englands bestreite, welche die Regierung in ihrem Verstande aufrecht zu halten gewillt sei. In den inneren Angelegenheiten Transvaals sei England berechtigt, freundschaftliche Rathschläge zu erhalten. Bezüglich der Uilander glaubt Chamberlain, daß die Schwierigkeit theilweise gelöst sei, indem derselben das Wahlrecht nach 5 Jahren mit einer Abänderung des Gulddigungsvertrages zugesandt werde. Durch besondere Versprechungen, welche Präsident Krüger im Dezember bezüglich der Erziehungsfrage gemacht habe, sei eine weitgehende Abhilfe einiger Beschwerden gegeben. Für einige Staatsmonopole bezüglich der Erfordernisse zum Minenbetrieb und anderer Handelsartikel scheine kein annehmbarer Rechtsgrund vorhanden. Mit ihrer Weigerung, die Uilander in die Polizeitruppe einzustellen, entziehe die Regierung der Gemeinschaft der Ausländer eines der Grundrechte. Chamberlain spricht alsdann die Hoffnung aus, daß selbst die konservativen Burghers jetzt begreifen, daß die wahren Interessen des Landes die Annahme der Vorschläge erheischen, durch welche die gerechten Ursachen von Unzufriedenheit beseitigt werden. Die britische Regierung habe sorgfältig erwoogen, ob es nicht möglich sei, den Wünschen der Uilander im Land entgegenzukommen, ohne den Interessen des Transvaals Eintrag zu thun. Im allgemeinen rath Chamberlain dem Präsidenten Krüger an, der Rand solle eine modifizierte lokale Selbstverwaltung haben mit der Ermächtigung, über rein lokale Angelegenheiten zu entscheiden, diese Ermächtigungen solle dem Veto der Staatsgewalt unterstehen, aber das Recht der Steuererhebung zum Zweck der Zahlung einer jährlichen Abgabe an die Regierung einschließen. Außerdem solle er dem Rand einen eigenen obersten Gerichtshof gewähren. Zum Schluß seiner Depesche ladet Chamberlain den Präsidenten ein, nach England zu kommen und über diese Fragen zu verhandeln, und ersucht für den Fall, daß der Präsident nicht kommen könne, Sir H. Robinson, die Verhandlungen zu führen. Die Bevormundung, die Herr Chamberlain dem Transvaal auch in seinen inneren Angelegenheiten angedeihen lassen will, scheint indess nicht nach dem Geistes der Buren zu sein, denn aus Pretoria wird vom 6. d. M. gemeldet: Das Organ der Regierung von Transvaal, die „Pretoria Press“ schreibt, die Regierung wüßte nicht, sich die moralische Unterstützung einer zivilisierten Macht zu entfremden, die Bürger und die Regierung würden jedoch bis auf den letzten Mann der Idee eines fremden Protektorates entgegenstehen. Wenn die englische Regierung in freundlicher Weise mit der Republik die

Beschwerden der Vergangenheit gutmache, werde die Regierung von Transvaal alles aufbieten, um für die Förderung der Interessen Südafrika's mitzuwirken.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. In Düsseldorf wurde am 7. Februar Redakteur Kleve von der demokratischen „Bürgerzeitung“ wegen Majestätsbeleidigung zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt. Der inkriminierte Artikel über das Begnadigungsrecht war in sechs anderen Zeitungen abgedruckt, ohne daß eine Auflage erfolgte.

Deutsches Reich.

— Die schlafende Lanze. In einem sonst leidlich verständigen Artikel über die Konfektionsbewegung leistet sich die „Völkische Zeitung“ folgende Sätze, die Zeugniß ablegen von dem tiefen Verstand dieses führenden freisinnigen Blattes für die sozialdemokratischen Forderungen:

„Es gehören dazu (zu den Betriebswerkstätten) Räumlichkeiten, die nur die Großindustriellen in dieser Branche zu schaffen die Mittel haben. Ihnen könnte die Forderung vielleicht willkommen sein, weil sie für die Mehraufwendungen reichlich durch die Vermichtung der mittleren und kleineren Betriebe entschädigt würden. Aber eine solche Entwicklung der Industrie sollte gerade der Sozialdemokratie am meisten widerstreben, da sie, wenn auch nicht faktisch, so doch theoretisch die Auffassung des Mittelstandes und des Kleinbetriebes durch den Großbetrieb bekämpft.“

— Die sechs verhafteten Mitglieder des Turnvereins „Vorwärts“ in Endemulde sind am Freitag Morgen durch Polizisten in das Untersuchungsgefängniß des Landgerichts nach Potsdam transportirt worden. Der Vorsteher Plöfe wurde gefesselt geführt; man sagt übrigens, daß sein Verstand nicht völlig intakt sei.

Weimar, 7. Februar. (Eig. Ber.) Unser Landtag hatte vorige Woche auch seinen großen Tag. Es fand die erste Lesung der Regierungsvorlage über das neue Landtags-Wahlgesetz statt. — Die Begründung der Vorlage durch den Staatsminister v. Groß, sowie die Zustimmung mehrerer konservativer Abgeordneter gab dem einzigen sozialdemokratischen Abgeordneten, unserm Genossen Laubert, Gelegenheit, das reaktionäre Gebahren dieser Herren gebührend zu kennzeichnen, sodas, wie aus den Berichten hervorgeht, während der Rede desselben mehrfach „große Bewegung“, „Aufbruch“ u. dergleichen wurde. — Seit dem 4. Februar hat nun keine öffentliche Sitzung mehr stattgefunden, die Kommission, an welche die Vorlage verwiesen wurde, berathet eifrig, denn ein Theil will auf die Regierungsvorlage nicht eingehen, weil alle die Herren, welche bis zu 4000 M. Einkommen haben, des bisherigen direkten Wahlverfahrens verlustig gehen und mit der großen Masse wählen müssen; ein anderer Theil will die Vorlage so reaktionär gestalten, wie nur möglich — denn wer weiß, was nach uns kommt! Jetzt ist noch der geeignete Moment, um die historische, staats-erhaltende Form zu beschließen, so äußerte sich der Staatsminister v. Groß. Man sieht hier also deutlich wieder das Gebahren der bürgerlichen Parteien; man versucht in den Einzelheiten das Wahlrecht zu beschneiden, und gelangt — dann wird man offen an die Beschneidung des Wahlrechts zum Reichstage gehen. — Pflicht unserer Genossen in Saaleen-Weimar ist es, durch öffentliche Agitation, Versammlungen u. dergleichen die Verschlechterung des Wahlgesetzes zu protestiren.

Darmstadt, 7. Februar. (Eig. Ber.) In der zweiten Kammer des Landtages lag ein Besuch der Steuereinscheher um Gehaltsaufbesserung vor. Die Regierung zeigte sich nicht geneigt und forderte die Ablehnung. Der sozialdemokratische Abgeordnete Jost-Mainz stellte den Antrag, dem Besuch Folge zu geben. Auch Abgeordnete anderer Parteien traten für den Jost'schen Antrag ein, der mit erheblicher Mehrheit Annahme fand.

Nürnberg, 7. Februar. (Eig. Ber.) In einer Versammlung des hiesigen nationalliberalen Vereins wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Der nationalliberale Verein Nürnberg erklärt, daß er an dem allgemeinen, geheimen, gleichen und direkten Wahlrecht festhält und ist überzeugt, daß das Pflichtbewußtsein der Wähler selbst hervorgeratene Mißstände zu beseitigen im Stande ist.“

Oesterreich.

Wien, 8. Februar. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht eine Bekanntmachung, die Wiedereinberufung des Reichsrathes zum 15. Februar betreffend.

Wenn Graf Vadani nicht wieder Binkeljüge macht, so muß seinem Versprechen gemäß Ende nächster Woche die Wahlreform-Vorlage der Regierung endlich publizirt werden.

Frankreich.

Paris, 7. Februar. In dem parlamentarischen Ausschusse für Arbeitsfragen erklärte heute der Minister des Inneren, Berthelot, das Völkerecht gestatte die Einführung einer Steuer auf ausländische Arbeiter nicht. Der Minister bekämpfte ebenso den Vorschlag, eine Steuer von Arbeitgebern zu erheben, welche ausländische Arbeiter beschäftigen, da dies zu Gegenmaßnahmen führen würde. Die Kommission verwarf darauf jede Sonderbesteuerung ausländischer Arbeiter.

Paris, 8. Februar. In dem heuligen Ministerrathe wurde der Gegenwurf betr. die Organisation der Kolonial-Arme festgesetzt.

— Leo Frankel ist in rascher Genesung begriffen. Wir erhielten heute einen Brief von ihm — allerdings noch aus dem Hospital. Er wird bald wieder unter den kämpfenden Genossen sein.

— Die Auslieferung Arton's ist endgiltig von der englischen Regierung bewilligt worden.

Holland.

Amsterdam, 7. Februar. (W. I. D.) Wie das „Handelsblad“ erzählt, haben der Kapitän und die Aheber des Dampfers „Grotshuis“, gegen den Urtheilsspruch des Rotterdamer Gerichtshofes bei dem Appellgerichtshof im Haag Berufung eingelegt. Der Anwalt Thebede wird die Appellirenden und der Rotterdamer Schiffe von Waalte den Norddeutschen Lloyd vertreten.

Norwegen.

Christiania, 8. Febr. Der unter den Stortingmitgliedern neu gebildete Bund der Landwirthe nahm gestern eine Resolution an, die den Wunsch ausdrückt, Bölle auf alle landwirthschaftlichen Produkte, mit Ausnahme des Getreides, einzuführen. Der schwedisch-normwegische Handelsvertrag dürfte nur dann erneuert werden, falls jede Schädigung der Landwirtschaft dabei vermieden würde.

Rußland.

Warschau. Hier starb, wie dem „Volk“ geschrieben wird, ganz plötzlich der General Wierolin, Chef der Warschauer politischen Polizei. Die Obeduktion hat nun den Verdacht bestätigt, daß der General mit Strypnin vergiftet worden sei. Ein Diener des Verstorbenen, dem man Beziehungen zu den Nihilisten nachsagt und der als der Mörder gilt, wurde in Haft genommen. Wierolin hatte zahlreiche politische Verbrecher nach Sibirien geschickt und soll auch die Tortur angewandt haben, um hierdurch Geständnisse herauszupressen. Er war deshalb sehr verhaßt. Im Monat Januar sind in Rußland nicht weniger als vier Beamte der politischen Polizei ermordet worden.

Italien.

Rom, 8. Februar. Die Nachrichten aus Grathrea lauten bedenklich. Besonders die Meldung der „Tribuna“,

wonach General Arimandi von den Abessiniern eingeschlossen sein soll, hat die größte Bestürzung unter der Bevölkerung hervorgerufen. Selbst die regierungsfreundlichen Blätter besürchten, daß, wenn auch General Baratieri jetzt eine Schlacht mit den Truppen Menelik's vermeiden könne, der Feind nach mehreren Monaten einen neuen Feldzug beginnen werde. Menelik beabsichtigt jetzt, sich in Arum zum Kaiser krönen zu lassen und Ras Mangascha zum König von Tigre einzusetzen, sowie demselben die Vertreibung des Landes allein zu überlassen. Menelik werde sich dann mit seinen Truppen wieder nach Schoa zurückziehen, um im Herbst mit einer größeren Streitmacht die Italiener anzugreifen.

Spanien.

Madrid, 7. Februar. Anlaßlich der Beerdigung eines Individuums, welches am Dienstag bei der Ankunft des Marschalls Martinez Campos festgenommen wurde, dann aber zu entfliehen suchte und auf der Flucht von einem Gendarmen getödtet wurde, veranstalteten die Republikaner heute eine Kundgebung; es wurden einige aufrührerische Rufe ausgestoßen, doch wurde die Ordnung nicht gestört.

Rumänien.

Bukarest, 8. Februar. Trotz des Dementis der Regierung, daß kein Kredit zur Ausrüstung des Heeres in Anspruch genommen werde, haben sämtliche Sektionen des Senats doch einen solchen Kredit von 48 Millionen angenommen.

Serbien.

Belgrad, 8. Februar. In der Skupstina theilte der Präsident den Dank des russischen Gesandten für die Resolution mit, in welcher die Skupstina die beleidigenden Ausdrücke eines hiesigen sozialdemokratischen Blattes über den Kaiser von Rußland verurtheilt.

Türkei.

— Aus Konstantinopel wird der „Times“ gemeldet, der Sultan habe die Botschafter um ihre Meinung befragen lassen, betreffs der Forderung der Einwohner von Zeitun, daß aus ihrem Distrikt ein zweiter Libanon gemacht werde.

Der Libanon hat auf Grund von Garantien der Großmächte einen christlichen Statthalter und eine freiere Verfassung wie andere Theile der Türkei.

Amerika.

Washington, 6. Februar. Der Senat nahm einen Antrag an, durch welchen Staatssekretär Olney beauftragt wird, Abschriften der in Deutschland, Frankreich, Belgien und Dänemark bestehenden Gesetze, Verordnungen und Dekrete, welche sich gegen die Einfuhr von amerikanischem Vieh richten, behufs Vorlegung bei dem Repräsentantenhause und dem zuständigen Komitee zu beschaffen.

Das „Reuter'sche Bureau“ erfährt, daß das Gerücht, demzufolge England die Souveränität Brasiliens über die Insel Trinidad anerkannt hätte, jeder Begründung entbehrt. Der Stand der Frage habe seit der durch Brasilien erfolgten Ablehnung eines Schiedsgerichts keine Veränderung erfahren. — Das letztgenannte Bureau theilt ferner mit, der Staatssekretär für die Kolonien, Chamberlain, habe an den Gouverneur der Kapkolonie, Sir Hercules Robinson, eine umfangreiche Depesche, welche sich auf die Beschwerden der in Transvaal ansässigen englischen Staatsangehörigen bezieht, behufs Mittheilung an den Präsidenten der Transvaal-Republik, Krüger, abgesandt. Die Depesche würde wahrscheinlich in kurzem veröffentlicht werden.

— Nach Meldungen aus Savannah hat General Canella die Aufständischen unter Maceo, Rumez, Delgado und Sotomayor in der Nähe von Candelaria geschlagen. Die Aufständischen verloren 26 Todte, 17 Gefangene und zahlreiche Verwundete. Auf Seiten der Spanier wurden 5 getödtet und 50 verwundet, darunter 3 Offiziere. — General Weyler ist in Portorico eingetroffen.

Afrika.

— Die Verhöre in Pretoria. Nach einer Meldung des „Reuter'schen Bureau“ aus Pretoria war in der Verhandlung gegen das Reform-Komitee am 6. d. M. der Hauptzeuge Jacobus Demeillon. Derselbe sagte aus, Oberst Rhodes und andere Mitglieder des Reform-Komitees hätten ihm am 28. Dezember v. J. mitgetheilt, daß Jameson, vom Komitee dazu angefordert, auf dem Wege nach Pretoria sei, um daselbst die Ruhe aufrecht zu erhalten.

— In Johannesburg fand die Jahresversammlung der dortigen Minenkammer statt. James Hay wurde an Stelle von Sionel Phillips, der eine Wiederwahl ablehnte, zum Präsidenten gewählt. Zum Vizepräsidenten wurde Van ger-maan vorgeschlagen, ohne jedoch die erforderliche Stimmenzahl zu erhalten. Die Kandidaten für den Vizepräsidenten sind: Wagnier und Brochon unterlagen ebenfalls. Dieselben hatten die Regierung während der jüngsten Vorgänge in Johannesburg unterstützt.

— Die Territorien Moutfioa und Skanning sind von der britischen Südafrika-Kompagnie abgelöst und wieder unter die Verwaltung des Oberkommissars für Südafrika gestellt worden.

Die Lohnbewegung in der Konfektionsindustrie.

Die Verhandlungen der Fäher-Kommission mit den Konfektionsfirmen. In Ausführung der Beschlüsse der kürzlich abgehaltenen großen Versammlungen wurden am Sonnabend die letzten Einigungsversuche zwischen den Vertretern der Konfektionäre und denen der Arbeiterkommission gemacht. Die in Brandenburger Hause tagende Versammlung wurde von dem Regierungsrath Dr. Sprenger geleitet, der sichtlich bemüht war, eine Einigung herbeizuführen. Die Konfektionäre erklärten, daß sie nicht organisiert seien und insofern dessen zu den einzelnen Forderungen der Arbeiter keine bestimmte Stellung einnehmen könnten, sondern daß ein jeder nur für seine eigene Firma Versprechungen machen, bezw. seine persönliche Meinung zum Ausdruck bringen könnte.

In der ersten Sitzung, welche um 4 1/4 Uhr durch Genossen Joh. Lim eröffnet wurde, fanden Unterhandlungen mit den Vertretern der Herren- und Knaben-Konfektion statt. Von den 70 in Berlin bestehenden Geschäften dieser Branche hatten nur etwa ein Duzend Delegationen entsandt. Ueber die erste der von der Arbeiterschaft aufgestellten Forderungen, die Anerkennung von festzusetzenden Lohnskalen, fand eine lange Debatte statt, die aber zu keinem Resultat führte; die Arbeitgeber erklärten sich ausschließlich — hauptsächlich aus Furcht vor der Konkurrenz mit anderen Städten — dagegen, obgleich Genosse Lim ausdrücklich betonte, daß der Tarif sich nicht auf Berlin allein beschränken sollte und daß andere Städte zur Erlangung dieser Forderungen schon in den Streik getreten sind. Die zweite Forderung, Errichtung von Betriebswerkstätten, wurde von den Vertretern der Arbeiterschaft nicht unbedingt aufrecht erhalten; diese Frage sollte mit Rücksicht auf die Schwierigkeit der Durchführung vorläufig vertagt, aber für die Folgezeit im Auge behalten werden. Gewererrat Dr. Sprenger erklärte, daß die Regierung einen diesen Punkt berührenden Gesetzentwurf vorbereitet. Die Forderung der Einsetzung einer Kommission zur Austragung etwaiger Streitigkeiten, die zu gleichen Theilen aus Geschäftsinhabern oder deren Vertretern und aus Schneidern bestehen soll, wurde dahin modifizirt, daß Geschäftsinhaber, Zwischenmeister und Schneider zu gleichen Theilen darin vertreten sein sollen. Der Vorschlag des Regierungsraths Dr. Sprenger, daß zu den

Kommissionenmitglieder ein Mitglied des Gewerbegerichts als Unparteiischer hinzugezogen werden soll, fand allgemeinen Beifall. Die weiteren Forderungen, betr. anständige, menschliche wöchentliche Lohnzahlung, wurde ohne Debatte zugestimmt. Auch mit der Forderung der schnelleren Abfertigung bei Empfangnahme und Ablieferung von Arbeiten scheint man sich auf beiden Seiten einverstanden zu erklären. Die Konfektionäre werden morgen unter sich konferieren, um der Fünfer-Kommission am Montag vom Resultat der Konferenz berichten zu können, damit diese in der Lage ist, den am Montag Abend stattfindenden Versammlungen endgültige Vorschläge zu unterbreiten.

Im Anschluß hieran fand um 8 1/2 Uhr eine Verhandlung zwischen der Fünfer-Kommission und den Vertretern der Damenkonfektion statt. Es waren etwa 30 Firmen, u. a. B. Manheimer, Julius Schönlank, D. Levin und Gebrüder Singer vertreten. Im allgemeinen trat in dieser Versammlung weniger Entgegenkommen seitens der Arbeitgeber zu Tage, wie in der vorausgegangenen Sitzung. Namentlich konnte die Frage des Lohnsatzes nicht entschieden werden, da die anwesenden Konfektionäre erklärten, daß sie selbst in dieser Frage nicht kompetent seien, sondern nur im Verein mit den Zwischenmeistern unterhandeln könnten. Zu der von dieser Seite gestellten Forderung auf Einberufung einer neuen Versammlung, zu der auch die Zwischenmeister einzuladen seien, konnten die Vertreter der Arbeiter keine Stellung nehmen, weil die Zeit bis zu dem am Montag stattfindenden Versammlungen eine zu kurze ist. Sie begnügten sich mit der Erklärung, daß sie ihren Auftraggebern von den Wünschen der Konfektionäre in Kenntnis setzen und nach Kräften zu einer friedlichen Beilegung des Streiks beitragen wollten. Verschiedene Firmen mußten selbst zugestehen, daß stellenweise Hungerlöhne „unter dem Luder“ gezahlt würden; wie aber diesem Uebelstande anders abgeholfen sei, als wie die Arbeiter es fordern, dafür konnte niemand einen positiven Vorschlag machen. In Bezug auf die übrigen von den Arbeitern aufgestellten Forderungen zeigten die anwesenden Firmen dasselbe Entgegenkommen wie vorher die Vertreter der Herrenkonfektion. Da die Arbeiter die Forderung der Errichtung von Betriebswerkstätten vorläufig nicht in den Vordergrund gestellt haben, so bleibt als einziger — allerdings wichtigster — Streitpunkt nur noch die Frage des Lohnsatzes offen.

Berichtigung. Herr Ferd. Manheimer sendet uns folgende Berichtigung zu:

Es ist unwar, daß ich mich bereit erklärt habe, irgendwelche Summe im Falle eines Streiks den Streikenden zur Verfügung zu stellen.

Ich habe erklärt, daß bei den reichlich bemessenen Arbeitslöhnen in meinem Geschäft nach genauesten Informationen irgendwelche Notlage weder bei meinen Meistern noch bei meinen Arbeiterinnen vorhanden ist. Trotzdem habe ich mich bereit erklärt, falls sich dennoch unter meinen Arbeiterinnen irgendwelche Notlage herausstellen sollte, was ich vorläufig für ausgeschlossen halte, zur Vinderung neben den bereits von meiner Firma ins Leben gerufenen größeren Unterstützungsfonds weitere 10 000 M. gern zur Verfügung zu stellen.

Berlin, den 8. Februar 1894.

Ferdinand Manheimer.
Herr Manheimer scheint sich der Deputation gegenüber, die, wie wir nochmals betonen, von der Fünferkommission zu diesen Verhandlungen keineswegs autorisiert war, nicht mit hinreichender Deutlichkeit ausgesprochen zu haben. Die einfache Tatsache, daß er zur ev. Abstellung von Notständen in den Reihen seiner Schneiderinnen 10 000 M. spenden wollte, beweist er doch sicherlich nicht in Verbindung zu bringen mit einem Ausfall gegen die Schmutzkonfektion und mit Betrachtungen über den Streik und seine Folgen. Wie wir vernehmen, ist übrigens Herr Manheimer heute vom Oberbürgermeister Celler empfangen worden; dieser Besuch des „Königs der Berliner Konfektion“ wird in Beziehung gebracht zu einem Einigungsversuche, den das Oberhaupt der Stadt unternehmen will.

Selbst die nationalliberale Fraktion wird arbeiterfreundlich bei dieser großen Bewegung; sie hat beim Reichstage folgende Interpellation eingebracht: „Im Verfolg des Beschlusses des Reichstages vom 11. Mai 1893 und dem Reichstage am 29. April 1897 die Ergebnisse der von den Bundesregierungen angeordneten Ermittlungen über die Lohnverhältnisse der Arbeiterinnen der Wäscheindustrie und der Konfektionsbranche, sowie über den Verkauf oder die Lieferung von Arbeitsmaterial (Nähmaschinen) seitens der Arbeitgeber an die Arbeiterinnen und über die Höhe der dabei berechneten Preise zugegangen. Nachdem sich die Lage dieser Arbeiterinnen seit jener Zeit noch ungünstiger gestaltet hat, richten die Unterzeichneten die Anfrage an die verbündeten Regierungen, welche gesetzgeberischen Maßnahmen dieselben zum Schutz für Gesundheit und Sittlichkeit und gegen Ausbeutung dieser Arbeiterinnen durch das Trucksystem zu ergreifen beabsichtigen?“

Herr Wisemann bemüht sich energisch, ein einigset Vorgehen der Arbeiter gegen die Leiter der Konfektionsindustrie zu hintertreiben. Wir kennen die Motive dieses Herrn nicht, wir wissen nicht, ob ein aus unverständlicher Ehrgeiz oder andere Triebfedern ihn leiten. Das eine wissen wir nur, daß jemand, der die Geschäfte unachgiebiger Unternehmer besorgen will, nicht anders handeln konnte, als Herr Wisemann, der mehrmals, so gestern zweimal die schon vollzogene Einigkeit der lokal und zentral organisierten Schneider durch sein Davischentreten in ihr Gegenteil verwandelte.

Berichte.

Flensburg. Am 5. Februar beschäftigte sich hier eine allgemeine Gewerkschaftsversammlung mit der Bewegung der Konfektionsarbeiter und Schneiderinnen Deutschlands und wurde nach einem ausführlichen Referat des Verbandsvorsitzenden Holzhauser eine zustimmende Resolution angenommen. Konfektion wird am Orte nicht gefertigt, aber desto mehr verkauft; die Händler waren zu dieser Versammlung eingeladen, jedoch nur zwei bis drei erschienen, die ihre Ansicht nicht kundgaben, aber auch nicht gegen die Resolution zu stimmen wagten.

Dresden. Donnerstag Abend tagte im Trianon eine von ca. 1500 Personen besuchte Schneiderversammlung, in welcher die Kommission über die Verhandlung mit den Unternehmern Bericht erstattete. Zu einem Ausgleich ist es nicht gekommen. Mit allgemeiner Begeisterung wurde beschlossen, die Konsequenzen hieraus zu ziehen und von den gestellten Forderungen unter keinen Umständen abzugeben. Die nächste Versammlung, welche am Montag Nachmittag 4 Uhr stattfindet, wird endgültig beschließen. Ausführlicher Bericht folgt.

Dreslau. Am Donnerstag hielten die Konfektionäre eine neue Versammlung. Ihr Komitee hatte auf die Forderungen der Lohnkommission folgende Antwort gegeben: 1. Der geforderte Lohnsatz wird abgelehnt. 2. Die Errichtung der Betriebswerkstätten wird als unmöglich abgelehnt. 3. Die Einsetzung einer gemeinsamen Kommission, bestehend aus drei Arbeitgebern und drei Arbeitnehmern, wird zugestimmt. 4. Gegenseitige anständige Behandlung ist selbstverständlich. 5. Schnellstmögliche Abfertigung wird zugesichert, doch kein Wartegeld für etwaigen notwendigen Aufenthalt zubilligt. 6. Sämtliche Futbahnen mit Ausnahme der Nähmaterialien werden geliefert. Die siebente Forderung, betreffend die Anerkennung von Arbeitsnachweisen in den Händen der Arbeiter, hatte noch nicht beantwortet werden können und ist inzwischen, nachdem die Schneider selbst die Forderung auf Errichtung von Betriebswerkstätten einweisen zurückgezogen haben, gegenstandslos geworden. Gleichzeitig hatte das

Komitee der Lohnkommission eine Erhöhung der bisherigen Löhne um 10 pCt. angeboten, was von der Lohnkommission als unannehmbar bezeichnet wurde.

Von 27 Firmen haben 18 eine Erhöhung des Lohnes um 10 pCt. angenommen.

Sodann nahm die Versammlung einstimmig folgende Resolution an: „Die heute hier versammelten Herrenkleider-Fabrikanten haben nach eingehenden Beratungen beschlossen, ihren Arbeitern eine Erhöhung der Löhne um 10 pCt. zu bewilligen, sofern die ausständigen Arbeiter die Arbeit bis zum 9. d. M. wieder aufnehmen. Die Gewährung der genannten Lohnzulage bildet das weitgehende Zugeständnis, welches die Herrenkleider-Fabrikanten zu bringen im Stande sind. An diese Zugeständnisse halten sich die unterzeichneten Firmen bis zum 9. d. M., abends 6 Uhr, gebunden; nach diesem Termine werden weitere Verhandlungen mit den Ausständigen abgelehnt.“ Freitag Vormittag 11 Uhr findet eine Versammlung der ausständigen Schneider und Schneiderinnen statt.

Brevettfragen.

Die „Vossische Zeitung“ schreibt heute: Die Forderungen, die an die Arbeitgeber gestellt werden, können nicht schlechthin als unbegründet angesehen werden. Sie finden auch in bürgerlichen Kreisen, wenigstens theilweise, Unterstützung. Die Lage vieler Arbeiter und besonders Arbeiterinnen in diesem wichtigen Geschäftszweig ist so traurig, daß eine wesentliche Verbesserung in hohem Maße wünschenswert ist.

Die „Volk-Zeitung“ widmet der Bewegung einen Leitartikel, in dem es unter anderem heißt: Der Kampf in der Konfektionsbranche ist nicht vom Jaun gebrochen worden. Er lag Jahre lang in der Luft. Weiterschauende Unternehmer mußten wissen, daß der Kampf über kurz oder lang unvermeidlich war. Ihnen mußten die Zustände bekannt sein — und sie sind ihnen bekannt gewesen — in denen die Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Industrie leben, oder, um es nicht zu beschönigen, in ihrer großen Ueberzahl vegetieren. Auch das Publikum, selbst wenn es sich auch nur ein bißchen um das soziale Elend der bedrängtesten Arbeiterklassen kümmert, kennt diese Zustände hinlänglich. Das Elend der Arbeiter und Arbeiterinnen der Konfektionsbranche gehört ungefähr in die Kategorie des Bedauerns, das sprichwörtlich ist. Die Sympathien jedes sozial empfindenden Menschen sind in diesem Kampfe auf Seiten derer, die ihre traurige Lage mit dem vom Gesetz erlaubten Mitteln in bescheidenem Umfange verbessern wollen. Eine maßvolle Aufbesserung des Verdienstes, eine geringfügige Entschädigung für ein mehr als eine Stunde währendes Warten bei Ablieferung der Arbeit, Lohnzahlung in wöchentlichen Terminen — das sind Forderungen, so wenig übertrieben, so gerechtfertigt, daß darüber kein Wort zu verlieren ist. Wo bei schätzbar bis achtzehnhundert Arbeitstagen täglich oft nicht mehr als 1 M. bis 1,50 M. verdient werden, da handelt es sich um Lohnverhältnisse, die ein wahrer Hohn sind auf den Satz, daß jeder Arbeiter seines Lohnes wert sei, und ein wahrer Hohn auf unsere Kultur dazu! Denn welche Folge-Erscheinungen durch derartige Zustände zeitigt werden, das ist zu bekannt und auch zu oft geschrieen worden, als daß es nötig wäre, in diesem Augenblicke alle die entsetzlichen stichtischen Schäden aufzuführen, die aus so unmwürdigen Verhältnissen entspringen. Von den Arbeitern und Arbeiterinnen der Branche, zumal in Berlin, wissen wir, daß sie politisch geschult genug sind, sich, wie sich auch der Kampf gestalten möge, niemals zu irgend welchen Unbesonnenheiten und Ausschreitungen hinreißen zu lassen, die in ihren Rückschlüssen verhängnisvoll werden könnten für jede größere Lohnbewegung. Es gibt eine ganze Anzahl von Leuten, die bei jedem Anstand nur darauf warten, daß unliebsame Zwischenfälle herausbeschworen werden, weil solche Zwischenfälle von ihnen in reaktionären, arbeiterfeindlichen Parteilinien ausgebeutet zu werden pflegen. Diesen Leuten muß es die Berliner Arbeiterschaft, die jetzt im Kampfe steht, durch ihre tadellose Haltung unmöglich machen, im Trüben zu fischen. Fest, ruhig und besonnen vertritt sie ihre berechtigten Forderungen, unterstützt von der Sympathie aller Freunde der ehrlichen Arbeit!

Die „Berliner Zeitung“ schließt einen Leitartikel über die Bewegung mit folgenden Worten:

Wir können nur nochmals dem Wünsche Ausdruck geben, daß das begonnene Werk der Einigung zu einem glücklichen Ende gebracht werden möge. Friede ernährt, Unfriede verzehrt, — das gilt besonders auch von den modernen Wirtschaftskämpfen. Die Arbeiterschaft der Konfektionsbranche sucht nicht den Streit, sie hat kein Herrschaftsstreben, sondern nur den berechtigten Wunsch einer Verringerung ihrer elenden Lage. Mit gutem Willen haben und drängen könnte man wohl zu einer Verständigung gelangen.

Wie die Rabe das Mäusen, so kann das Organ des Herrn Eugen Richter das Lügen nicht lassen, sobald dieses Blatt auf Arbeiterangelegenheiten zu sprechen kommt. So begleitet es die Mitteilung über die von den Nationalliberalen eingebrachte Interpellation darüber, welche gesetzgeberischen Maßnahmen die Regierung zum Schutze für Gesundheit und Sittlichkeit gegen Ausbeutung der Arbeiterinnen der Wäscheindustrie und Konfektionsbranche durch das Trucksystem zu ergreifen beabsichtigt mit folgender Bemerkung:

„Die Interpellation wird den Reichstag in eine lebhafteste Debatte führen, weil grade gegenwärtig von sozialdemokratischer Seite ein Streit im Konfektionsgewerbe zu Berlin zu inszenieren beabsichtigt wird.“

So kann eben doch nur die „Preis. Zig.“ die Dinge auf den Kopf stellen.

Der „Hamburgische Korrespondent“ kennzeichnet die Nachteile des bestehenden Arbeitssystems in der Konfektion mit folgenden Sätzen:

Die bestehende Arbeiter-Gesetzgebung verfaßt bei diesen Feinarbeitern. Die Gewerbe-Ordnung hat in Fabriken für Frauen die eifündigste Maximalarbeit und für Jugendliche eine Minimalgrenze des Alters festgesetzt; in der Hausarbeit der Konfektion herrscht unbegrenzte Arbeitsdauer und schrankenlose Verwerthung der Kinderarbeit; in der Fabrik wird für helle, gesunde, geräumige Arbeitslokalitäten gesorgt, die Hausindustrie hat ihren Sitz in unzulänglichen, dumpfen Kammern, wo Arbeit, Kochen, Essen, Waschen, Schlafen sich oft im gleichen Zimmer vollziehen; die Fabrikordnung bestimmt Anfang und Ende der Arbeitszeit, Art und Termin der Lohnzahlung, für die feste Tarife vereinbart sind, der staatliche Aufsichtsbeamte überwacht die Beobachtung aller dieser Bestimmungen. Zudem sieht der Fabrikarbeiter in der Versicherung für Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter. Das alles fällt beim Feinarbeiter fort, der aller Willkür preisgegeben ist.

Aus der „Kölnischen Volkszeitung“ entnehmen wir noch folgendes:

Wir haben bereits dieser Tage auf die Ergebnisse hingewiesen, welche die 1897 unternommene Enquete über die sozialen Wirkungen eines Nähfadenzollens gehabt hat. Geradezu trostlose Bilder wurden damals über die Lage der Näherinnen in der Wäscheindustrie und Konfektion bekannt. Es wurde festgestellt, daß die Prostitution einen ständigen Nebenberuf oder einen zeitweiligen Hauptberuf dieser Arbeiterinnen bildet. Der Gewerbeinspektor von Posen erklärte z. B.: „Die Wohnungsverhältnisse sind je nach den Einkünften von der Prostitution besser oder schlechter. Bei Arbeiterinnen bildet, so lange sie sich nicht der Prostitution ergeben haben, die Kartoffel das hauptsächlichste Nahrungsmittel.“ Auf eine Industrie, deren Blüthe sich wesentlich auf die Prostitution der in ihr beschäftigten Arbeiterinnen gründet, brauchen wir nicht stolz zu sein.

Eine Ausdehnung der Zwischenmeister. Zu dem drohenden Ausstand der Konfektionsarbeiter erläßt der Vorsitzende des Vereins der Berliner Konfektionsarbeiter für Damenkonfektion Schneidermeister Friß Bod aus der Oranienstraße Nr. 204 folgenden Aufruf: „Wir fordern hiermit sämtliche Schneidermeister, Gesellen und Arbeiterinnen der Damenmantel-Konfektion auf, an den Vorstand sofort alle diejenigen Befehle (z. B. Abrechnungs- und Arbeitsbücher, Lohnlisten u. s. w.) einzuliefern, welche geeignet sind, zur Feststellung derjenigen Konfektionsfirmen beizutragen, die ihren Schneidermeistern Schmutzpreise, und derjenigen sogenannten Schneidermeister, welche ihren Arbeitern und Arbeiterinnen Hungerlöhne zahlen, beizutragen. Sobald das genügende Material sich in unseren Händen befindet, werden wir die Namen der betreffenden Ausbeuter schonungslos der Öffentlichkeit preisgeben und weitere Schritte veranlassen.“

Gewerkschaftliches.

Die in Holzbearbeitungs-Fabriken beschäftigten Arbeiter Berlins und der Vororte werden ersucht, in der heute, Sonntag, den 9. Februar, vormittags 10 Uhr, im Jost'schen Lokal, Andreasstraße Nr. 21, stattfindenden öffentlichen Versammlung zahlreich zu erscheinen. Zu dieser Versammlung sind auch die Herren Arbeitgeber eingeladen, um sich über die ihnen vorgelegten Forderungen zu äußern. Kollegen, zeigt durch zahlreiches Erscheinen, daß Ihr gewillt seid, die Forderungen durchzuführen. Bedenkt, wie durch die lange Arbeitszeit Eure Kräfte aufgebraucht werden, wie infolge der Ueberanstrengung die Verletzungen Eurer Glieder täglich sich mehren. Mit Recht können wir wohl sagen, daß kein Beruf auf die Gesundheit so vernichtend einwirkt, wie der unsrige. Deshalb treten alle geschlossen für die aufgestellten Forderungen ein und erinnert jeden Kollegen, dieser Pflicht eingedenk zu sein.

Die Fünfer-Kommission.

Achtung! Tapezierer. Die Kollegen der Werkstatte von Jacob u. Braunfisch, Alexanderstr. 27, haben am Freitag, den 7. Februar, einmütig die Arbeit niedergelegt, da es ihnen nicht mehr möglich war, für die dort gezahlten Hungerlöhne weiter zu arbeiten. Der Firma ist ein Lohnsatz mit 50 pCt. Aufschlag vorgelegt worden, weil eine solche Forderung die Differenz anderen Geschäften gegenüber erst annähernd ausgleichen würde. Trotz wiederholtem Versuch, die Angelegenheit gütlich beizulegen, ist seitens des Werkführers am Sonnabend eine Erklärung dahin abgegeben, daß sich die Firma von ihren Arbeitern überhaupt keine Preise vorschreiben lasse. Vorstehendes bringen wir hiermit allen Kollegen zur Kenntniss. Der Bevollmächtigte der Filiale Berlin des Allgem. Deutschen Tapezierer-Vereins.

Der „Verein der Berliner Wollschuh-Fabrikanten zur Wahrung gegenseitiger Interessen“ hat gestern in einer außerordentlichen Generalversammlung folgenden Beschluß gefaßt: „Nachdem Herr Baruch im Namen der Firma J. Bambus u. Co. die Erklärung abgegeben hat, daß er sämtliche bei ihm ausstehenden Arbeiter, mit Ausnahme der ordnungsmäßig entlassenen Frau Schwegerle, wieder in Arbeit nehmen will, sobald sich dieselben unverzüglich zum Antritt melden, hat die heutige außerordentliche Generalversammlung als Ultimatum beschlossen: daß sämtliche Fabriken der Vereinsmitglieder Sonnabend, den 8. Februar abends geschlossen werden und daß die Wiedereröffnung derselben, nur dann ohne besonderen Generalversammlungsbeschluß erfolgen darf, wenn bis Montag, den 10. Februar, mittags, der Beweis seitens der Arbeiter erbracht ist, daß die Arbeit bei J. Bambus u. Co. wieder aufgenommen ist.“

Diese Erklärung beruht, wie uns aus sicherer Quelle mitgeteilt wird, auf Unwahrheit. Vom Ausschusse der Berliner Gewerkschaftskommission geht uns in dieser Angelegenheit folgendes Schreiben zu:

In der Angelegenheit der Gutfabrik von Bambus u. Co., Chausseestraße, geben wir hiermit bekannt, daß in der im heutigen „Vorwärts“ unter der Spitzmarke „Die Lohnkommission der Gutarbeiter“ bekannt gegebene Angelegenheit, sich nicht dem Wunsche der Herrn Fabrikbesitzer Baruch u. Co. (Inhaber der Firma Bambus u. Co.) entsprechend geregelt hat. Die anderen Wollschuh-Fabriken, zehn an der Zahl, haben heute Nachmittag ihre Arbeiter und Arbeiterinnen, über 2000 Personen, entlassen und denselben erklärt, daß sie ihre Fabriken so lange geschlossen halten, bis die Gutarbeiter und Arbeiterinnen der Firma Bambus u. Co. die Arbeit in dieser Fabrik bedingungslos (dem Ansinnen der Unternehmer entsprechend) wieder aufnehmen.

Wir verweisen im ferneren auf den Bericht der Berliner Gewerkschaftskommission in der heutigen Nummer.

Die heute, vormittags 10 Uhr, im Schweizer-Garten, am Königsplatz, beginnende öffentliche Versammlung der Gutarbeiter und Gutarbeiterinnen Berlins wird zu der Angelegenheit Stellung nehmen.

In London hat sich die gegenwärtig dort tagende Werstarbeiter-Konferenz einstimmig für den gesetzlichen Achtstundentag ausgesprochen. Weiter wurde beschlossen, am Montag wegen dieser Forderung eine Deputation an den Staatssekretär des Innern abzuschicken.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Breslau, 8. Februar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die heute begonnene Verhandlung zwischen Arbeitern und Unternehmern der hiesigen Konfektions-Industrie werden am Montag fortgesetzt werden.

Breslau, 8. Februar. (Privat-Telegramm des „Vorwärts“.) Verhandlungen schweben. Die Hauptfirmen zeigen sich entgegenkommend.

Erfurt, 8. Februar. (Privat-Telegramm des „Vorwärts“.) In Erfurt beschlossen 900 Konfektions-Arbeiterinnen einstimmig, Montag früh in den Streik zu treten und nicht eher die Arbeit aufzunehmen, bis der Lohnsatz bedingungslos unterzeichnet ist.

Magen, 8. Februar. (W. Z. B.) Antliches Wahleresultat. Bei der am 4. d. M. im 5. Reichstags-Wahlkreise Magen-Nrweiler stattgehabten Reichstags-Wahl erhielten Baumschulenbesitzer Wallenborn in Wittburg (Z.) 10 897, Landwirth Peter Cohns I. aus Ochending (Anti.) 839 und Medaillent Adolf Pofrichter aus Köln (Soz.) 526 Stimmen. Wallenborn ist somit gewählt.

Wien, 8. Februar. (W. Z. B.) Eine hier eingegangene Meldung aus Konstantinopel von gestern besagt, daß die Verhandlungen zur friedlichen Beilegung des Anstandes in Beirut ohne Ergebnis verlaufen seien, da keiner der beiden Theile die Bedingungen des anderen annehmen wolle.

Wladivostok, 8. Februar. Abgeordnetenhaus. Unterrichtsminister Wlaffies sagte dann über die Frage der Zulassung der Frauen zu den Hochschulen: er erachte es für ungerecht und unbillig, die Frauen im Prinzip von der höheren Ausbildung auszuschließen, er wollte keine Konkurrenz organisieren, daher würden auch keine Mädchengymnasien errichtet. Andererseits dürfte jedoch der befähigten Frau nicht der Weg zu höherer Ausbildung verschlossen bleiben.

Lima, 7. Februar. (W. Z. B.) (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Durch eine Petroleum-Explosion in der Fabrik der „Peruvian Corporation“ in Callao brach in der letzten Nacht ein Feuer aus, welches 80 Tonnen Kohlen, 2 Behälter Petroleum und einen Theil der Vorrathsräume zerstörte. Die Stadt Callao war sechs Stunden hindurch in der größten Gefahr, da sich große Lagerstuppen mit Petroleum aufstapeln in unmittelbarer Nähe des Feuerherdes befanden. Der Arbeiter, welcher das Feuer verursachte, wurde getödtet und zwei Feuerwehrlente verwundet.

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 34.

Freitag, den 9. Februar 1896.

13. Jahrg.

Reichstag.

85. Sitzung vom 8. Februar 1896. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Fürst zu Hohenlohe, v. Bötticher, Graf Posadowsky, Reichskanzler-Präsident Koch, v. d. Mecke, v. Marschall.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe-Zhillingensfürst: Ich habe vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort erbeten, um dem Reichstag auf seine vorjährige Resolution wegen Einberufung einer Münzkonferenz eine Mitteilung zu machen.

Meine Herren, im Verfolg der von mir in der Sitzung des Reichstages vom 15. Februar v. J. abgegebenen Erklärung habe ich die Frage der Hebung und Befestigung des Silberwertes mit den verbündeten Regierungen in eingehende Erwägung gezogen. Dabei leitete mich die Ueberzeugung, das das Schwanken und das starke Sinken des Silberpreises auch für uns ungeachtet unserer auf der Basis der Goldwährung besetzten monetären Situation wirtschaftliche Nachteile mit sich bringe. (Bravo! rechts.)

Die deutsche Silberproduktion umfaßt etwa 9 pCt. der Silbergewinnung der Erde. Für den überwiegenden, aus ausländischen Erzen dargestellten Teil dieser Produktion ist der Preisrückgang nicht von Belang; für den aus inländischen Erzen gewonnenen Rest bedingt er jedoch eine Wertverminderung, die so erheblich ist, daß sie die Rentabilität des auf Gewinnung von Silber gerichteten heimischen Bergbaues in Frage stellt.

Dazu tritt die Verknüpfung unseres Exports nach den Silberländern. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Verkehr mit diesen Ländern durch das Sinken und die Schwankungen des Silberwertes erschwert wird (Sehr richtig! rechts), wenngleich die Schwankungen während der letzten Zeit sich in verhältnismäßig engen Grenzen gehalten haben, und wenigstens für die Interessenten die Möglichkeit besteht, sich im Wege der Deckung gegen etwaige Verluste zu sichern. Auch die deutsche Exportindustrie, soweit sie für Silberländer arbeitet, ist durch jene Valutaverhältnisse in Mitleidenschaft gezogen. Ich unterschätze die Bedeutung dieser Einwirkung nicht; man wird sie aber auch nicht zu hoch veranschlagen dürfen. Unser Export nach den Silberländern beträgt seinem Werte nach nur 3-4 pCt. unserer gesamten Ausfuhr. (Hört! hört! links), und hat sich ungeachtet der im Rückgang des Silberpreises liegenden hemmenden Momente im ganzen günstig entwickelt. (Hört! hört!) Die freilich kaum ein völlig umfassendes Bild der Verhältnisse liefernden Ziffern der Reichsstatistik beweisen dies. Das Sinken der Valuta, wie solches für die Silberwährungsländer aus dem Rückgang des Silberwertes folgt, kann aber auch bis zu dem Zeitpunkt, wo eine Ausgleichung durch entsprechende Erhöhung der Inlandspreise und Löhne sich vollzogen hat, zur Erleichterung der konkurrierenden Ausfuhr aus jenen Ländern beitragen. Endlich liegt in der durch den Silberfall herbeigeführten starken Unterwertigkeit unserer Silbermünzen eine fortschreitende Deklassierung derselben zu Kreditgeld. Allerdings glaube ich betonen zu sollen, daß diese metallische Unterwertigkeit eine Gefährdung unserer Reichswährung nicht darstellt, denn unser Verkehr ist mit Gold ausreichend gesättigt. Die Noten der Reichsbank finden in dem Goldschlage der Bank eine genügende Deckung, und die Menge des umlaufenden Silbergeldes geht nicht über das Maß des Bedarfs hinaus. (Sehr richtig! links) Selbst in kritischen Zeiten dürfte dieser Bedarf eine Abnahme kaum erfahren. Wohl aber erschwert die Gefahr verbreiteter Nachprägung durch die Unterwertigkeit der Stücke näher gerückt. Bis jetzt ist zwar innerhalb Deutschlands nur in einem Falle aus dem Jahre 1893 eine derartige qualitativ sehr unvollkommene, quantitativ bedeutungslose Nachprägung festgestellt worden. Wenn aber auch die bisherigen Erfahrungen weitgehende Befürchtungen nicht rechtfertigen, immerhin kann der Preisrückgang des Silbers zur Nachprägung anregen. Erscheint nach alledem die Hebung und Befestigung des Silberpreises als wirtschaftlich und münztechnisch wertvoll und demgemäß als ein erstrebenswertes Ziel (Hört! hört! rechts), so waltet doch kein Zweifel darüber ob, daß dieses Ziel sich nur international verfolgen läßt (Sehr richtig! rechts), und daß seine Erreichung nur dann erhofft werden kann, wenn unter den sämtlichen an dem Weltverkehr wesentlich beteiligten Kulturvölkern über den einzu-schlagenden Weg und die anzuwendenden Mittel Einverständnis besteht. Für ein solches Einverständnis bietet sich nach meiner Kenntnis der Verhältnisse zur Zeit keine Aussicht. (Hört! hört! links.)

Von bimetallistischer Seite ist anerkannt, daß als Vorbedingung jeder internationalen Maßregel zu Gunsten des Silbers die Wiedereröffnung der indischen Münzstätten für die unbeschränkte Silberprägung gelten muß. Ich kann dieser Auffassung nur beipflichten. Ich halte dafür, daß ohne dieses Zugeständnis alle Versuche, den Silberpreis zu heben, vergeblich sein würden. Ich habe aber auf Grund eines vorläufigen Meinungsauftausches, der gemäß meiner Weisung mit der englischen Regierung gepflogen worden ist, die Ueberzeugung gewinnen müssen, daß auf die Wiedereröffnung jener Münzstätten in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist. (Hört, hört! links.) Nach alledem läßt sich von einer Münzkonferenz zur Zeit nicht erwarten, daß sie die Frage der Hebung und Befestigung des Silberwertes ihrer Lösung praktisch näher rücken würde. Es erscheint daher auch nicht rathsam, daß Deutschland die Initiative zur Einberufung einer solchen Konferenz ergreift. (Sehr wahr! links.) Von dieser Ueberzeugung geleitet haben die verbündeten Regierungen einstimmig beschlossen, dem Beschluß des Reichstages vom 18. Februar vorigen Jahres auf Einberufung einer Münzkonferenz zur Zeit keine Folge zu geben. (Bravo! links.) Ich darf jedoch hinzufügen, daß, wenn von Seiten eines anderen Staats annehmbare, erfolgversprechende programmatische Vorschläge gemacht werden sollten, ich meinerseits gern bereit sein würde, die Beteiligte Deutschland an einer internationalen Verhandlung solcher Vorschläge in Aussicht zu nehmen. (Bravo! rechts.)

Abg. Graf Mirbach (L.) beantragt die Besprechung der Erklärung des Reichskanzlers; niemand hat hier das Wort zu sprechen.

Präsident v. Suol: Diese Besprechung ist zulässig, wenn niemand im Hause widerspricht.

Abg. Singer (Soz.): Ohne das Recht des Hauses, sofort in eine Besprechung der Erklärung eines Regierungsvorganges einzutreten, auch nur im geringsten anzudeuten, muß ich doch gegen die Besprechung Widerspruch erheben, weil ich nicht wünschen kann, daß durch diese Besprechung dem Hause die Verhandlung der Initiativanträge geraubt wird. (Lachen rechts.) Die Initiativanträge, welche heute zur Verhandlung stehen, sind bereits durch die Verhandlung des bürgerlichen Gesetzbuchs zurückgestellt worden; wir können es nicht vor dem Volke verantworten, wenn diese Verhandlung noch weiter zurückgestellt werden würde. Eine Besprechung der Erklärung des Reichskanzlers könnte ja

die rechte Seite sehr gut im Anfang nächster Woche herbeiführen und wir werden dabei keinen Widerspruch erheben.

Nach längerer Debatte bittet Präsident v. Suol, dem Präsidium zu überlassen, begünstigte Vorschläge am Schluß der heutigen Sitzung zu machen.

Damit ist diese Angelegenheit erledigt. Auf der Tagesordnung steht die dritte Verhandlung des von den Abgg. Barth, Rickert u. Gen. eingebrachten Gesetzentwurfes, betr. die Abänderung des Wahlgesetzes für den deutschen Reichstag.

Abg. Graf Mirbach (L.): Bei der früheren Verhandlung haben verschiedene Herren mich genannt und liebenswürdig meine Aeußerungen im preussischen Herrenhause gedacht. Ich akzeptiere dieses Wohlwollen, aber ich muß Verwahrung dagegen einlegen, daß man aus meinen Aeußerungen im preussischen Herrenhause die Partei, der ich angehöre; ich habe ausdrücklich erklärt, daß ich nur für meine Person gesprochen habe. Ich glaube aber, ich stehe in meiner Partei nicht ganz allein da. Ich ging damals von einem Ausspruch des früheren Reichskanzlers aus, der mir gesagt hatte, wie sollten die Majoritäten nicht über die Autorität stellen. Darauf erwiderte ich, wie man die Autorität gegenüber dem Reichswahlrecht, welches auf der Majorität beruht, aufheben könne. Ich habe damals auch vom Staatsstreich sprechend ausdrücklich erklärt, daß ich dabei nicht an das Schwert denke. Ich habe auch ausdrücklich gesagt, daß auf Grund des bestehenden Wahlrechtes niemals ein Reichstag zu verlangen wäre, welcher die Initiative zur Aenderung des Wahlrechtes ergreift. Ich habe gemeint, daß das vorsichtige Zusammenwirken aller besonnenen Elemente eine Wahlreform herbeiführen müsse. Ich würde den Vorschlag machen, daß man das Wahlrechtsalter hinaufsetzt, da das jugendliche Alter nicht geeignet ist, die Tragweite politischer Akte zu übersehen. Ich möchte jeden der Herren an sein jugendliches Alter erinnern. Die ganze Wahlagitation, die jetzt direkt zum Stimmenkauf geführt hat, würde einen anderen Charakter annehmen, wenn das Wahlrecht nicht geheim wäre. Die Regierung und alle Parteien würden ihre Ansicht geltend machen, daß ist ihr gutes Recht. Es würden dann keine perfiden Mittel mehr angewendet werden. (Lachen links.) Es sind die Leute zu mir gekommen, die erklärten, daß sie ja mit mir einverstanden, aber sie hätten eine Mark bekommen für eine anderweitige Abstimmung. Ich habe den Leuten gesagt, sie sollten das Geld behalten und stimmen, wie sie wollten. (Heiterkeit.) Aber die Herren haben nicht genug Vertrauen zur Ueberzeugungskraft ihrer Ansichten. Ich habe nur meine persönliche Ansicht ausgesprochen; eine Aenderung wird in der nächsten Zeit nicht erfolgen. Ich bin dankbar dafür, daß Sie mich in die Debatte gezogen haben, Ihre gute Absicht habe ich verstanden.

Abg. Wachen (Z.): Die Aeußerungen des Grafen Mirbach im Herrenhause sind von meinem Fraktionskollegen Fruch angezogen worden. (Widerspruch des Grafen Mirbach: Nicht hat sie angeführt im vorigen Jahre!) Herr Fruch hat sie in diesem Jahre wiederholt; die Worte des Grafen Mirbach gingen dahin, daß die verbündeten Fürsten eine Aenderung herbeiführen müßten, und zwar unverzüglich! Wenn darin kein Staatsstreich enthalten sein soll, dann will ich darauf verzichten, die Worte so aufzufassen. Bezüglich des allgemeinen Wahlrechtes will ich nicht mit vielen Worten antworten, sondern durch die That, indem wir für den vorliegenden Antrag stimmen; daß ein Stimmenkauf möglich wäre, halte ich für gänzlich ausgeschlossen. Wir befehlen das Volk schon jetzt; unsere Erfolge den Sozialdemokraten gegenüber beruhen nur auf dieser Belehrung. Dem Grafen Mirbach gegenüber führe ich den Mißbrauch der reichen Leute bei den öffentlichen Wahlen ins Feld; ich glaube, daß die Unmündigkeit der Wähler des Grafen Mirbach nicht größer sein wird als dieser Unfang.

Abg. Rickert (fr. Vg.): Graf Mirbach ist heute wieder aufgetreten als Gegner des geheimen Wahlrechtes. Wenn jemand ein Schwert ist und seine Stimme verkauft, dann ist man beim geheimen Wahlrecht nicht sicher, daß er nicht noch weiter so schurkisch ist und doch nicht so stimmt, wie er gesprochen hat. Auf dem Lande werden die ländlichen Arbeiter wie das Vieh zur Arne getrieben, wo sie unter Aufsicht der Inspektoren stimmen müssen. Wenn Graf Mirbach von Stimmenkauf spricht, sollte er angeben, welche Partei er gemeint hat.

Abg. Graf Mirbach (L.): Ich bin der Meinung, daß das geheime Wahlrecht viel mehr Gelegenheit giebt zu Abwegen. Ich erinnere nur an die Wahl des Abg. Dirichlet. Bei allen Parteien kommen solche Dinge vor, die über das erlaubte Maß hinausgehen. Ich bin nicht verpflichtet, auf solche Spezialien einzugehen.

Abg. Wundenwald (Reform): Wie können dem Verredner für seine offene Stellungnahme dankbar sein. Er hat gut daran, daß er sich nicht mit seiner Partei identifiziert. Es würde für die konservative Partei nicht vorteilhaft sein, wenn dieselbe sich geschlossen für die Abschaffung der geheimen Wahl erklären würde, denn dann würde sie nur in geringer Zahl wiederkehren; das Volk ist aufgeklärt genug zu erkennen, daß es durch Wegfall der geheimen Wahl mündelhaft gemacht werden würde. Eine offene Wahl würde nur in einem Grenzstaate möglich sein; jetzt ist die Abhängigkeit der kleinen Leute zu groß, daß sie nicht beim preussischen Landtagswahlrecht, bei welchem nur noch die reichen Leute Einfluß haben. Die kleineren Leute beteiligen sich gar nicht mehr an den Wahlen, während die Teilnahme an den Reichstagswahlen von Jahr zu Jahr wächst. Deshalb müssen wir solche Angriffe auf das Reichstagswahlrecht, mit denen Graf Mirbach ja nicht allein steht, auf das entschiedenste zurückweisen.

Abg. Muer (Soz.): Was Graf Mirbach persönlich für Ansichten über das Wahlrecht hat, ist ziemlich gleichgültig. Ich habe aber die feste Ueberzeugung, daß seine Ansichten in weiten Kreisen seiner Partei geteilt werden, nur haben nicht alle den Muth, ihre Meinung so offen auszusprechen. Deshalb müssen wir gegen die Angriffe auf das allgemeine Wahlrecht Protest erheben. Graf Mirbach behauptet, daß bei allen Parteien Bestrebungen vorläge, die Wahlreform voranzutreiben, wie Graf Mirbach; aber die meisten anderen Leute werden früh ins Erwerbsleben gezogen und leiden früher unter den politischen Schwächen und gewinnen dadurch an politischer Erfahrung mehr, als die goldene Jugend, deren Kenntnis im lausundwanzigsten Lebensjahr sich auf Gunde, Pferde und Mädchen beschränkt. Selbst die

Wahlrechtsvorlage der sächsischen Regierung hält noch an der geheimen Wahl fest. Wenn Sie die Bedeutung des geheimen Wahlrechtes erkennen wollen, dann bitte ich, bei den nächsten Wahlen seine Befestigung zur Wahlsparole zu machen, dann werden Sie sehen, was daraus folgt. (Zustimmung links.)

Abg. Lieber (Z.): Ich weiß nicht, ob der Vorwurf der Unmündigkeit schärfer ist, oder der, daß die Wähler sich bestechen lassen. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Daß Graf Mirbach behauptet, er hätte im Reichstag sehr viele Anhänger für seine Ansichten, man habe nur nicht Muth, das auszusprechen, ist ein Vorwurf, wie er mir im Reichstage noch nicht gemacht ist. Graf Mirbach hat nicht geantwortet, welche Parteien Bestrebungen über, er hat auch über seine Worte im Herrenhause vom Staatsstreiche keine Erklärungen gegeben. Wahrheitslieblich wollte auch Alexander der Große auf dem Wege der Verfassung den gordischen Knoten lösen, denn darauf hat Graf Mirbach angespielt. (Heiterkeit.)

Abg. Graf Mirbach: Wenn in der Partei des Verredners solche Dinge, wie ich sie erwähnt habe, nicht vorgekommen sind, so kann ich ihm nur gratulieren; ich habe aber doch viele Wahlsatten gesehen, die das Gegenteil beweisen. Der juristische Beweis für Bestechung und dergleichen ist natürlich sehr schwer zu führen, man erfährt die Dinge sehr viel später. Mit dem Durchhauen des gordischen Knotens habe ich nur eine glückliche Lösung der betreffenden Frage gemeint, an das Schwert habe ich dabei nicht gedacht. Ich habe das bereits im Herrenhause erklärt und wiederhole es hier; ich darf verlangen, daß man davon Notiz nimmt und nicht Behauptungen wiederholt, welche ich als unzutreffend bezeichnet habe.

Abg. Richter: Wenn Graf Mirbach die Wahl Dirichlet's erwähnt, so ist bei dieser Wahl nach meiner Erinnerung nichts vorgekommen, was zu einem strafrechtlichen Eingreifen Gelegenheit geboten hätte. Es sind nicht Hunderttausende bei dieser Wahl verwendet worden, sondern noch keine 1000 M., und auch nicht von unserer Partei, sondern ein Mann in Königsberg hatte eine Summe zu dieser Wahl zugesprochen, um Stimmzettel und Flugblätter verteilen zu lassen.

Abg. Graf Mirbach: Ich beziehe mich nur auf den stenographischen Bericht der Rede des Ministers v. Puttkamer. Wenn es gewünscht wird, werde ich gern Publikationen darüber wieder hervorholen. Ob das angenehm sein wird, mag dahingestellt bleiben. Ich habe gesagt, daß es bei allen Parteien Leute giebt, die über die Stränge schlagen. Wenn Herr Lieber aus einzelnen Vorfällen Schlüsse zieht, so muß ich darauf hinweisen, daß das anderwärts auch geschieht.

Abg. Richter: Ich hätte gewünscht, daß Graf Mirbach den stenographischen Bericht gleich mitgebracht hätte. Dann könnten wir die Thatsache gleich feststellen.

Abg. v. Marquardsen: Als Mitglied der Wahlprüfungs-Kommission kann ich feststellen, daß nach den Wahlakten Bestechungen in keinem Staate der Welt so wenig vorkommen wie in Deutschland. Wir können stolz darauf sein. (Zustimmung links und im Zentrum.)

Darauf werden die weiteren Bestimmungen des Gesetzentwurfes unverändert und ohne weitere Debatte und schließlich der Gesetzentwurf im ganzen gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der ersten Verhandlung der beiden Anträge der Sozialdemokraten und Freikämpfer betr. das Vereins- und Versammlungsrecht.

Abg. Träger (fr. Vp.), als Antragsteller für die freisinnige Partei, verweist auf die Debatte der letzten Tage, welche die Nothwendigkeit eines Reichs-Vereinsgesetzes klar dargelegt habe. Ein Vereinsgesetz war schon 1872 in Aussicht genommen; es kam aber nicht, wohl aber wurde das Preßgesetz verabschiedet, obgleich es in den Einzelstaaten auf ebenso viel Schwierigkeiten stieß wie ein Vereinsgesetz. Schließlich hat die Reichsregierung den Erlaß eines Vereinsgesetzes fallen lassen. Das Vereinsrecht wird im bürgerlichen Gesetzbuch nach privatrechtlicher Seite hin geregelt; es hat sich aber gezeigt, daß die einheitliche Regelung dieser Seite auf Schwierigkeiten gestoßen ist gerade wegen der mangelnden einheitlichen Regelung des Versammlungswezens. Die einheitliche Regelung erheischt sich nicht auf die politischen, religiösen, sozialen und Unterrichtsvereine. Diese werden der Landes-Gesetzgebung unterstellt. Man sagt, die öffentliche Ordnung muß geschützt werden, es müssen aber auch Garantien für die Vereine selbst geschaffen werden gegen einen Mißbrauch der politischen Befugnisse. Wir haben das allgemeine Wahlrecht, welches nur wirksam den Willen des Volkes zum Ausdruck bringen kann, wenn Sprach- und Versammlungsfreiheit herrscht und das um so mehr, wenn man die Wahlpflicht einführen will. Es muß ein Reichs-Vereinsgesetz geschaffen werden. Unser Antrag, der nicht die ganze Materie erschöpft, der nur ein Nothgesetz darstellt, läßt die landesgesetzlichen Bestimmungen über die Ueberwachung von Versammlungen bestehen. Die Hauptsache ist, daß die Vereine untereinander in Verbindung treten dürfen. Das gehört zur Parteiorganisation und entspricht auch unserer Reichsorganisation. Jede politische Partei muß, um ihre Thätigkeit ausüben zu können, gegen den jetzigen Zustand aufstehen, denn das Verbot des Zusammenschließens der Vereine setzt geradezu eine Prämie auf die geheimen Verbindungen. Wenn die Köllers'sche Maßnahme an irgend einer Stelle Freude erweckt haben sollte, weil sie nur die sozialdemokratische Partei getroffen habe, so ist das eine falsche Auffassung. Neben allen Parteien hängt das Damoklesschwert der politischen Polizei.

Die Frauenfrage ist nicht mehr von der Hand zu weisen, sie besteht nicht bloß in den Kreisen, die man als gemeingefährlich bezeichnet. Nicht bloß die hart arbeitenden Frauen, sondern auch diejenigen, welche den vom Dichter ihnen zugewiesenen Beruf, himmlische Mosen ins irdische Leben zu setzen, haben, glauben, daß die Männer ihnen gegenüber zu weit gegangen sind in der Freiheit. (Heiterkeit.) Der Einfluß der Frauen auf die Politik ist schon ein mächtiger geworden und mittelbar stimmt hier doch manche Frau ab. Die Frauen sollen sich an politischen Versammlungen nicht beteiligen. Einem Handwerkerverein wurde ein Vespere-Abend mit Damen verboten. Verschiedene hannoversche Vereine wurden geschlossen. Der Verein für das Wendenland wurde aber als unpolitisch nicht geschlossen, trotzdem wurde ihm eine Festtafel mit nachfolgendem Ball verboten. Das verstöße gegen das Naturgesetz: kein Vergnügen ohne Damen, oder, wie das Vereinsgesetz sagt: ohne Frauenperson. (Heiterkeit.) Wenn diese Auslegung streng durchgeführt würde, dann würde kein Verein, der sich öffentlichen Interessen widmet, auch der Bund der Landwirthe nicht, ein Vergnügen mit Damen veranstalten dürfen. Jam Glück sind die meisten Polizeibehörden klug genug, sich von solcher Auslegung fernzuhalten. Es handelt sich hier nicht um eine Parteifache, oder vielmehr es ist eine eminente Parteifache, denn alle Parteien haben das gleiche Interesse an der Regelung dieser Frage, damit die Kampfbedingungen auf allen Seiten gleiche sind. (Beifall links.)

Abg. Wachen (Z.): Ob grade ein Versand oder ein Festball mit Damen verboten wird, darauf kommt es nicht an; es stehen hier wichtigere Interessen des öffentlichen Lebens in Frage. Für Preußen ist es nicht schmeichelhaft, daß diesmal nicht andere Staaten, sondern Preußen als Illustration dienen mußte. Der

Minister v. Köller hat die Parteileitung der Sozialdemokratie in Anklagezustand gesetzt. Wenn das Gericht der Anklage Folge giebt und die Parteileitung der Sozialdemokratie verurteilt, dann müssen die Leiter aller anderen Parteien ebenfalls vor den Strafrichter gestellt werden. (Sehr richtig! rechts.) Wir haben auch Zeiten gehabt, wo wir uns über die Schwierigkeiten des Vereinsrechts hinwegsetzen mußten. Die Organisation des Katholikentages, welche unter das Vereinsgesetz fallen könnte, haben wir seit 20 Jahren ausgegeben; nicht die Vereine treten zusammen, sondern es findet eine Generalversammlung der Katholiken statt. Ich würde garnicht erkaunt sein, wenn ein Mann wie Herr v. Köller, etwas fände, um gegen uns einzuschreiten. Im vorigen Jahre habe ich allerdings gemeint, daß jetzt keine geeignete Zeit für ein solches Vereinsgesetz sei; aber wenn die Dinge sich so zuspitzen, wie durch die Köller'schen Maßnahmen, dann muß man doch den Versuch machen und die verbündeten Regierungen zu bewegen suchen, auf diesem Gebiete eine Regelung eintreten zu lassen. Aber wir würden die Anträge nicht ohne weiteres annehmen können, wir würden eine Kommissionsberatung beantragen, wenn der Reichstag nicht so belastet wäre. Deshalb werden wir heute dagegen stimmen, weil die Anträge eine unbeschränkte Vereins- und Versammlungsfreiheit verlangen, die nicht gestattet werden kann. Man wird die richtige Mitte finden müssen zwischen freiheitlichem Vereinsrecht und den beschränkenden Bestimmungen, welche die öffentliche Diskussion in geordnete Bahnen leitet. Es ist auch nicht gerathen, das Vereins- und Versammlungsrecht der Frauen dem der Männer vollständig gleich zu stellen, denn den Unterschied zwischen Mann und Frau können wir nicht aus der Welt schaffen. Auf dem wirtschaftlichen Gebiet müssen die Frauen zum Vereinsrecht zugelassen werden, aber nicht auf dem politischen Gebiet. Durch die Regelung der Stellung der Berufsvereine wird auf diesem Gebiet eine Besserung herbeigeführt werden. 26 verschiedene Vereinsrechte sind unerträglich; unerträglich ist auch, daß in Preußen bei Strafe verboten ist, was in anderen Staaten erlaubt ist. Wir werden zur zweiten Lesung des vorliegenden Gesetzentwurfs beantragen:

Der Reichstag wolle beschließen, für den Fall der Ablehnung der vorliegenden Anträge der folgenden Resolution seine Zustimmung zu geben. In Erwägung, daß das bürgerliche Gesetzbuch die einheitliche Regelung der privatrechtlichen Verhältnisse des Vereinswesens enthält, den Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage eine Vorlage zu machen, welche die öffentlich-rechtlichen Verhältnisse des Vereins- und Versammlungsrechts einheitlich regelt.

Denn der Reichstag kann Gesetzentwürfe nicht ausarbeiten. Der Sozialdemokratie wollen wir durch das Vereinsrecht keine Handhabe bieten, wir wollen sie aber auch nicht bloß durch Polizeimaßregeln unterdrücken. Ohne polizeiliche Willkür haben wir die Sozialdemokratie in Adlon zurückgedrängt, sodas wir diesmal ohne Stichwahl über sie gestiftet haben. Polizeiwillkür ist frevelhaft. Recht muß Recht bleiben. Man muß einen Boden herstellen, auf dem beide Parteien sich sicher fühlen, auf dem man mit Gründen und Gegenständen kämpfen kann. Gleiches Maß und gleiches Recht für alle, aber Schutz gegen tendenziöse Auslegung der Gesetze; das wird eine versöhnende Wirkung ausüben. (Beifall im Centrum.)

Hg. Schall (l.): Eine ungebundene Vereins- und Versammlungsfreiheit können wir in Deutschland nicht gebrauchen, es müssen immer einige einschränkende Bestimmungen vorhanden sein. Nebenher wendet sich gegen die Auer'sche Rede vom vorigen Mittwoch. Auer wendete sich gegen die „Hamburger Nachrichten“ und ihren Hintermann, der seine von abgrundtiefer Gemeinheit der Gefinnung zeugnenden Reizepte gegen die Sozialdemokratie dort ablagert. Das richtet sich gegen den Fürsten Bismarck und enthält eine Beleidigung. Fürst Bismarck wird allerdings nicht annehmen, daß er durch diese Äußerung beleidigt wird. Diese Äußerung schließt sich mancher anderen Äußerung der Sozialdemokraten an, durch welche unser Volk auf das tiefste verletzt worden ist (Zuruf: Welches Volk?), unser deutsches Volk, zu dem ich mich rechne (Lachen links). Damit bekämpfen Sie (zu den Sozialdemokraten) sich und Ihre Anträge selbst. So lange solche Dinge im Reichstage möglich sind, wird einem der Gedanke nahe gelegt, ob es richtig ist, alle politischen Freiheiten, deren wir uns erfreuen, auch ihnen zukommen zu lassen. Da findet man es begreiflich, wenn in einer Versammlung der Beschluß gefaßt ist, in Erwägung, daß die sozialdemokratischen Bestrebungen vaterlandlos und gegen Kaiser und Reich gerichtet sind, daß sie das nationale Gefühl verletzen, den Reichskanzler aufzufordern, eine Veränderung des allgemeinen Wahlrechts herbeizuführen. Dieser Beschluß ist gefaßt worden in einer Versammlung in Hamburg, welche von 2000 Personen besucht war. (Zuruf: 200! Große Heiterkeit links.) Der Antrag will das Vereinsrecht ausdehnen auf Minderjährige und Frauen. Wenn auch die Schulkinder unter 14 Jahren damit nicht gemeint sein sollen, so ist es schon eine ungeheuerliche Zumuthung, die jungen Leute zwischen 14-21 Jahren zu Vereinen zuzulassen. Das sind doch noch ziemlich grüne Jungen; um am politischen Leben theilzunehmen, müßte man hinter den Ohren erst trocken geworden sein. Diese jungen und unreifen Elemente föhren die Versammlungen und machen den Madau. Die Frauen gehören ins Haus, das ist christliche Anschauung; Paulus schreibt an die Epheser: Der Mann ist des Weibes Haupt. Sie sind ja Gegner des monarchischen Prinzips im Staate, also wohl auch im Hause; bei Ihnen wird vielleicht die Herrschaft von der Frau ausgeübt, d. h. Sie stehen unter dem Pantoffel. Auf dem evangelischen Kongresse ist allerdings eine Frau zum Worte gekommen; es ist dort überhaupt manches vorgekommen, mit dem ich mich nicht identifizieren möchte. Aber eine Schwalbe macht noch keinen Sommer. Unsere Zeiten sind politisch so aufgeregt, daß man sich hüten sollte, die politische Streiterei in den einzigen ruhigen Hafen, in das Haus hineinzutragen. Von verständigen Frauen geht die Forderung nicht aus, daß sie Einspruch haben möchten auf das politische Leben. Wenn die Frauen, welche im Erwerbsleben stehen, auch an politischen Versammlungen theilnehmen sollen, dann möchte ich die Hausweifen sehen! Die Frauen machen der Parteileitung den Vorwurf, daß sie Frauen als Delegirte nicht gern sieht. Das Auftreten der Frau Klara Zetkin und der Frau Steinbach auf dem Breslauer Parteitag, welche von Revolution gesprochen haben, verlockt nicht gerade zur Ausdehnung der Thätigkeit der Frauen auf das politische Gebiet. Die Frauen werden Ihnen auch manchmal unangenehm, wie das Beispiel der Frau Jochim beweist.

Die Wichtigkeit und den Ernst der Frauenfrage erkenne ich an; es ist ein Nothstand, daß wir einen solchen Ueberfluß an Frauen und Jungfrauen haben (Heiterkeit), die nicht in den Stand der Ehe treten können. Ich wäre ganz für eine Junggesellensteuer. (Heiterkeit.) Die Hagestolze unter den Parlamentariern würde ich sogar doppelt besteuern, weil sie doch eigentlich das parlamentarische Leben nur in dem konstitutionellen Leben des eigenen Hauses kennen lernen können. Die Frauenrechte sollte man erweitern, man sollte sie als Rechte und als Inspektoren zulassen. Sonst wird die Frau angewiesen sein auf das häusliche Leben und diesem am nächsten kommt die Schule, die Krankenpflege etc. Da sollten auch die Frauen das Vereinsrecht haben. Aber in das politische Leben sie hineinzuföhren, dafür werden wir nun und nimmer sein. Die Frau hat nicht nach politischen Ehren zu streben, von der Vorherrschaft ist ihr der Ruhm zugewiesen, einen tüchtigen Nachwuchs heranzuziehen. (Zimmung rechts.)

Hg. Wueb (Soz.): Auf die Nachmittagspredigt des Vorredners will ich mich nicht einlassen. Wenn er meint, daß man

sich im Sachverhalte nicht beleidigt fühlt, warum entrüstet er sich dann so sehr? Ist er päpstlicher als der Papst? Warum verteidigt er dann den Mann, der durch seine Vorschläge die Arbeiter auf die Vorriden treibt? Das ist das Christenthum, welches herabgekommen ist auf den Sah morituri te salutant. Für unseren Antrag sprechen namentlich die Erfahrungen der 25 Jahre, welche Elsaß-Lothringen in Bezug auf Vereinswesen gemacht hat. Als Herr Colbus Elsaß-Lothringen neulich in Vergleich brachte mit Sibirien, da ertönte namentlich bei den National-liberalen ein unbändiges Gelächter. Die Mißverhältnisse werden nicht bloß in den Kolonien zur Anwendung gebracht, die Mißverhältnisse: Ausnahmegeetze werden in Deutschland selbst gegen die Reichslande angewendet. Betrachten Sie sich einmal das Monstrum der in Elsaß-Lothringen geltenden Ausnahmegeetze; ich habe den betreffenden Band auf den Tisch des Hauses niedergelegt. Solche Gesetze in der Hand eines Mannes wie Herr v. Köller — und Sie können sich denken, was sie für Wirkung üben. Matthias v. Köller ist allerdings gegangen, aber sein Geist ist geblieben; die französischen Gesetze, deren sich das französische Volk nach Abschüttelung des napoleonischen Joches sofort entledigt hat, weil es sich ihrer schäme, gelten bei uns, obgleich wir im Deutschen Reich, in einem Kulturstaat leben sollen. Wir sollen nicht germanisirt werden, sondern wir werden boursifisirt, wie ja das Bestreben dahin geht, ganz Deutschland zu boursifisiren. Ich werde Ihnen an einigen Beispielen aus dem vergangenen Jahre zeigen, wie man unsere eifässische Arbeiterschaft in Bezug auf das Vereins- und Versammlungsrecht behandelt. Es hat langer Mühe bedurft, bis die deutsche Regierung sich entschloß, einen Theil der Gewerbe-Ordnung, der sich auf das Koalitionsrecht bezieht, in Elsaß-Lothringen einzuföhren. Aber dieses gerade für die eifässischen Arbeiter so nothwendige Recht steht nur auf dem Papier. Die Sitzung eines Textilarbeiter-Vereins in Mülhausen, in der über den Ruhen der Organisation gesprochen werden sollte, wurde verboten. In genehmigten Versammlungen, in denen über die wirtschaftlichen Verhältnisse einzelner Fabriken gesprochen werden sollte, wurde Namensnennung einzelner Fabrikanten unteragt. Wie soll man die Mißstände in den Fabriken zur Kenntniß der Behörden bringen, wenn man diese Namen nicht nennen darf? Ein solches Verbot ist vollständig gefaßt und kulturwidrig, weil dadurch der Zustand in den einzelnen Fabriken nicht verbessert werden kann. Verboten wurde eine Versammlung zur Besprechung der Arbeiter- und Lohnverhältnisse der Firma Frey u. Co., welche den Lohn für die Arbeiterinnen so erheblich herabgesetzt hat, daß sie in 12 Tagen ungefähr 12 M. weniger verdienen. Der Bericht unseres Fabrikinspektors ist mehr oder weniger angegriffen worden. Ich berief eine Versammlung, um diesen Reichsbeamten vor Angriffen zu schützen, unter Hinweis darauf, daß er nichts Besseres liefern konnte, weil eben unsere Gewerbebeamten nicht den nöthigen Rückhalt bei der Regierung finden, weil sie viel zu sehr Rücksicht auf die Wünsche der Fabrikanten nehmen; diese Versammlung, das kann nur bei uns passiren, wurde auch aufgelöst. Ende vorigen Jahres war in Mülhausen ohne unsere Mitwirkung ein größerer Streik ausgebrochen und durch meine Intervention zu Ende geführt worden. Ich wollte die Arbeiterschaft warnen, weiterhin leichter sich auf einen Streik einzulassen und über das Thema sprechen: Was lehrt der letzte Streik die Arbeiter. Selbstverständlich ist diese Versammlung als staatsgefährlich verboten worden. In Martigny wurde eine Versammlung mit dem Thema: Ueber die wirtschaftliche Lage der Textilarbeiter und die Nothwendigkeit der Organisation verboten. Zum Steuernahen werden natürlich auch die Sozialdemokraten herangezogen. Ich sprach nun in einer Versammlung über die neue Gewerbesteuer im Elsaß und gab an der Hand des stenographischen Berichts des Landesauschusses ein Bild über die Art der Steuer und was sie eigentlich wolle. Eine offiziöse und unrichtige Berichtigung in den offiziellen Blättern bewog mich, noch einmal über dasselbe Thema zu sprechen, aber ein hohes Ministerium verbot diese Versammlung. Unsere politischen Versammlungen werden natürlich kurzer Hand verboten.

Selbst die Berichterstattung über die Thätigkeit des Reichstages sucht man möglichst einzuschränken. Nach Schluß der vorigen Session berichtete ich in Mülhausen; der überwachende Beamte löste die Versammlung auf, obwohl ich lediglich den stenographischen Bericht vorgelesen hatte. Eine neue Versammlung wurde mir gestattet, auf dem Polizeipräsidium wurde mir aber Kenntniß gegeben von einer Mittheilung des Ministeriums, daß man ja sätlich dem Abgeordneten die Berichterstattung nicht verbieten könne, daß er aber eingehend über die Verhandlung berichten dürfte. Eingehender als durch Verlesung des stenographischen Berichtes kann man doch nicht über die Thätigkeit des Reichstages berichten. Später wollte man mir die Berichterstattung überhaupt verbieten. Bebel als Straßburger Reichstags-Abgeordneter konnte auf badischem Boden wenigstens Bericht über seine Thätigkeit im Reichstage erstatten; aber diesmal verbot man es ihm auf grund irgend eines Unstittlichkeits-Paragrapheu.

Bei der Ermordung des Fabrikanten Schwarz, wo es sich nur um die That eines Einzelnen handelte, trat plötzlich ein Telegramm aus irgend einem Jagdrevier ein: „Wieder ein Opfer der von den Sozialdemokraten getriebenen Aufregung.“ Wir wurden plötzlich verfolgt und mit Anschuldungen bedacht. Man benutzte die Gelegenheit, um den „Offenburger Volksfreund“ zu verbieten, nachdem man die „Elsaß-Lothringische Volks-Zeitung“ todgeschlagen hatte. Eine Versammlung zur Abwehr der Beschuldigung wurde verboten und wir mußten ins Ausland, nach Basel gehen. Ob das des deutschen Reiches würdig ist, lasse ich dahingestellt! Selbst die unpolitischen Gesang-Vereine werden zifantirt.

Erst vor einigen Wochen hat ein Vereinsprozeß in Elsaß eine ganz gewaltige Aufregung hervorgerufen. Es handelte sich um einen Verein, der nicht im geringsten mit politischen oder wirtschaftlichen Bestrebungen etwas zu thun hatte. Auf einmal entdeckte die Staatsanwaltschaft, daß hier laute gefährliche Bestrebungen vorhanden sein könnten, lagte die Leute an und sie wurden verurtheilt. Besonders werden Gesangsvereine mit allerlei kleinlichen Exilaran verfolgt: Fahnen dürfen sie nicht tragen, mit Musik dürfen sie nicht durch die Straßen ziehen u. s. w., aber bei irgend welchen festlichen Einzügen der Statthalter sollen sie theilnehmen. Letztlich haben sie aber, hierzu angefordert, es abgelehnt, da sie nicht an politischen Angelegenheiten sich betheiligen dürften. Ich wünsche nur, daß sie das feste Rückgrat behalten möchten.

Ausweisungen sind bei uns etwas alltägliches. Besonders Auffsehen hat die Ausweisung des Fabrikanten Noack-Dolius erregt. Bei einer solchen Kinderlei gleich mit Ausweisungen zu kommen, nenne ich doch mit Kanonen nach Spoken schießen. Diese Ausweisungen haben wir auch bei Arbeitern sehr häufig. Ich bin mit solchen Maßregeln sehr zufrieden; Sie sollen einmal sehen, wie viele wir das nächste Mal in den Reichstag hineinmarschiren! Der Bundesrath hat kürzlich den vom Reichstag im vorigen Jahre angenommenen Antrag auf Aushebung des Distrikts-Paragrapheu in Elsaß-Lothringen abgelehnt. Die Herren, welche sich in den süddeutschen Landtagen befinden, sollten einmal anfragen bei ihren Regierungen, ob sie der preussischen Regierung das Gest in dieser Beziehung weiter in Händen lassen wollen. Ich möchte unsere süddeutschen Kollegen etwas scharf machen, damit sie ihren Regierungen etwas auf den Leib rücken, damit nicht Elsaß-Lothringen, welches ein deutsches Glas gegen Frankreich bilden soll, zu einem preussischen Glas gegen Süddeutschland wird. Bei solcher Behandlung fahlen wir kein Bedürfnis, deutsche Patrioten zu werden. Es ist die höchste Zeit, Reichsschutz uns

zu gewähren. Im Namen des Volkes und der Berechtigten können wir das verlangen, damit endlich einmal der Sah vas victis! befehligt wird.

Darauf wird die Berathung abgebrochen. Schluß nach 3 Uhr. Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. (Novelle zur Gewerbe-Ordnung und Etat des Reichsschatzamt.)

lokales.

Achtung, dritter Reichstags-Wahlkreis! Auf die am Donnerstag, den 13. Februar, im Lokal des Herrn Brodnow, Sebastianstr. 39, stattfindende Volksversammlung sei ganz besonders hingewiesen. Unser Parteigenosse, Reichstags-Abgeordneter Frohne wird über das bürgerliche Gesetzbuch sprechen.

In Sachen der Elektrizitätswerke. In der gestern unter Vorsitz des Bürgermeisters Kinsamer abgehaltenen Sitzung der gemischten Deputation zur Verathung über die eventuelle Uebernahme der Berliner Elektrizitätswerke in die städtische Regie wurde auf grund einer Reihe vorläufiger Erweiterungs-Projekte die voraussichtliche zukünftige Entwicklung dieser Werke erörtert. Es lag ferner das Ergebnis der Beratungen der für die finanzielle Seite der Frage eingesetzten Kommission vor, welches sich auf einen Bericht des Stadtraths Jabel und ein Gutachten des Stadt-Elektrikers Dr. Kallmann stützte. Nach eingehender Diskussion, in welcher die technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte erörtert wurden, erstreckte sich auch die Verathung auf die einschneidende Frage der Zentralisation der Stromlieferung für die elektrischen Bahnen und auf das insbesondere bei einer Einverleibung der Vororte wichtige Projekt der Stromvertheilung aus den im Bau begriffenen Elektrizitätswerken an der Oberpreze. Das Resultat der Verathung geht dahin, daß die Deputation mit sechs gegen sechs Stimmen beschloß, den städtischen Behörden die Uebernahme der Berliner Elektrizitätswerke in städtisches Eigentum zu empfehlen.

Der „Erziehungs-Rath für schulenlassene Waisen“ ist zwar begründet, aber wann und in welchem Umfange er seine Thätigkeit beginnen wird, erscheint noch sehr fraglich. Der Vorsitzende, Landgerichtsrath Felisch, lagt in einer an die „Vollz.“ gerichteten Zuschrift, daß die Geldzwendungen bisher nicht so reichlich gewesen sind, als erwartet wurde. 2700 M. Jahresbeiträge und über 7000 M. Kapital (wovon also nur die Zinsen in betracht kommen) sind da. Herr Felisch sagt, das sei „sicherlich ein schöner Anfang“, wolle aber wenig bedeuten im Vergleich zu dem, was selbst bei strengster Begrenzung des Arbeitsgebietes geleistet werden müsse. Das stimmt; jeder Leiter eines größeren Berliner „Wohlschätigkeit“-Vereins wird uns bestätigen, daß man mit der oben genannten Summe noch nicht die bloßen Verwaltungskosten eines einzigen Jahres decken kann. Unter diesen Umständen darf man gespannt darauf sein, wie vielen Talenten der Verein durch Unterstüzung mit Geld die Wege zu einer ihren Fähigkeiten und Neigungen entsprechenden Laufbahn ebnet wird. Wir fürchten, das schöne Zukunftsbild, das Herr Felisch in der ersten Versammlung des neugegründeten Vereins unter einem großen Aufwand von dröhnenden Phrasen aufrollte, wird sehr bald stark verblasen. Für wirklich kostspielige Unternehmungen „wohlthätigen“ oder „gemeinnützigen“ Charakters reicht eben die vielgepriesene freie Vereinthätigkeit nicht aus.

Ueber die Pestalozzi-Feier der Arbeiter-Bildungsschule bringt die vom Berliner Lehrerverein herausgegebene „Pädagogische Zeitung“ einen ausführlichen, sehr wohlwollend gehaltenen Bericht, der die symptomatische Bedeutung dieser, von der Berliner Arbeiterschaft mit so großer Begeisterung aufgenommenen Feier hervorhebt. Die einzige festliche Veranstaltung, heißt es darin, „die in der Reichshauptstadt selbständig neben den wohlgeleiteten Festen der Lehrerschaft und ihrer Freunde stattgefunden hat, war kein Fest der tonangebenden Bürgerschaft, es war die Pestalozzi-Feier der Arbeiter-Bildungsschule, eine Feier der organisirten Arbeiterschaft.“ Die Betonung des „sozialen Pestalozzi“ (den der Festredner, Genosse Heinrich Schulz, in seinem Vortrage zeichnete) bedeuete einen Fortschritt in der Auffassung des Strebens dieses Mannes, und dadurch unterscheidet sich die Feier des Jahres 1896 von der des Jahres 1846, wo man nur den „Vater Pestalozzi“, und auch nur in dem engeren Kreise der Lehrerschaft gefeiert habe. Der Bericht schließt: „Die Feier war der Bedeutung Pestalozzi's würdig, und die Berliner Arbeiterschaft hat sich um das Andenken des großen Mannes verdient gemacht. Öffentlich feiert die 200. Wiederkehr das ganze Volk!“ Die „tonangebende Bürgerschaft“ der Reichshauptstadt hatte im Reichgründungs-Jubiläum allerdings anderes zu thun, als einen Mann zu feiern, von dem man allmählig zu begreifen anfängt, daß er keineswegs bloß ein harmloser „Schulmeister“ war.

Eine für Angler nicht unwichtige Bekanntmachung erläßt das hiesige Polizeipräsidium: „Mit dem Herrn Regierungspräsidenten zu Potsdam ist eine Vereinbarung dahin getroffen worden, daß Besuche um Ertheilung der Erlaubniß zum Angeln während des Sonntags oder während der wöchentlichen Schonzeit der Fische in den außerhalb der Berliner Reichsbildungsebene befindlichen Gewässern zunächst dem Polizei-Schiffahrts-Bureau zur Prüfung und gutachtlichen Äußerung vorgelegt werden.“

Die Neue Berliner Omnibus-Gesellschaft gegen ihre Angeklickten. Die Amie Spittelmarkt-Golgstraße gehört bekanntlich zu den beliebtesten und daher sehr einträglichem Omnibusstrecken. Kürzlich ist diese Strecke zusammen mit einigen anderen Linien in das Eigentum der Neuen Berliner Omnibus-Gesellschaft übergegangen. Zu den Gründern gehören ein Fuhrherr, ein Hauptmann a. D. und einige Finanzgrößen. Das erste, was die Gesellschaft gethan hat resp. was sie zu thun für nöthig befand, war, daß sie den Fahrangestellten, Schaffnern und Kutschern eine Lohnreduktion von fast einem Drittel ihres Verdienstes zumuthete. Die Leute, von denen manche fünf und mehr Jahre im Dienst sind, erhielten bisher 3 M. tägliche Löhning, für einen Familienwater gewiß keine Kröfußrente. Dieser Tage wurden die Beamten abtheilungsweise nach dem Bureau gerufen, wo ihnen ein Vertrag vorgelegt wurde, nach welchem sie in Zukunft mit 2 M. (!) pro Tag sich begnügen sollen, ebenso ist die Kündigungzeit gekürzt resp. fallen gelassen worden. Trotz der Vorlichtmaßregel, daß man immer nur truppweise verhandelte, ist die Direktion bisher zu keinem Resultate gelangt. Wie wir vernehmen, hat auch nicht ein einziger dem Nevers unterschrieben. Man fühlt sich solidarisch in der Meinung, daß ein Lohn von 10-15 Pf. pro Stunde keine menschenwürdige Existenz mehr ist. In Wind und Wetter, Frost und Regen müssen die Omnibus-Angestellten hinaus, Zeit zum Mittagessen haben sie kaum, die Arbeitszeit ist eine unmenslich lange — da hält man eine Reduktion von 3 M. auf 2 M. für angemessen! Sind denn die Aktionäre oder die Direktion mit solchen Hungerverdiensten auch zufrieden? —

Wochen-Repertoire der Urania. Sonntag und Dienstag „Das Antlitz der Erde“. Montag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend, Herr P. Speiß „Photographie mit unsichtbaren Strahlen“. Donnerstag, Herr Dr. Friedländer „Ueber thätige Vulkanen“.

Im Berliner Aquarium nehmen gegenwärtig einige Qualitäten das Interesse des Publikums in Anspruch. Die Chrysaora ist in zarter Gelb und Roth gefleckt, die Buzzele zeigt von dem Ruch- und Bläulichweiß des Schirmes zu dem Blauviolett der Handlappen und dem Roth oder Orange-gelb der Saugtrausen entzückende Abtönungen. Sehr veränderlich und abwechselungsreich in der Farbe ist eine absonderlich gefaltete Gloden- oder Petaquale, während wiederum eine mit zahlreichen Randfäden ausgestattete Aquorea sich durch stark uhr-glasförmigen Schirm von Kristallkugeln auszeichnet.

Ueber eine Kriegsgedenkfeste, welche am Freitag von den Post- und Telegraphen-Beamten Berlins unter dem Präsidium des Staatssekretärs Dr. v. Stephan abgehalten worden ist, bringen bürgerliche Blätter weitläufige Meldungen. Es wurden die selbstverständlichen Lebehochs ausgedrückt und Guldengedenkstelegramme abgefasst; als besonderen Glanzpunkt bringt die „Nordd. Allg. Ztg.“ die Anfangsgründe eines Bismarck-Bildes, welches die Beamten mit Verehrung singen durften, da zur Zeit bekanntlich zwischen Friedrichshagen und Berlin der sanfteste Wind weht.

Wir erhalten über diese erhebende Feier und einige andere Dinge den folgenden recht interessanten Bericht:

Das große Fest, das Herr Staatssekretär Dr. v. Stephan mit höherem Gesele beehrte, hat am 7. d. M. in Kroll's Etablissement einen glänzenden Verlauf genommen. Von den unteren Beamten konnten sich allerdings nur sehr wenige die Feier leisten; man nahm von dieser Kategorie hauptsächlich Leute, die man h a n g e n konnte. Unter ihnen sind viele frühere Militärrufler; die Auserwählten hatten den höheren Beamten am Freitag zur höheren Weibe des Tages etwas vorzuspielen, wie dies schon öfter bei ähnlichen Gelegenheiten geschah. Die Leistungen klappten vorzüglich, was kein Wunder nimmt, da die in betracht kommenden Unterbeamten vorher öfters ganze Nachmittage vom Dienste dispensiert wurden, um zu üben. Man hatte an deren Stelle dienstfreie Beamte herangezogen. Zum theil mußten auch die im Dienst befindlichen Leute die Arbeit der Rufler verrichten. Während der Dienstzeit wurden auch die Theaterstücke zum theil eingeübt, die am Freitag aufgeführt wurden. So hat der Ober-Telegraphenassistent K a b u y vom Haupt-Telegraphenamte seit fast drei Wochen keinen Dienst mehr verrichtet und sich nur dem Feste gewidmet. Das dies von den anderen Beamten zum theil mit nicht gerade sehr zufriedenen Blicken betrachtet wurde, ist erklärlich, da die Verwaltung sonst nicht gerade freigebig mit dem Urlaub ist.

Die große Rede, welche auf dem Feste bei Kroll gehalten wurde, war von Herrn Postath v. A l b e d u l l in Dresden ausgegangen. Es traf sich besonders gut, daß Herr v. Albedull gerade um die Festtage herum von Dresden nach Berlin kommandirt war, um hier die Fernsprechanlagen zu studiren.

Da gerade einmal von der kaiserlichen Post die Rede ist, sei noch kurz des Jalles Buchholz gedacht. Buchholz ist im Januar diesen Jahres gestorben, nachdem er acht Jahre hindurch für 2 Mark 50 Pfennige täglich der Postverwaltung als Hilfsarbeiter Dienste geleistet hatte. Bei seinen jammervollen Einkommensverhältnissen hatte er sehr viel mit Krankheiten zu kämpfen; er hinterließ eine Frau und vier kleine Kinder in der elendesten Lage. Die arme ebenfalls kränkliche Frau, die jetzt ratlos dasteht, konnte nach dem Buchstaben des Gesetzes von der Verwaltung keinen Pfennig Unterstützung erhalten; das Mitleid der unteren Beamten brachte wenigstens soviel zusammen, daß der Todte einigermaßen anständig unter die Erde kommen konnte.

Das Parodie-Theater wird, wie uns die Direktion schreibt, am nächsten Sonnabend wieder mit seinen Vorstellungen beginnen.

Aus der Garde-Füsilier-Kaserne. Umfangreiche Untersuchungen finden gegenwärtig bei der 10. Kompagnie der Garde-Füsilier-Regiments in der Chausseestraße statt, und zwar handelt es sich dabei um vermittelte Veruntreuungen auf der Kompagnie-Versammlungskammer. Der erst kürzlich zum Kompagniechef ernannte Hauptmann residirte unvorhergesehen die Kammerkassende und dabei stellte es sich heraus, daß diese nach dem Kammerbuch und der Inventarientafel nicht vollständig vorhanden waren. Die Sache ist natürlich sofort dem Regiment gemeldet worden, welches das Weitere veranlaßte. Die kriegsgerichtliche Untersuchung wurde eingeleitet, in aller Stille fortgeführt, und insolge der Ergebnisse dieser Untersuchung ist der Kammerunteroffizier durch ein kriegsgerichtliches Erkenntnis zu mehreren Monaten Gefängnis (wurden wir recht berichtet, so sind es sechs Monate) verurtheilt und bereits in das Festungsgefängnis nach Spandau transportirt worden. Trotz dieser Bestrafung ist die Untersuchung noch nicht beendet, da sich neue Belastungsmomente ergeben haben sollen, so daß voraussichtlich noch mehrere Unteroffiziere und auch Mannschaften in kurzer Zeit die Reise nach Spandau unfreiwillig antreten werden. Nebenbei ist erst vor etwa acht Tagen über einen Unteroffizier dieser Kompagnie die kriegsgerichtliche Untersuchung verhängt worden, weil er einen Garde-Füsilier seiner Exerzierabtheilung mißhandelt hat. Die Bestrafung steht indessen noch aus. Wir haben über diesen Fall vor einigen Tagen bereits ausführlich berichtet.

Mord und Selbstmordversuch. Im Hause Thurmsr. 19 (Moabit) hat in der Nacht zum Sonnabend der pensionirte Schuhmann August Schmidt seine Frau mit einem Beil erschlagen und dann versucht, sich mit einem Rasirmesser den Hals durchzuschneiden. Ueber die Thatthat wird berichtet: Der in Westpreußen im Jahre 1842 geborene Schuhmann Schmidt war mit Marie, geb. Werner, aus Labenburg (Kreis Ober-Barnim) verheiratet und es wurden ihnen sechs Kinder geboren. Schmidt gehörte als Schuhmann zuletzt dem 74. Revier an, dessen Bureau in der Stephanstraße 60 liegt. Ein rheumatisches Weiden nöthigte ihn vor sechs Jahren, sich in den Ruhestand versetzen zu lassen. Bis zum Ende vorigen Jahres wohnte er mit seiner Familie in der Lübeckerstr. 47, wo er ein seinem Schwager, dem Hausgeizhümer Werner aus der Thurmsr. 11 gehörendes Mißgeschick leitete. Ende Dezember gab er das Geschäft an Werner ab und siedelte anfang Januar nach dem Hause Thurmsr. 19 über. Hier bezog er mit seiner Familie im ersten Stock des zweiten Quergebäudes eine Wohnung. Gestern Freitag, kündigte Schmidt die Wohnung, die er nur auf Monatsvertrag gemietet hatte, um nach der Melanchthonstr. 6 zu verziehen. Dort wollte er am 1. März ein Mißgeschick übernehmen, das er für 2000 M. gekauft hatte. Die Eheleute lebten, wie die Kinder übereinstimmend bekunden, bisher immer sehr gut miteinander. Frau Schmidt war gestern Nachmittag ausgegangen, um Einkäufe zu machen. Nachdem sie abends heimgekehrt war, wollten Nachbarnleute gehört haben, daß das Ehepaar sich zankte. Schmidt hatte im Laufe des Abends einen seiner Söhne in den Keller geschickt, um das dort liegende Beil heranzuholen, und niemand dachte sich etwas dabei. Morgens zwischen 3 und 4 Uhr wurde die Frau des Hausverwalters Moritz von dem Kellerflabe mit dem Bemerkten aus dem Schlafe geweckt, daß man aus der Wohnung Schmidt's Hilferufe höre. Frau Moritz ging mit Mabe und anderen Hausbewohnern in die Wohnung hinauf und sah, daß Frau Schmidt als Leiche in ihrem Bette lag. Ihr Mann hatte sie durch zwei Schläge mit der stumpfen Seite des Beiles getödtet; ein Schlag hatte die linke Seite des Schädels, der zweite die linke Wange getroffen. Frau Schmidt hatte keinen Laut mehr von sich gegeben. Nachdem Schmidt die Frau erschlagen hatte, war er unruhig im Zimmer auf und abgegangen. Dadurch weckte er die Kinder, die im Nebenzimmer schliefen und ob der That ihres Vaters Hilferufe ausstießen. Schmidt nahm nun ein Rasirmesser und brachte sich einen tiefen, aber nicht lebensgefährlichen Schnitt in den Hals bei. Bevor er den beabsichtigten zweiten Schnitt führen konnte, sprang sein Sohn Paul hinzu und entriß ihm das Messer. Die Nachbarnleute holten sofort Kerze herbei, die Schmidt einen Nothverband anlegten und ihn dann in das städtische Krankenhaus zu Moabit brachten. Man hofft, daß der Mann noch einigen Tagen vernehmungsfähig sein wird. Erst dann wird man über seine Beweggründe für die That bestimmte Auskunft erhalten können. Es scheint aber schon jetzt ziemlich sicher, daß er in einem Anfall von Schwermuth behandelt hat. Schmidt wird schon seit einiger Zeit tiefsinnig, wahrscheinlich insolge von Geldverlusten. Er hatte schon die Absicht geäußert, sich aus dem

Fenster zu stürzen und dabei bedauert, daß er nicht vier Treppen hoch wohne.

Eine Auffscheu erregende Verhaftung, welche an der gestrigen Börse das allgemeine Gesprächsthema bildete, ist gestern auf Requisition der Staatsanwaltschaft erfolgt. Der Direktor der Rheinisch-Westfälischen Bank Herrmann Friedmann ist Sonnabend Vormittag in der Wohnung seines Bruders Bernhard von Kriminalbeamten in Haft genommen und nach dem Untersuchungsgefängnis in Moabit übergeführt worden. Wie an der heutigen Börse verbreitet wurde, sollen Urkundenfälschungen zur Verhaftung Friedmann's geführt haben. Auch andere Gerüchte sind im Umlauf. So heißt es, daß die Verhaftung erfolgt ist auf die Anzeige eines Herrn von Schewe, Direktors eines Schöneberger Kreditvereins. Dieser Genossenschaft soll f. angeblich Aktien verpfändet haben, welche gefälscht sein sollen. Nach einer allerdings unkontrollirbaren Version handelt es sich um außer Betrieb gesetzte Aktien der Potsdamer Straßenbahn. An der Börse überrastet übrigens das Vorkommniß durchaus nicht, da man es kommen sah. Die Rheinisch-Westfälische Bank wurde stets und namentlich in der letzten Zeit mit Mißtrauen betrachtet. Die Unternehmungen, an welchen sie interessirt war resp. auf welche sie ihren Einfluß ausübte, wie z. B. der Lindenbawerein, hatten schwer darunter zu leiden. Thatsache ist, daß unter Leuten, welche der Bank nahe standen, schon seit längerer Zeit Sammlungen veranstaltet wurden, um etwa fehlende Deposits zu ersetzen und sonstige dringende Verbindlichkeiten zu erfüllen. Friedmann hat bis vor vier Wochen in der Steglitzerstraße 27 gewohnt, hat aber, da seine Frau schwer leidend ist, diese mit den Kindern zu seiner Schwiegermutter nach Wien gefandt. Die fürstlich eingerichtete Wohnung wurde alsdann geschlossen, und F. wohnte bis vor wenigen Tagen im Westminster-Hotel Unter den Eichen und ist erst in letzten Tagen zu seinem Bruder Bernhard Friedmann verzogen, wo die Verhaftung am heutigen Morgen erfolgt ist.

Sämmtliche todten Hohenzollernfürsten sollen, wie hiesige Blätter melden, innerhalb zehn Jahren ihr Staabbild in der Siegesallee erhalten.

Große Vernunhigung herrscht in Moabit über die täglich während der Mittagszeit vorkommenden Dachstuhlbrände. Am Freitag handelte es sich um zwei umfangreiche Brände in der Lübeckerstr. 52 und Birkenstr. 22a. Donnerstag waren sogar drei Brände zu verzeichnen. Gleich nach Mittag brannte der Dachstuhl des Echauses Bremerstraße 46 und Wicelstraße, dessen Wölbung sehr schwierig war und erst nach 3 Uhr beendet werden konnte. Um 2 1/4 Uhr brannte in der Thurmsr. 48 der Boden und kaum war dies Feuer gelöscht, als ein großes Feuer aus der Soykowskystr. 4 gemeldet wurde. Bei Anlauf der Feuerwehrr hatte das Feuer bereits eine große Ausdehnung erlangt. Man nimmt an, daß es sich in diesen Fällen um Brandstiftungen handelt.

Gestern ist abermals in diesem Stadttheil ein großer Dachstuhlbrand, der neunte seit acht Tagen, ausgebrochen. Diesmal brannte es in der Beusselstraße 45 von 10 1/4 Uhr früh an. Die 4. Kompagnie ließ sofort einen Dampfprisenzug und die mechanische Leiter vom Spittelmarkt nachkommen und mit vier Schlauchleitungen Wasser geben. Gegen 2 Uhr war die Gefahr beseitigt. Der Schaden ist wiederum sehr bedeutend und die Entstehungsurache unaufgeklärt.

Bei einer im Bernauer Stadtfork am Sonnabend stattgefundenen Treibjagd auf Hochwild hat sich ein betrübender Unfall ereignet. Durch einen gänzlich unaufgeklärten Zufall ging das Gewehr des Jagdgebers beim Laden los und die Kugel traf den Förster so unglücklich, daß sein Tod nach wenigen Minuten eintrat.

Zeugen gesucht. Die Personen, welche am Montag abend gelegentlich der Konfektionsarbeiter-Versammlung Zeugen des Vorfalls waren, der um 8 Uhr vor dem Hause Kottbuserstraße 4a (Sanssouci) zwischen einem Arbeiter und einem Schuhmann passirte, werden ersucht, ihre Adresse bei Wilhelm Stern, Gitschinerstr. 61 abzugeben.

Witterungsübersicht vom 8. Februar 1896.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter.	Temperatur nach Celsius (90 C. = 49 F.)
Swinemünde	770	NSW	3	bedekt	4
Danzburg	772	NSW	4	bedekt	3
Berlin	773	SW	2	wolkig	3
Wiesbaden	775	W	1	bedekt	-1
München	775	O	3	Nebel	-7
Wien	775	SWW	1	halb bedekt	-1
Saparanda	754	S	4	bedekt	-12
Petersburg	761	Stil	-	bedekt	-17
Coet	759	SW	5	Negen	11
Aberdeen	756	S	3	bedekt	7
Paris	774	SWW	2	Nebel	-8

Wetter-Prognose für Sonntag, den 9. Februar 1896. Etwas wärmeres, ziemlich trübes Wetter mit leichten Regenfällen und frischen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Kunst und Wissenschaft.

Zu National-Theater kam am Freitag Abend Charlotte Birch-Pfeiffer's Schauspiel „Die Waise von Lowood“ zur Aufführung. Das Stück gehört zu den besseren der zum Glück auch auf der Bühne selb einschlämmernden Dame, womit allerdings nicht gesagt sein soll, daß es irgend welche Bedeutung in der dramatischen Literatur beanspruchen darf. Die Darstellung im National-Theater kann als recht gut bezeichnet werden; die Künstler gaben sich fast alle nach Kräften Mühe, so natürlich zu spielen, wie ihnen dies möglich war. Herr Krüger, der den Lord Rochester gab, war zwar über Gebühr weich und sentimental, doch sprach er, ohne hohle Phrasen zu machen. Die Titelfigur lag in den Händen eines Gastes, des Fräulein Clara Seno von Berliner Theater. Mit nicht allzu kräftiger Stimme versehen, mußte die Dame zwar oft hausehalten suchen, doch wußte sie durch ein lebhaftes, sympathisches Spiel, das der Tendenz des Stückes angepaßt war, sich bald die Gunst des Publikums zu erwerben. Das bis auf den letzten Platz gefüllte Haus lachte nicht mit seinem Beifall.

Theater-Wochenschronik. Opernhaus. Sonntag, 9.: Margarethe. (Haut Herr Emil Gdke, Königl. Kammerl., als Gast). — Kroll's Theater: Nachmittags 3/4 Uhr: Der Postillon von Lonjumeau. Slavische Brautwerbung. Montag, 10.: Die verkaufte Braut. Phantasien im Bremer Rathskeller. Dienstag, 11.: Geschlossen. Mittwoch, 12.: Subskriptionsball. Donnerstag, 13.: Lammhäuser. Anfang 7 Uhr. Freitag, 14.: VII. Sinfonie der königlichen Kapelle. Anfang 7 1/2 Uhr. Mittags 12 Uhr: Öffentliche Hauptprobe. Sonnabend, 15.: Bohengrin. (Bohengrin: Herr Emil Gdke als Gast.) Anfang 7 Uhr. Sonntag, 16.: Bajazet. Mara. Phantasien im Bremer Rathskeller. Anfang 7 Uhr. Kroll's Theater, nachmittags 3/4 Uhr: Der Trompeter von Sickingen. Montag, 17.: Die Weierfinger von Nürnberg. Anfang 6 1/2 Uhr. — Schauspielhaus: Sonntag, 9. Februar: Doktor Mans. Kroll's Theater: abends 7 1/2 Uhr: Bajantafel. Montag, 10.: Die kranke Zeit. Dienstag, 11.: König Richard II. Mittwoch, 12.: Die kranke Zeit. Donnerstag, 13.: König Richard II. Freitag, 14.: Die kranke Zeit. Sonnabend, 15.: 1812. Samstag, 16.: Die kranke Zeit. Kroll's Theater: abends 7 1/2 Uhr: Ariel Koefa. Montag, 17.: Neu einstudirt: Judith.

Das Deutsche Theater bringt in dieser Woche Wiederholungen des neuen Schauspiel's Diebstahl von Arthur Schnitzler in Verbindung mit Kleist's Lustspiel Der zerbrochene Krug viermal, außer heute, Sonntag, Abend noch Montag, Donnerstag und nächstfolgenden Sonntag Abend. Am heutigen Sonntag Nachmittag wird Der Kaufmann von Venedig gegeben mit Herrn Reicher als Shylock; am Dienstag kommt Der Meister von Palmyra mit Herrn Rainz und Frau Sorna zur Aufführung; Mittwoch sind Die Weber, am Freitag Hamlet, Sonnabend Weh dem, der lügt mit Frau Sorna und Herrn Rainz angeführt. Für nächstfolgenden Sonntag Nachmittag ist Die Jüdin von Toledo bestimmt. — Im Lessing-Theater wird heute, Sonntag, das Lustspiel „Der Thron seiner Väter“ von Fedor von Bobeltzy zur ersten Aufführung gebracht und Mittwoch und Freitag sowie nächsten Sonntag wiederholt. Comtesse Guckel wird Montag, Dienstag und Donnerstag sowie am heiligen Sonntag Nachmittag zur Aufführung gelangen. Am nächsten Sonnabend beginnt Frau Hedwig Niemann ihr auf drei Abende berechnetes Gastspiel im Lessing-Theater in Sardou's Lustspiel Madame Sans-Gêne, dessen Titelfigur die Künstlerin bei dieser Gelegenheit zum ersten Mal in Berlin zur Darstellung bringen wird. — Im Berliner Theater geht heute Nachmittag Raimund's Verschwander in Szene, abends Ernst von Wildenbruchs König Heinrich. Dieses Stück wird außerdem noch Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag, 16. Februar, wiederholt. Jbsen's Nora wird Mittwoch zum ersten Male aufgeführt und Freitag zum ersten Male wiederholt. Montag werden Freitag's Journalisten gegeben, Sonntag, 16. Februar, nachmittags geht Angenubers Platter von Kirchfeld in Szene. — Im Schiller-Theater kommt Sonntag Nachmittag Der Widerspenstigen Zähmung zur Aufführung. Abends geht Oskel Bräutigam in Szene. Montag wird zum ersten Male Ein toller Einfall von Karl Laus gegeben und Dienstag und Freitag wiederholt. Mittwoch und Donnerstag finden Wiederholungen von Romeo und Julia statt. Sonnabend ist die letzte Wochentags-Aufführung von Der Widerspenstigen Zähmung. — Der Spielplan des Neuen Theaters wird auch in dieser Woche von Bisson's Lustspiel Der Herr Direktor mit Herrn Temele in der Titelfigur beherbergt. Heute, Sonntag nachmittags geht Bruder Martin, Sonntag, 16. Februar, Kadale und Liebe zu halben Preisen in Szene. Vom Donnerstag an wird Bisson's Lustspiel durch den einaktigen Schwan Ein Jüdischblöcker zwischen zwei Feuern mit Herrn Temele eingeleitet. — Im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater geht die Keller-Herrmann'sche Ausstattungskomödie Der Hungerleider der 25. Aufführung entgegen. — Im Theater Unter den Linden steht Frau Fetterfon-Horrie ihr Gastspiel heute in Offenbach's Die schöne Helena fort. Die Operette bleibt bis Freitag mit der Gattin in der Titelfigur auf dem Spielplan. Im Adolph-Grün-Theater wird zur Zeit wieder Charley's Tante aufgeführt.

Gerichts-Beitung.

In dem Blauen'schen Prozeß des Dr. Hans Blum gegen Langenstein und Genossen wegen des Subentst.-Flugblatts wurden am 7. d. Mts. acht Angeklagte freigesprochen, Genosse Langenstein wegen lediglich formaler Beleidigung zu 50 Mark Geldstrafe verurtheilt. Das Urtheil spricht ausdrücklich von den Unwahrheiten, die Herr Dr. Blum über die Sozialdemokratie verbreitet habe. Einen ausführlichen Bericht tragen wir in der nächsten Nummer nach.

Wegen Beleidigung hatte sich am Sonnabend der Tischler Ernst Jülich vor dem Schöffengericht auf eine Privatklage des Schneidemeisters Fritz Teske zu verantworten. Bei letzterem arbeitete eine Näherin, die bei dem Angeklagten wohnte. Sie hatte mehrere Tage gearbeitet und ließ dann die Arbeit liegen. Als sie ihren Lohn in Höhe von 7.50 M. beanspruchte, machte T. eine Gegenrechnung über den ihm durch das Fernbleiben verursachten Schaden auf und durch Urtheil des Gewerbegerichts wurde festgestellt, daß der Meister noch eine kleine Summe heraus zu bekommen habe. Nun nahm der Angeklagte in einer öffentlichen Versammlung Veranlassung, vor dem Meister Teske zu warnen, da derselbe eine Arbeiterin nicht bezahle habe. Der Vordingende versuchte vergebens, den Angeklagten zum Vergleich unter Uebernahme der Kosten zu bewegen. Jülich erklärte, daß er als „schlichter Arbeiter, der ein Unrecht nicht leiden könne“, gehandelt habe. Aus den Akten ergab sich, daß er außer wegen Betruges auch schon wegen Diebstahls und zwar — zu 6 Jahren Gefängnis verurtheilt ist. Der Angeklagte, welchen bedeutet wurde, daß er am wenigsten geeignet sei, in öffentlicher Versammlung sich als Wächter des Rechts aufzuspielen, wurde zu 30 Mark Geldstrafe verurtheilt.

Versammlungen.

Eine von 500 Vertrauensmännern besuchte Versammlung der Tischler der Kassenmöbel-, Herrenschreidisch- und Bettstellbranche nahm nach eingehender Besprechung über die zu fordernden Lohn- und Aufschläge einstimmig eine Resolution dahingehend an, daß sie mit allen gesetzlichen Mitteln für die Durchführung der vom Holzarbeiter-Verband gestellten Forderungen zu wirken gewillt sei.

In der Branchenvertreter-Versammlung für Telephon-, photographische, Nähmaschinen-, Galanterie- und Luxusarbeiten wurden durch die Berichte, die die einzelnen Branchenvertreter gaben, fast von einander abweichende Lohn- und Arbeitsverhältnisse festgestellt. Während in der Telephon- und photographischen Branche noch Verhältnisse herrschen, die den durch die gestellten Forderungen zu erzielenden annähernd gleichkommen, ist die Lage der Arbeiter in der Nähmaschinen- und Galanterie-Möbelbranche aufs tiefste gesunken. Für den Anschluß an die Bewegung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen wird deshalb entschieden eingetreten werden.

Vermischtes.

Aus New-York wird gemeldet: Der verheerende Orkan, von dem gestern telegraphisch berichtet wurde, hat bedeutend größeren Schaden angerichtet, als ursprünglich angenommen wurde. Im Hafen scheiterten viele Schiffe, in Brooklyn wurde ein dreistöckiges Haus niedergebissen, wobei eine Anzahl Einwohner umkamen. Von einer Menge Häuser sind die Dächer abgedeckt, ferner sind sämtliche Telephon- und Telegraphendrähte zertrübt. Mehrere Eisenbahnzüge der Express-Kompagnie wurden vom Sturm gänzlich umgeworfen.

Ueber ein furchtbares Eisenbahn-Unglück bringt das Bureau Herold aus Budapest folgende Meldung: Aus Pipte-Szent-Miklos wird gemeldet, daß Freitag Nachmittag ein Zug im Engpass bei Vaysej entgleiste. Fünfzig Arbeiter einer Zechen sollen getödtet und viele schwer verletzt worden sein.

Briefkasten der Redaktion.

Brauer Florian Tröger. Ihre Einsendung kann wegen Raummangels erst Dienstag erscheinen. Hgte. Ihre Zusendung wanderte, da sie uns ohne ihre Unterschrift und Adresse zugeht, in den Papierkorb. Vielleicht legen Sie den Fall noch einmal dar. Mitteilung. Für die Ausgesperrten von Carmauz sind bei mir eingegangen: Personal des „Vorwärts“ 30.—, Textilarbeiter von Neuen-dorf-Rommes 20.—, Arbeiter von Neuen-dorf-Rommes 20.—, Han-dels-Hilfsarbeiter Berlin 30.—, 6 Berliner Maltruis 30.—, A. Gerisch.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Sonntag, den 9. Februar:
Opernhaus, Margarethe.
Montag: Die verkaufte Braut.
Schauspielhaus, Dr. Klaus.
Montag: Die kranke Zeit.
Deutsches Theater, Der zerbrochene Krug. Hierauf: Liebelelei.
Nachmittags 1/2 Uhr: Der Kaufmann von Venedig.
Montag: Der zerbrochene Krug. Liebelelei.
Lesing-Theater, Der Thron seiner Väter.
Nachmittags 8 Uhr: Komtesse Sudeck.
Montag: Komtesse Sudeck.
Berliner Theater, König Heinrich.
Nachmittags 1/2 Uhr: Der Verschwender.
Montag: Die Journalisten.

Schiller-Theater.
(Wallner-Theater.)
Sonntag, nachm. 8 Uhr: Der Widerspenstigen Zähmung. Abends 8 Uhr: Onkel Fräulein.
Montag, abends 8 Uhr: Zum ersten Male: Ein toller Einfall.

Adolph Ernst-Theater.
Charley's Canté.
Schwank in 3 Akten von Thomas Brandon. Repertoirestück des Globe-Theaters in London. In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Vorher: Die Bajazzi.
Parodistische Posse mit Gesang u. Tanz in 1 Akt von Ed. Jacobson und Benno Jacobson. Musik von F. Roth.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Alexanderplatz-Theater.
Anfang 8 Uhr: Zum 112. Male: Nur noch 19 Aufführungen
Die kleinen Lämmer.
Vaudeville in 2 Akten von E. Varney.
Vorher: Pitts.
Operette in 1 Akt. Text von Fritz Otto. Musik von Hans Loewensfeld.

National-Theater.
Große Frankfurterstraße 132.
Direktion: Max Samst.
Volks-Vorstellung
An bedeutend ermäßigten Preisen.
Gastspiel des Fräulein Clara Leao vom Berliner Theater und Herrn Oskar Krüger v. Hoftheater zu Braunschweig.
Die Waise von Lowood.
Schauspiel in 3 Akten und einem Vorspiel von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Regie: Max Samst.
Nachm. 8 Uhr: Opern-Vorstellung zu kleinen Preisen:
Der Freischütz.
Oper in 3 Akten von Carl Maria von Weber.
Morgen: Zum 1. Male:
Charlotte Corday.
Volksdrama in 4 Akten v. B. Dornfeld.

Louis Keller's Festsäle
Koppenstraße 29.
Größtes u. schönstes Etablissement der Residenz.
Heute, Sonntag:
Humor. Soirée
der beliebten
Hamburger Sänger
8 Herren.

Großer Ball.
2 Musik-Chöre.

Aktien-Brauerei Friedrichshain
(Königsthor).
Heute Sonntag:
Großes Militär-Konzert
Przywarski.
Eintritt 20 Pf. Programm unentgeltl.

Central-Theater.
Zum 156. Male:
Eine tolle Nacht.
Große Posse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund und Wlth. Mannstadt. Musik von Julius Einödhofer. Anfang 1/2 Uhr.

Der geheimnisvolle Fremde!
Der Riesenbrustkastenmensch hat **Aufsehen** gemacht!
Kaufmann's Variété-Theater
Königsstraße, Colonnaden.
Geradezu Sensation hat der beste aller Humoristen **Gentes** gemacht!!
Theowin's Schönheits-Galerie.
Das neue lustige Programm im Zoologischen Garten eine Pantomime wie sie sein soll.

Walhalla-Theater
Oranienstr. 52 (dicht am Moritzplatz).
Eine Stunde im
Zukunftsstaat.
Vorher:
Kneipp in Berlin.
Lezte Aufführung im Walhalla-Theater am 9. Februar. — Die ausgegebenen Vorzugsbillets haben nur noch bis zu diesem Tage Gültigkeit.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Feen-Palast
Burgstrasse 22.
Direktion: Winkler & Gröbel.
Das kolossale Februar-Programm! Für Berlin durchweg neue Spezialitäten!
Mrs. Martha, Mr. Franklöff, Mr. Arve, Gebr. Francs, Familie Schenk, Lotti Romanowitsch, Harlow Trio, Rembrand u. Cläri, Marvelli Truppe, Robin u. Berat, Koller Talaschuss, 5 Personen auf dem Thurmseil. Ein 8 und 6 jähriges Mädchen als Thurmseilkäufer.
Die tolle Jugend.
Urkommische Pantomime von der Gesellschaft Theo.
Anfang { Sonntags 6 Uhr.
Wochentags 7 1/2 Uhr.
Entree 30 Pf.

Apollo-Theater
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Die tolle Nacht.
Komische Pantomime, dargestellt von der berühmten
Phoites-Troupe.
Auftreten von
Eugenie Fougère
und 30 Kunstkräften I. Ranges.
Kasseneröffnung 6 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.

Alcazar.
Variété- u. Spezialitäten-Theater.
Dresdenerstr. 52/53, Nansenstr. 42/43 (City-Passage).
Täglich:
Grosse Vorstellung.
Vollständig neues Programm.
Signorina Catl. Alfredo Rese. Lotta Siger. Käthchen Möller.
Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ref. 50 Pf.
R. Winkler.

Neuer Circus.
Circus Busch (Bahnhof Borsse).
Sonntag, den 9. Februar:
2 große Vorstellungen 2. Nachm. 4 Uhr (ermäßigte Preise) und 1 Kind unter 10 Jahren frei):
Große Clown- u. Komiker-Vorstellung.
Höchst komisches Programm; u. a. Bär und Schildwache, höchst komische Episode. Die Clowns Gebr. Cavallini als Duellanten. Auft. der Clowns Gebr. Lux, Mr. Veldeman u. Tom-Tom. Der phänomenale Drahtseilkünstler Mr. Lloyd. Vorziagl. Schulfreier und Schulfreierinnen. Spezialität I. Ranges.
Abends 7 1/2 Uhr:
Ischens, das Waldmädchen.
Elektrisches Ballet.
Außerdem:
Vorführten und Heiten der bestref. Freiheits- und Schulpferde. Auft. d. beliebtesten Clowns.
Montag: Gala-Sportvorstellung: Ischens.

Urania
Anstalt für volksthümliche Naturkunde.
Am Landes-Ausstellungspark (Lehrer Bahnhof).
Geöffnet von 5-10 Uhr.
Passage-Panopticum.
Täglich um 5 1/2 und 8 Uhr:
Affentheater und Circus.
30 Affen, 30 Hunde, 12 Pferde, Esel, Ziegen, Schweine, Hasen

Castan's Panopticum.
Die **3 neuesten Weltwunder.**
Kommen!
Kaiser-Panorama (Passage).
Diese Woche: Ken! S. Reise. Istrien. Abbazia, Cherso etc. II. Eine Wanderung durch das interessante Venedig. A Reise nur 20 Pf. — Kinder 10 Pf. Abonnement 1 M.
Nächste Woche: Corfu!

Berliner Aquarium.
Unter den Linden 68a — Ecke der Schadowstr. — Eing. Schadowstr. 14.
Heute Sonntag Eintrittspreis **50 Pfg.**
Reichhaltige Ausstellung von Land- und Seethieren, wie Affen, Riesenschlangen, Krokodile, Hai- u. Tintenfische, Quallen etc.
Abonnementskarten pro 1896 zu 1 Mark das Stück berechnen den Inhaber und dessen Familie gegen jedesmalige Zahlung von 25 Pf. pro Person zum Besuche des Aquariums.

Concerthaus Sanssouci
Kottbuserstraße 4a.
Heute, sowie
Jeden Sonntag u. Donnerstag:
Stettiner Sänger
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Rühl und Schrader)
Anfang 7 Uhr. — Entree 50 Pf.
Heute:
Wundervolles Sonntags-Programm.
Morgen, Montag: Soirée in d. Victoria-Brauerei.
Anfang 8 Uhr. — Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Elite-Programm!
Dienstag: Böhmisches Brauhaus.
Mittwoch: Moabit Stad-Theater.
Bruchpreiskohlen, sowie alle andern Brennmaterialien billig Wärschstr. 84 bei Schulz. 20186

Gardinen
denkbar größte Auswahl in den neuesten Mustern zu bekannt billigen Preisen
Reste
zu 1, 2 bis 4 Fenster passend bedeutend unter Preis.
Carl Schloss,
Warenhaus „Süd-Ost“,
22. Wiener-Strasse 22, Grünauerstr. 1, a. Görlitzer-Bahnhof.
Beilgard's Zahnatelier
befindet sich Köpenickerstraße 155-56. Teilzahlung gestattet. Schmerzloses Zahnziehen mittels Vachgass. 2588b
Weinflaschen, Bierflaschen mit Patent kauft jeden Pösten, 4 Hundert 3 M. Wenzel, Roslitzstr. 23, Keller.
Grünkraut-Geschäft, sehr schön, auch Teilzahlung, verkauft 2593b Neue Hochstr. 54.
Lautsingende Schwarzjamseln, chinesische Nachigallen, Reitzingvögel, Alpenfliegler, Zeisige, Hänflinger, gelbe und weiße Nachtigallen, Eichhörnchen, edle Gänse, Koller, gute Zuchtweibchen. Streng reelle Bedienung bei Hoffmann, Reinickendorfer-Strasse 64, Laden (Bahnhof Wedding). Kaufe jeden Pösten Flugtauben. 2018b
Kanarienvögel u. Weibchen verkauft Schmidt, Falkensteinstr. 10. 2615b
Nagen, Eingaben, Unfallsachen, Pösten, Steglitzerstr. 65.

An unsern Willen.
Willen, wir begrüßen Dir; Freiberg, nimm die Huldigung hier! Willen, die kommt uns von Herzen, Willen, lebe ohne Schmerzen. Willen, aber merk Dir das, Freibergern woll'n wir Dir zum Spaß. Ein's tief, nich so forsch, feste uff'n Kopp. Willen, Du bist dran. 4382b
Statt jeder besonderen Meldung.
Allen Freunden, Bekannten und Genossen die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter Marie geb. Weigel am 4. Februar, früh 8 1/2 Uhr sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet heute Sonntag, nachm. 2 Uhr, von der Halle des St. Georgenkirchhofs aus statt. [2000b
Der trauernde Gatte nebst Kindern, Gustav Rudike, Heinersdorferstr. 14.

Nach kurzem Krankenlager starb am 2. Februar in Annaberg i. S. unser lieber Kollege 90/9

Julius Ritterband.
Der Verstorbene hat sich durch seinen Eifer und die selbstlose Hingebung für unsere gute Sache ein bleibendes Andenken in unseren Reihen gesichert. Freie Vereinigung der Kaufleute.
Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß unser lieber Sohn
Richard
nach schweren Leiden sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet heute Nachmittag um 3 Uhr von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofs aus statt.
C. Stephan und Frau.

Tischler-Verein.
Todes-Anzeige.
Am Donnerstag, den 6. d. M., verstarb unser langjähriges Mitglied
Sandmann
im Alter von 50 Jahren.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 9. Februar, nachmittags 3/4 Uhr, von der Halle des neuen Jakobikirchhofs aus statt.
Um rege Betheiligung bittet
Der Vorstand.
198/9

Dankagung.
Allen Verwandten und Freunden, besonders den Kollegen der Firma Schänig, sowie den Chefs derselben und dem Berliner Metallarbeiter-Verein, welche meinem innigst geliebten Mann, dem Fraiser Louis Martens die letzte Ehre erwiesen haben, meinen aufrichtigen Dank.
Die trauernde Wittwe Martens.

Dankagung.
Für die Beweise herzlichster Theilnahme und die Kränzchen am Grabe meiner geliebten Frau und unserer guten Mutter Marie Liebig geb. Lüneburg segnen wir allen Verwandten, Freunden und Freundinnen, insbesondere den Kollegen, die meine liebe Frau zur Ruhe getragen haben, unsern tiefgefühlten Dank.
Die trauernde Familie Liebig.
Ich bitte alle edelbedenkenden Menschen, mich in meiner Nothlage zu unterstützen und mir etwas Arbeit nachzuweisen. Ich bin Vater von 6 kleinen Kindern und bin in diesem Winter durch Arbeitslosigkeit und Krankheit hart betroffen.
J. Wagner, Weberstr. 10. 2012b

Restaurant Lorenz.
Allen Freunden, Bekannten und der Nachbarschaft zur Nachricht, daß ich mein Lokal Zwillingstr. 8 eröffnen habe und lade zum Besuch freundlichst ein. Fr. A. Lorenz, Zwillingstr. 8, früher Kottbuserstr. 21. 2619b

Restauration
besonderer Umstände halber sofort zu verkaufen. Näheres bei G. Hohmuth, Charlottenburg, Krumme Str. 19.
Achtung!!! 4967*
Ohne Ablen Geruch!
96% Volturspiritus, pr. Lit. 25 Pf.
85% Vreunpiritus, pr. Lit. 20 Pf.
von 10 Lit. ab frei Haus.
Otto Kallischer, Blumenstr. 78.

Vereinszimmer 42822*
mit Piano zu vergeben, auch Sonnabends.
Raumann, Blücherstr. 42.
Vetterer Männerchor sucht gute
I. Tenöre und II. Bässe.
Meldungen jeden Donnerstag Abend 9 Uhr Chausseestr. 72 Hof Restaurant Meissner. 06/13

Fertige Betten, großer Stand Oberbett, Unterbett, 2 Kopfkissen, mit gereinigten neuen Federn, von 12 Mark an, fertige Jallette, Bettwäsche, Wäsche jeder Art, Schpp, Schlat, Bettdecken und Koller-Bettdecken empfiehlt billigst das als langjährig bekannt, 1870 gegründete Spezial-Geschäft von S. Pollack, Grünauerstr. 61, am Moritzplatz.

Wicht. Vorkauf.
Echt- und Gemüße-Geschäft, bester Gegend, konkurrenzfrei, langjähriges Bestehen, nebst Wohnung, billig zu verkaufen, weil Inhaber päpstlich beschäftigt. 2541b
C. Hartmumpf, Rixdorsstr. 87.
Judithweibchen verl. Bessert, Dönhofsstr. 130. 2017b

Typographia
Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer. 69/14
Dienstag, 11. Februar, abends 9 Uhr:
Uebungsstunde
in Cohn's Festsälen, Benthofstr. 20.
Gesang-Verein,
tüchtig, mit gutem Dirigenten, sucht Mitglieder. Stimmbegabte Herren wollen sich Donnerstags, abends 9 Uhr, im Moabit Clubhaus, Benthofstr. 9, einfinden. 2604b

Fritz Linke,
C., Jädenstr. 36, 41678*
empfiehlt seine
Vereinszimmer mit Piano,
20 und 50 Personen fassend.
Telephon: Amt V, Nr. 3386.

Rixdorf. (43082*) Rixdorf.
Viktoria-Säle.
Großer Saal für Vereine
Sonntags noch zu vergeben.
Kinderwagen: Räder und jede Reparatur Balthasarstr. 101. 2602b

Buttnerstraße 26*
gesunde, kleine Wohnungen per sofort, auch zum 1. April 1896 bill. zu verm.
Schuhmacherladen,
billige Wohnungen von 60 Thlr. an Rixdorf, Karlsgartenstr. 19. 2579b

Swinemünderstr. 73
sind Wohnungen bill. p. April z. verm.
Gr. Stube u. Küche im Vorderhaus, 2 Tr., 56 Thlr., 3 Tr., 52 Thlr., z. verm. Preisenwalderstr. 7 (Wannsee). 2563b

Gesunde Wohnungen, große und kleine Gartenausicht, vorn Balkon, kein vis-à-vis, hinten mit Garten, auch ohne, billig [2182b*
Schönhauser Allee 150, 1.
Nahe Ringbahnhof, Frankfurt Allee 16, 16a. Zum 1. April 1896 zu vermieten: 1 kleiner Laden. Vorderwohnungen: 2, 3 und 4 Zimmer, Bad, Erker, Balkon etc. Hinterwohnungen: 1 u. 2 St., K., Cor. etc. St. mit Kochof. etc. Stall, Rem., gr. Lagerkeller. Näh. Baubureau daselbst.

Schöne Vorderwohnungen, zwei Stuben, Korridor, Küche, Zubehör, 300 M., Schöneberg, Gustav Freilagstr. 1. Heimer, Goethestr. 68. 40882*
Strelitzerstr. 52 2 St. u. Küche) billig (1 St. u. Küche) zu verm.
Kraupachstr. 7 (rot. H. Wohnungen auch geräumiger Geschäftsstellen billig.
Freundliche Schlafstelle, sep. Eing., sofort zu verm. Fürstenstr. 18, Hof 4 Tr. bei Tichernig. 2020b

Arbeitsmarkt.
Tüchtige Kartonnagen-Arbeiterin auf ff. Papier-Ausstattungslosetten werden sofort nach Dresden verlangt. Meldungen werden an Herrn M. Weber, Görlitzerstr. 32, im Restaurant erbeten.

Tüchtige Graveure
auf Schwarzdruck finden dauernde und lohnende Beschäftigung bei 2572b
H. Furbach, Grünauerstr. 17.

Möbelpolierer!
In der Nähmaschinen- und Möbel-fabrik von
E. Just, Blumenstraße 30,
haben sämtliche Kollegen wegen Vohn-differenzen die Arbeit niedergelegt. 147/8
Der Vorstand.

Kurbelstepperin, geübte, verlangt Ziebiße, Grüner Weg 19. 2574b
* Tücht. Verfleberer verl. Admiralstr. 7.
Tücht. Zusammenfeger, Bodenmacher und Frontenmacher C. D. Wagener u. Ko., Königsbergerstr. 29. 2591b
Verfleberer auf Feisten verlangt 2591
Rixdorf, Berlinerstr. 80.
Geübte Kartonnagenarbeiterinnen verlangt Becker, Schmidtstr. 15. 2594b

Tackfabrik.
Tüchtiger Werkführer aus der Schuh-fabrikation per sofort oder per Juni-Juli gegen hohes Gehalt gesucht. Dauernde angenehme Stellung. Off. L. F. Exp. d. Btg. 2600b
Blumenfabrik verlangt geübte Blüthen-arbeiterinnen und Wehnmädchen. 2600b
Hayfe, Wrangefer. 10 I.

Mehrere tüchtige Stuhl-Polierer
werden p. sofort gesucht. Alford-löhne werden vorher mitgetheilt.
G. Faerber's Nachf.,
(Jub. J. Schott), Tarnowitz, O. S. Oberschl. Robtshul-Fabrik.

Abgeordnetenhaus.

15. Sitzung vom 8. Februar, 11 Uhr.

Am Ministerische Freiherr v. Hammerstein-Bozgen mit Kommissarien.

Die zweite Etatslesung wird mit dem Spezialetat der Forstverwaltung fortgesetzt.

Nach längerer Debatte über forsttechnische Fragen werden von den Abgg. Horn (nl.), v. Tetten (Fr.), Hofmann (nl.) und Herrn v. Grösa (l.) die Gehalts-, Anstellungs- und Dienstverhältnisse der Forstassessoren und Oberförster erörtert, die bei der vorjährigen Etatsberatung bereits Gegenstand eingehender Betrachtung waren.

Die Regierungskommissarien Geh. Rath Lehnardt und Donner legten dar, daß die Dienstaltersberechnung bei den Oberförstern genau nach denselben Grundsätzen erfolgt, wie bei allen anderen Oberbeamten.

Herr Lamprecht (l.) legt dar, daß die Gehälter der Förster im Misverhältnis stehen zu den Anforderungen, welche an ihre Vorbildung und ihre Tätigkeit und Ausdauer im Dienste gestellt werden. Die Gehälter bedürfen der Aufbesserung.

Bei dem Titel: Zum Ankauf von Grundstücken zu den Forsten 1050 000 M. bittet der Abg. Mooren (Z.) um eine Verhäufung des Fonds, um den heimischen Bedarf an Holz aus unseren eigenen Forsten wenigstens in absehbarer Zeit decken zu können. Als einen Gesichtspunkt von stilklicher Bedeutung regt Redner an, die neuen Anpflanzungen durch Schulkindern vornehmen zu lassen, die durch das Interesse für die von ihnen gepflanzten Bäumchen abgehalten werden, Baumfrevler zu verüben.

Minister v. Hammerstein: Der Erwerb von Oedflächen ist im Westen schwierig, einmal wegen der hohen Preise, dann aber auch wegen des Festhaltens der Eigentümer am Besitz. Nichtsdestoweniger wird der Anlauf solcher Oedflächen im Auge behalten.

Herr Dr. Gerlich (l.): Daß das Forstschutzwesen nicht taugt, darüber sind wir alle einig. Die Verwendung von Schulkindern bei der Anpflanzung ist dem Redner besonders sympathisch. Größere Flächen könnten zur Aufforstung an Unternehmer vergeben oder durch Gesangene aufgefördert werden.

Der Etat der Forsten wird ohne Abstrich genehmigt, ebenso und ohne Debatte der Erlös aus Ablösungen von Domänen, Grundstücken, ferner die Rente des Kronsidelkommissars und des Zuschuß zu dieser Rente.

Es folgt der Etat der preussischen Zentralgenossenschaftskasse.

Herr Graw (Z.) wünscht eine größere Selbständigkeit des Instituts, das nicht abhängig sein dürfe von der Gunst des jeweiligen Ministers.

Herr v. Nordhaußen (l.) möchte eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Kredite auf alle Provinzen.

Herr v. Gerner (nat.): Es ist mir stets bedenklich, wenn ein neues Bankinstitut nach kurzem Bestehen mit so großen Zahlen prunkt. Mit 500 Genossenschaften hat man Geschäfte abgeschlossen; sind diese auch alle solide? Sind Prolongationen eingetreten? Wir können hierüber heute noch kein Urteil sagen. Aber das schnelle Aufblühen hat doch sein Bedenkliches.

Minister Dr. Wiquel: Das prinzipielle Bedenken theils ich, aber aus diesem allgemeinen Satz kann man im vorliegenden Falle keine Schlüsse ziehen, denn für eine ungenügende Vorsicht fehlt jeder Anhalt. Daß die alten Genossenschaften sich ihrer alten Schulden entledigen, ist doch begreiflich. Daß wirtschaftliche und genossenschaftliche Bedürfnisse ein großes, die von den Genossenschaften und Genossenschaftsverbänden gewährte Sicherheit erscheint doch ausreichend, um so mehr, als die Kreditwürdigkeit auch sonst noch in vorzüglichster Weise geprüft wird. Die Summe von 42 Millionen, die verausgabt worden sind, erscheint nicht hoch, wenn man bedenkt, daß

bei landwirtschaftlichen Krediten gewöhnlich längere Fristen gewährt werden müssen. Eine Verleumdung ist die Behauptung, daß die Bank ein politisches Institut sei. Sie wird unparteiisch geleitet und soll nur allgemein wirtschaftlichen Zwecken dienen.

Regierungskommissar Geheimer Rath Rheinbaben giebt eine Darlegung des Geschäftsverfahrens bei dem Institut, um dessen Sicherheit zu beweisen.

Herr v. Mendel (l.): Wir dürfen hoffen, daß das Institut eine sehr glückliche Entwicklung haben wird, denn die Gründung zahlreicher neuer Genossenschaften ist nicht auffallend, weil das Bedürfnis längst vorhanden war und der Anstoß zu Neugründungen durch das neue Institut gegeben worden ist; dieses hat sich schnell das Vertrauen der Genossenschaften erworben und wir sind Herrn v. Gerner für seine geschickte Geschäftsleitung aufrichtig dankbar.

Herr Götze (fr. Vg.): Mit Bedauern vermiße ich in den Erörterungen des Vorredners über das Genossenschaftswesen den Namen Schulze-Delphisch's. Die Bedenken v. Gerner's theils ich; nur ist unklar, wie man die Vermögensverhältnisse des einzelnen oder der einzelnen Genossenschaft feststellen will von einer solchen Zentralstelle aus; man müßte ja ein ganzes Heer von Spähern zur Verfügung haben. Strebsame Landräthe fühlen sich heute vielleicht zur Genossenschaftsgründung veranlaßt und die Kreditgewährung kann leicht auf unglücklichere Motive zurückgehen. Daß der Spartrieb durch diese Darlehns-Institute angeregt wird, wie Herr v. Mendel behauptete, vermag ich nicht einzusehen.

Herr v. Bittamer (Blau l.): Die Prüfung der Kreditwürdigkeit der einzelnen Genossenschaft halte ich für entbehrlich; es genügt die Genossenschaft zu prüfen. Das Bedürfnis für die Gründung neuer Genossenschaften ist ein großes. Von den Raiffeisen'schen Kassen ist noch nicht eine bankrott geworden. Im übrigen verdienen ja Götze's Mahnungen volle Beachtung. Ich glaube, daß wir mit der neuen Kasse einen sehr glücklichen Griff gethan haben.

Regierungskommissar Geh. Rath v. Rheinbaben: Die Prüfung der Kreditwürdigkeit macht keine großen Schwierigkeiten, denn der Kasse haften nicht nur die einzelne Genossenschaft, sondern auch der Verband, dem sie angehört.

Herr Tasbach (Z.) tritt für das Institut ein.

Herr Parisius (Fr. Sp.): Für die Erlangung statistischen Materials über die Darlehen bietet die Zentralkasse eine günstige Gelegenheit und ich hoffe, daß wir hierüber nächstes Jahr genaueres erfahren. Im Prinzip bleibe ich dabei, daß man die Sache besser der freien genossenschaftlichen Thätigkeit überlassen hätte.

Regierungskommissar Geheimer Rath von Rheinbaben: Statistische Erhebungen sind angeordnet worden, aber von den Freunden des Herrn Parisius seist als eine politische Maßregel bekämpft worden. Die Zahl der Handwerker, die Kredit nachsuchten, war allerdings nur eine geringe, wird sich aber in Zukunft allem Anscheine nach heben.

Herr v. Tiedemann-Baum (l.) weist noch einige Einwürfe Götze's u. Parisius' zurück.

Der Etat der Zentral-Genossenschaftskasse wird genehmigt. Nächste Sitzung Montag 11 Uhr: Justiz-Etat.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Soziale Rechtspflege.

Der Zustand in der Schuhwaaren-Fabrik von Fürstheim und Komp. hier beschäftigt am 7. Februar das Gewerbegericht in seiner Eigenschaft als Einigungsamt. Die Leitung der Verhandlungen hatte Magistrats-Assessor v. Schulz, als Beisitzer und als Vertrauensmänner nahmen daran theil Schuhmacher K. Fleischer, Füßschuharbeiter Lange, Schuhmacher Niederauer, Lederhändler Mayer, Wäscheabrikant Philippsohn und Schuhwaarenabrikant Expel. Die Differenzen zwischen den Parteien datiren ihrem Ursprunge nach schon aus dem vergangenen Jahre. Fürst-

heim trat damals mit dem Wunsche einer Lohnverminderung an die Wender, die in der Fabrik thätig waren, heran, indem er sich darauf berief, daß die Einführung von Maschinen eine Arbeitsverleicherung herbeigeführt habe, welche die alten Arbeitslöhne als nicht mehr angemessen erscheinen lasse. Die Wender gingen anfänglich nicht darauf ein, als sie jedoch zu bemerken glaubten, daß ein sich stetig mehrender Mangel an Beschäftigung für sie vielleicht mit ihrer Weigerung im Zusammenhange stehen könne, forderten sie eine tarifmäßige Regelung der Preise. Herr Fürstheim arbeitete einen Tarif aus, den die Wender dem auch anerkannten. Sie verpflichteten sich schriftlich, daß das Jahr 1896 hindurch nach diesem Tarife zu arbeiten. Am 6. Januar trat der Tarif in Kraft. Drei Wochen später kam es zwischen Fürstheim und seinen Zwiidern zu Lohnstreitigkeiten. Die Wender hatten sich davon überzeugt, daß der für das ganze Jahr 1896 anerkannte Tarif sie denn doch zu sehr gegen früher benachtheiligt, sie schlossen sich deshalb ihren Arbeitsgenossen an und stellten ebenfalls Forderungen, deren Mäßigkeit selbst Herr Fürstheim anerkannte. Z. B. forderten sie eine Zulage von einem Pfennig für das Paar Schuhe, für das sie nach dem alten Tarif vom Jahre 1893 drei Pfennige mehr bekamen wie zuletzt, und 6 Pfennige Zulage für Arbeiten, deren alte Preise pro Paar um 14 und 19 Pfennige infolge der Anerkennung des Tarifs vom Januar dieses Jahres vermindert waren. Der Fabrikant stützte sich im Einigungsamt auf seinen Schein. Die Wender hätten es ihm schriftlich gegeben, daß im Jahre 1896 keine Aenderungen an dem Tarif vorgenommen werden dürften, und er würde sich darum seinen Konkurrenten gegenüber blamieren, wenn er nachgebe; dem Schiedsspruch des Gewerbegerichts wolle er sich jedoch beugen. Die Vertreter der Arbeiter dagegen mochten geltend, daß sie nur der Noth gehorchend die streitigen Tarifsätze und die Giltigkeit des Tarifs für das ganze Jahr anerkannt hätten. Sie wärensich im Moment nicht der Tragweite ihrer Handlung voll kommen bewußt gewesen. Wenn nicht juristisch, so sei doch ihr nummehreres Eintreten für höhere Tarifsätze moralisch gerechtfertigt. Einzelne Verbesserungen des neuen Tarifs sind bereits durch gütliche Einigung zu Stande gekommen; die beteiligten Arbeiter forderten jetzt noch Zulagen von 1 Pf. pro Paar gerade gearbeitete Damenschuhe, von 2 Pf. pro Paar rechts und links ausgearbeitete Damenschuhe und von 5 Pf. pro Paar Herrenschuhe. Es kam nach längerer Verhandlung zu einem Vergleich in folgender Form: Die Arbeiter (Wender) erkennen an, durch das Schriftstück vom 4. Januar 1896 an den für dieses Jahr verabredeten Tarif gebunden zu sein. Herr Fürstheim nimmt diese Erklärung entgegen und verpflichtet sich unter Verzichtleistung auf seine Rechte aus diesem Schriftstück im Hinblick auf die Erklärung der Arbeiter, bei den Preisfällen des Tarifs ihre Familien nicht genügend ernähren zu können, aus freien Stücken die Preise wie folgt aufzubessern zu wollen. Unter Anführung der Nummern des Tarifs wird nun der Preis für Damenarbeit um einen Pfennig pro Paar und der für Herrenarbeit um drei Pfennige pro Paar erhöht. Nach dem so fortgerichteten Tarif sind bis zum 1. April 1897 die Löhne der Wender des Herrn Fürstheim zu berechnen. In den ersten drei Tagen des Januar 1897 haben sich die Wender oder Herr Fürstheim darüber zu erklären, ob der Tarif über den April 1897 hinaus noch für ein ferneres Jahr beibehalten werden soll. Sämtliche ausständigen Arbeiter werden eingestellt. — Außer den Wendern werden jetzt auch die übrigen Streikenden (Zwiider etc.), die betrefft der Löhne mit Fürstheim schon einig geworden und nur aus Solidarität im Auslande verblieben sind, die Arbeit wieder aufnehmen. Beschäftigt sind 88 Arbeiter.

Gerichts-Beilage.

Das Reichsgericht gegen die Kritik todter Hohenollernfürsten. Drei Majestätsbeleidigungsprozesse kamen am 7. Februar vor dem 4. Senat des Reichsgerichts zur Verhandlung, von denen

Sonntagsplauderei.

Es giebt eine treffende studentische Schenere, die von einem wunderlichen Professor der Mathematik handelt. Einem hochbegabten jungen Mann hatte dieser Professor einmal mit bedauerndem Achselzucken bedeutet: Aus Ihnen, mein Lieber, wird nie etwas, kann niemals etwas Tüchtiges werden. Das kam so: Der Jüngling hatte keine sonderliche Vorliebe für Mathematik. Jahre waren vergangen. Aus dem Schüler, dem sein Professor einst so schlimmes prophezeite, war ein weltberühmter Mediziner geworden. Während eines Naturforscherkongresses traf nun der vielgenannte geniale Arzt mit seinem ehemaligen Lehrer der Mathematik zusammen und in begreiflichem Stolz erinnerte er den alten Professor an dessen einstiges Urteil. „Sehen Sie,“ sagte er, „so ist doch noch was aus mir geworden.“ „Wein der professorale Herr ließ sich dadurch durchaus nicht verblüffen, sondern antwortete mit feierlichem Pathos, indem er den Zeigefinger der Rechten gerade vor sich hinstreckte: „Aber kein Mathematiker.“ — So sehr war er in sein Fach verliebt, daß außerhalb seines Faches die Welt nichts mehr für ihn bedeutete.

Diese Anekdote wird in mannigfachen Variationen erzählt. Bald gilt sie einem Mathematiker, bald einem feilseinenen Philologen. Der Ernst der hinter dem Scherz steckt, wird leicht herausempfinden. Professoraler Dünkel, professorale Unzulänglichkeiten jener Fachgelehrten, die über Spezialitäten brüten und niemals den Zusammenhang von Allgemeinerescheinungen begreifen, wird verspottet. Diese Hirnmenschen kennen jedes Fach, jedes Winkelchen ihres Spezialgebietes und dabei können sie weltfremd bleiben, wie die Umnindigen.

Der der professoralen Weise, die noch allerorten in deutschen Landen selbstgefällig sich breit macht, eingedenk ist, der brauchte darum sich nicht so sehr über die postlichen sozialpolitischen Sprünge des Juristen Sohm zu verwundern. Bei den Männern freilich, auf die das Ansehen eines hochgelahrten Professors magisch wirkt, mühte das Auftreten des Herrn Sohm bedenkliches Kopfschütteln erregen. Wie konnten sie an so felsamen Dilettantismus glauben! Vor ihrer Phantasie steht der hochragende Professor da, ein Szepterträger auf dem Gebiete geistigen Schaffens. Und nun sehen sie ihn mit unbefangenen Augen, der königlichen Purpurgewänder entkleidet, die sie ihm angeblich haben. Sie sehen ihn, wie das arme Nordseefischer's Tochter in Unterbo's Märchenkomödie „Talisman“ ihren König in Unterbo's Hof sieht, in seiner schwachen Menschlichkeit; und da stimmt alles so trefflich bei Herrn Sohm zusammen, Form und Inhalt, Sprache und Gedanke. Längst nicht mehr ist das moderne Parlament eine Bühne, auf der die Handlungen in feierlich abgemessenen Schritten einherwandeln. Sachliche Kämpfe, die Nothwendigkeit, reale Politik zu treiben, haben den feierlich-rhetorischen Stil von der Parlamentsbühne verbannt. Professor Sohm weiß davon nichts. Wenn er vor dem Rednerpult steht, meint er, in preisrichterlicher Weise sprechen zu müssen. Nicht für eine Weile kommt es ihm in den Sinn, daß er leicht, wenn er also sein Sprüchlein herab, dem leidenden, kreischenden Pöbellein abzuwehln könne, der eine Kapuzinade hält. In der Einsamkeit seiner Professorenwerkstatt beschliffert er sich einen mystischen Begriff

vom Volksvertreter, der zu seinem Amt gleichsam prädestinirt sei, von dem ehrfurchtsvolle Schauer ausgehen sollen, wenn er zum gemeinen Trost der Wähler niedersteigt. Genau, wie ein geheimer Professor sich von der profanen Menge abhebt. So tief steht der Priesterglaube in dem Professorentypus, wie ihn Sohm vorstellt, daß nicht die Ueberzeugung in ihm erschüttern kann: „da, wo die Weihe ist, wirkt auch die Kraft.“ Und wie auf primitiven Kulturstufen der Volkerglaube existirt, durch dringliche Gebete die Götter zur Erfüllung von menschlichen Wünschen zwingen zu können, so schließt Herr Sohm ähnlich auf die innere Kraft der Beamten. Wenn die Weihe eines Amtes geworden, dem muß auch die Kraft hierzu verliehen sein, der muß die Kraft erzwingen können, wie der orientalische Vetter durch Unermüdlichkeit seine Götter zwingt. Woja sonst das Amt und seine Weihe? Wer so denkt, der wird leicht zu der wertwürdigen Ueberzeugung, ja zur exaltierten Auffassung des Wesens der Beamten gelangen, wie sie in den vollendenden, keinen Zweifel verrathenden Kundgebungen Sohm's sich äußerten. Die Beamten haben Deutschland geschaffen. Die Beamten sind die natürlichen Vertreter der Arbeiterschaft. Wer so unbedankt um die Wirklichkeit das Beamtenum gleichsam in eine Wolkenhöhe hebt und es von dem Zusammenhang mit der jeweilig herrschenden Gesellschaftsordnung loszulösen vermag, der kann auch Nationalen, wie die über das Wesen der Proletarierfrage, vortragen, als wären sie selbstverständlich und unbedingt richtig und bei solchem feilschen Vertrauen auf die eigene hohe Ueberlegenheit werden dann Kleinigkeiten, wie sie Sohm Stadthagen gegenüber äbte, ebenso leicht erklärlich.

Die Feiertägen sind sich überall gleich. Wenn der mögliche Zauber, über den sie Herren zu sein wähen, keine Gewalt mehr auf die Menge ausübt, dann prüfen sie nicht etwa den Zauber auf seinen Werth hin, sondern sie zernern über die nichtsichtige Menge, die alle Furcht, allen Misset und alle Frömmigkeit verloren habe. Das konnte man nicht in der abgelaufenen Woche über den Skandal unserer Tage, über die Gleichgültigkeit des Volkes und seiner Vertreter lesen! Vom zärtlichen Flehen, vom leisen Winkeln an ging man über bis zur grossen Enttäuschung, zur demüthigen Anklage. Hundert- und oberhundertmal war der Vers zitiert worden: Aber der große Moment findet ein kleines Verbrechen. Und das alles, weil das skeptisch geworden, mannigfach besorgte Volk durch die Vorläge des neuen bürgerlichen Gesetzbuches nicht in brausende Begeisterung versetzt war, weil es keine Erbabenheit ehrfürchtig zu schauen vermochte, wo keine Erbabenheit steht.

Die in zelotischen Eifer heute die Volkseele verhärtet und stumpf nennen, mögen sich ja nicht irren. Das Volk führt sein eigenes Nerveneben und das reagirt empfindsam genug. Zum Durrah-Enthusiasmus hat es eben zur Zeit keine Veranlassung. Bitternste Kämpfe bereiten sich vor. In Sachen hat die wilde reaktionäre Jagd begonnen, der empfindsamste Nero ist getroffen und das wachsame Gewissen des Volkes ist empört. Es braucht keiner pathetischen Weshdringung, keiner demagogischen Hege und keines rührerlichen Jurebens! Der heilige Angriß auf die politische Mündigkeit des Proletariats hat in Sachen sofort, unermittelt eine weit-

greifende Volksbewegung veranlaßt; und selbst ein Teil der sächsischen Bourgeoisie, der mit der Seele gerne das Aitenat auf das Wahlrecht segnen möchte, zaudert mit dem Verstand und erklärt vor den Folgen dieses Aitenats. Man ruft das Zeugnis des Bismard von heute, dessen Haß mit zunehmendem Alter immer harter wird, gegen den alten Bismard zu Hülfe, der einst das preussische Dreiklassen-System so grimmig zu verurtheilen verstand. Die reaktionären Stürmer glauben damit, die bedenklich gewordene Bürgerchaft zu erneuten Muth zu entflammen, und trotz der alten Zauberformel: „Bismard empfiehlt's“, will es ihnen nicht recht gelingen. Auf der Seite des bedrohten Proletariats aber braucht es keiner Zauberformel und keiner Künstelei; zur Abwehr gefestigt stehen seine Reihen.

Der empfindsam proletarische Nero hat in jüngster Zeit auch da lebhaft reagirt, wo es sich um ein schweres Ringen handelt, wo aus tiefstem Bruch sich die Sehnsucht nach Erleuchtung aus materieller Qual emporragt. Die gegenwärtige, weitumfassende Bewegung unter den Konfessionsarbeitern Deutschlands ist ein sah ausleuchtendes und läuterndes Symptom. Wenn ein Mann, wie der Industriebaron Mannheim, gleichgiltig aus welcher Abicht, das Glend der Arbeiterschaft anerkennt, so wird auch ein naives Gemüth empfinden, daß es weit gekommen sein müsse. Es dürfte die bange Frage entstehen, ob der fortgesetzte Jammer, die Entkräftung, nicht alles Mark aus den Leibern und Seelen der Konfessionsarbeiter, insbesondere der hausindustriellen, so sehr ausgeköpft hätten, daß sie willenlos, im dumpfen Hinbrüten, sich darein ergeben, zu verkrümmen, daß sie selbst die Kraft verlieren, zu sagen, was sie leiden. Der gegenwärtige Lohnkampf birgt die tröstliche Versicherung in sich, daß unter den Gedrücktesten der Bedrückten ein proletarisches Gemeinbewußtsein lebt. Wenn der Bürger von Berlin von alten Tagen sich zu unterhalten pflegt, wenn er mit stolzer Nahrung damit prunkt, wie seine ehemals so provinzielle, so unausländische Stadt sich zu einer Weltmetropole entwickelte, wenn er des amerikanisch-raschen Wachstums von Berlin gedenkt, da weist er auch in erster Linie auf die Weltmarktstellung Berlins in der Konfessionsindustrie hin, wie sie sich sinnfällig in den Folgen Kaufhäusern um die Handvoogie verdrängt. Auf welchem Untergrund von Noth, Anechtung und Entbehrung dieser hohe Stolz emporwuchs, darüber geht man leichten Sinns hinweg. Man soll aber nicht heimlich tusteln, man soll hören, deutlich und für alle Welt vernehmbar, bis zu welchem Grad von Unwertigkeit die Fäskände gelangten, ehe die heutige Lohnbewegung losbrach. Selbst die unzulänglichsten Spielbürger, die sonst jeden Lohnkampf verdammen und gegen die träge Arbeiterschaft, die ihre Tage im Lotter- und Frankengerleben zubringen möchte, loszuziehen, wagen es im Angesicht so offener Wunden, wie sie in der Konfession enthalten sind, diesmal nicht, mit ihren üblichen Schelpprosen um sich zu werfen. Heute naht den Kämpfern in Berlin ein entscheidender Tag. Wer einen Funken menschlichen Mitgefähls in sich hat, muß seine Wünsche zu denen der kämpfenden gefellen. Sie setzen ihr Ziel beiseiden genug, nur über das dünkligste Dasein wollen sie sich erheben; um large Freuden ringen sie.

Alpha.

namentlich der eine Fall bezeichnend für die moderne Rechtsanschauung in Sachen des Saisonvergehens ist. Ueber die erste, besonders wichtige Sache, in welcher es sich um die Verurteilung des Expedienten der sozialdemokratischen „Volkswacht“, Ernst Zahn in Breslau durch das dortige Landgericht handelte, wurde nicht öffentlich verhandelt. Das Reichsgericht erkannte auf Verwerfung der Revision des Angeklagten gegen das Urtheil vom 22. Okt. unter folgender Begründung: Wenn Verbrechen und Tendenz der „Volkswacht“ als gerichtsnotorisch bezeichnet sind, so war dies durchaus zulässig. Die Ablehnung eines Beweis-antrages des Angeklagten entsprach dem Gesetze, indem ohne Rechtsirrtum die zu beweisende Thatsache sowohl als un-erheblich als eventuell der Wahrheit entsprechend angesehen worden ist. Ohne Rechtsirrtum ist auch der Angeklagte als Thäter nach § 20, des Preßgesetzes angesehen worden, der mit Verschuldung und Kenntniß vom Inhalte des inkriminirten Artikels gehandelt hat. Auch in der Sache selbst unterliegt die Entscheidung keinem Bedenken. Dem Land-gerichte hat es ferngelegen, etwa rechtsgrundsätzlich auszusprechen, daß tadelnde Äußerungen über die Vorfahren eines Menschen eine Beleidigung desselben enthalten müssen. In der Verwerfung der Vorfahren eines Menschen mit einem Makel kann aber zugleich objektiv und subjektiv eine Beleidigung des Lebenden erblickt werden. In bezug auf die Vorfahren des Kaisers ist eine solche Feststellung getroffen worden. Der Artikel war nach der Feststellung des Landgerichtes gegen das ganze Hohenzollernhaus gerichtet, um es herabzusetzen, und es sollte dadurch der Kaiser als das gegenwärtige Haupt desselben getrieben werden. Den § 168 kann der Angeklagte nicht in Anspruch nehmen, da er nicht die berechtigten Interessen der Arbeiter wahrzunehmen hatte. — Die zweite Verhandlung richtete sich gegen den Redakteur Emil Neukirch, der vom Landgericht Breslau am 7. November wegen Majestätsbeleidigung zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt worden ist. Der Angeklagte hatte als Redakteur derselben „Volkswacht“ einen Artikel veröffentlicht, in welchem eine Bemerkung über die Energie des Kaisers vorkam. — Das Reichsgericht verwarf die Revision des Angeklagten, indem es mit dem Reichsanwalte der Ansicht war, daß der Vorwurf des Mangels an eigenem Willen eine Beleidigung enthalte. — In der dritten Sache handelte es sich um ein Urtheil des Land-gerichts zu Glatz vom 12. November v. J., durch welches der Schuhmacher Gottfried Böhge zu Penzlin wegen Majestäts-beleidigung verurtheilt worden ist. Die ihm zur Last gelegte Äußerung betraf die Reifen des Kaisers. Seine Revision enthielt eine Anzahl prozessualer Beschwerden und bezeichnete es u. a. als unzulässig, daß, nachdem wegen einer gewöhnlichen Beleidigung, die mit zur Klage stand, das Verfahren eingestellt worden war, in derselben Sitzung gegen ihn wegen Majestäts-beleidigung weiter verhandelt worden sei. Das Reichsgericht erkannte auch in dieser Sache auf Verwerfung der Revision.

Ein eigenartiger Sachverhalt lag der Klage wegen Gefährdung eines Eisenbahntransports zu Grunde, welche heute vor der 2. Strafkammer des Landgerichtes I gegen den Maurer Karl Bötker verhandelt wurde. An der Ede des Schiffbauerdamm und der Albrechtstraße wurde im

vorigen Sommer neu gebaut. Ein Eck der Neubaus war nur wenige Meter vom Bahnhöfen der Stadt- und Ringbahn entfernt. Am 24. Oktober war der Angeklagte mit dem Arbeiter Schwefel dabei beschäftigt, einige Kistungen zu lösen und zu entfernen. Schwefel wurde von dem Bauleiter abgerufen und dem Angeklagten gesagt, er möge einige Augenblicke warten, er solle gleich einen anderen Arbeiter als Beistand bekommen. Der Angeklagte glaubte, eine gerade losgebundene Kistung allein bewältigen zu können, hatte seine Kräfte aber überschätzt, denn anstatt daß die Stange gerade herunterfiel, fiel sie nach dem Bahnhöfen herüber, und ragte etwa einen Meter weit in denselben hinein. In demselben Augenblick kam ein Stadtbahzug. Die Stange streifte mit der Spitze zwei Wagen dritter Klasse an der Längsseite und zertrümmerte 18 Fenster. Von den Fahrgästen wurden verschiedene durch Glassplitter, wenn auch nur unerblich verletzt, nur eine junge Dame erlitt eine Verwundung am Auge, welche ärztlicher Behandlung bedurfte, aber keine dauernden nachtheiligen Folgen hinterlassen hat.

Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnißstrafe von drei Tagen, der Gerichtshof erkannte auf eine Geldstrafe von 50 M.

Aus Frankfurt wird uns vom 7. Februar geschrieben: Vor der Strafkammer standen hier zwei Schulkente wegen Mißhandlung im Amte. Im November v. J. hatte der Schulkentmann H. A. in einen Hausburschen verhaftet. Derselbe war nicht ganz nüchtern und weigerte sich, seinen Namen zu nennen. Auf dem Revier, so behauptete der Hausbursche, sei er von H. A. geohrfeigt und von dem Schulkentmann H. A. mit dem Säbel traktirt worden. Die Schulkente bestritten die Beschuldigung, einer wurde jedoch durch Zeugen überführt. Das Gericht sprach den H. A. frei, verurtheilte den Schulkentmann H. A. jedoch wegen Mißhandlung zu 100 M. Geldbuße. Der Staatsanwalt hatte 50 M. beantragt.

Der Amtsdiener Hülster in Weissenau, dessen Verbrechen der „Vorwärts“ seinerzeit aufdeckte, hat nunmehr das Schicksal ereilt. Er hatte sich am Dienstag dieser Woche vor dem hiesigen Amtsgericht II wegen Vergehens im Amte zu verantworten. Die Klage behauptet, daß H. bei Gelegenheit der Feststellung von Steuerreklamationen Frauen zur Vornahme unsittlicher Handlungen zu nötigen versuchte. Auf Antrag des Staatsanwalts wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Der Staatsanwalt beantragte 2 Jahre Zuchthaus und 2 Jahre Ehrverlust. Es wurden dem Angeklagten in Berücksichtigung seines hohen Alters und seiner großen Familie mildernde Umstände zugebilligt. Der Gerichtshof erkannte auf 1 Jahr Gefängniß.

Vermischtes.

Die Tochter des Bürgermeisters Tschsch. Aus dem Gewirr sozialer Kämpfe in den 40er Jahren nach Amerika verschlagen, hat Elisabeth Tschsch, die Tochter des Bürgermeisters Tschsch, welcher auf Friedrich Wilhelm IV. von Preußen ein Auktentat verleihte und dafür hingerichtet wurde, nach einem an Entbehrung reichen Leben ihr Dasein in einem Brooklyner Spital geendet. Am 26. Januar wurde die irdische Hülle im

Armenfriedhof zu Flatbush verscharrt. Der New-Yorker „Herald“ berichtet darüber: Bürgermeister Tschsch von Storkow, an dessen Tod man vor zwei Jahren anlässlich des halbhundertjährigen Gedenktages in den Zeitungen erinnert hatte, war am 14. Dezember 1844 hingerichtet worden; seiner damals 29-jährigen Tochter Elisabeth hatte er als Abschied die letzten Worte gesagt: „Müß Du ein Mann, würde ich Dir sagen: Rache mich!“ Die verwaltete Tochter hat wenig Glück auf dieser Erde gefunden; von Berlin ausgewiesen und unter polizeilicher Aufsicht gehalten, gelang es ihr, nach Amerika zu flüchten; hier in New-York näherte sie sich kümmerlich durch Sticken und gelegentliche schriftstellerische Arbeiten. Mit einem gewissen Willenau ging sie eine gemeinrechtliche Ehe ein, trennte sich aber bald wieder von ihm. Seitdem war, wie sie selbst sagte, der Hunger ihr treuester Gefährter. Vor 20 Jahren war die damals schon sehr gealterte, abgeehrte Frau eine häufige Besucherin der Redaktionen deutscher Zeitungen; ein umfangreiches Manuskript über die Vorgeschichte des Auktentats wollte sie in Druck bringen. Aber die Geschichte war zu veraltet, erst als Johann Most mit seiner „Freiheit“ nach New-York kam, wurde Fran Willenau's Wunsch erfüllt und ihr Manuskript veröffentlicht. Bis auf 72 Jahre hat es die Hülse Dürer's gebröckelt. Die Damen des „Germania-Frauen-Vereins“ von Brooklyn wollten vor zwei Jahren die Gräfin im Marien-Helm unterbringen, sie aber weigerte sich, dies zu akzeptieren; mit ihren Lieblichen, einer Schaar Katzen, von milden Gaben ihr Dasein freistend, lebte sie weiter in einem Zimmer von 65 Monell Str., Williamsburg; vor vier Wochen traf sie ein Schlaganfall, an dessen Folgen sie im Armenhospital zu Flatbush gestorben ist.

Woher stammen die Namen unserer Münzen? Die älteste deutsche Münze ist der Kreuzer. Das Pragen der Münzen lernten die Deutschen von Missionaren aus dem byzantinischen (griechischen) Kaiserreich. Da man in diesem Reich bereits zu Konstantin's des Großen Zeiten das Kreuz auf Münzen geprägt hatte, so wurde dies in Deutschland beibehalten, und so entstand der Kreuzer. Solche mit Kreuzen versehene Kupferstücke findet man noch in Münzsammlungen. Der Name Pfennig stammt her von dem althochdeutschen phantino (Pfand); Münzen dieses Namens kommen zur Zeit Otto's I. (966 bis 973) vor. Ursprünglich waren es Silbermünzen, die aber später auch in Kupfer geschlagen wurden, so um 1300 in der schwäbischen Stadt Hall, weshalb diese Münzen den Namen Haller erhielten, woraus sich die Schreibweise Heller bildete. Unter Otto I. wurden auch Schillinge geprägt, was die deutsche Bezeichnung für Braclateaten (Hohlmünzen) ist und vom althochdeutschen scilt (Schild) herkommt. Man könnte die Braclateaten daher auch Schildmünzen nennen. Um das Jahr 1300 kommen auch Dippfennige vor, und da man im Mittelalter die Manie hatte, alles zu latinisieren, so nannte man sie Grossus, woraus Groschen entstand. Auch der Name Mark stammt wahrscheinlich aus dem Lateinischen, nämlich von marcus (großer Hammer). Die Mark war die älteste deutsche Reichsmünze, ursprünglich ein Münzgewicht von 22, später (1042) von 16 Loth, wobei zur Verhütung weiterer Werthverringerung ein Zeichen (Marke, also von marcus, Hammer, ein heiliges altheiliges Zeichen) darauf angebracht wurde.

Arbeiter-Hemden
Schon zu 1 M. — Plonsen für jedes Gewerk, Monteur-Jacken u. -Hosen, Maler- u. Bildhauer-Hittel aus guten Stoffen dauerhaft gearbeitet, empfiehlt zu billigsten festen Preisen.
Carl Schloss,
Waarenhaus „Süd-Ost“,
22. Wiener-Strasse 22,
Grünauerstr. 1, a. Görliger Bahnh.

Homöopath. Arzt Dr. Hösch, Finkenstr. 140, 8-10, 5-7, Sonntags 8-10 Uhr, für Brust, Unterleibs-, Frauen-, Nerven-, Hautkrankheiten, Sicht, Rheumat
14. Brunnen-Strasse 14.
Billigste Bezugsquelle
für Mehl, Mühlenfabrikate, Hülsenfrüchte u. Kolonialwaaren im Spezial-Geschäft **Lust & Co.**
14. Brunnen-Strasse 14.
Berlin N. 41918
Bei Bestellungen von 8 M. an franco Versand, auch nach den Vororten. Nach ausserhalb franco Bahnhof Berlin bei freier Verpackung.
Bitte genau auf die Firma u. Nummer zu achten.

Adhtung!
Kaufen Sie gefälligst nur **4879L***
Metall-Putz-Glanz
Amor
Derselbe ist sparsam, billig u. allbekannt das beste aller Metall-Putzmittel und viel besser als rote Pomade.
In Dosen à 10 Pf.
überall zu haben.
Amor ist auch vorzüglich für Metall-Fabriken.

J. Baer,
Berlin N., 4202L*
nur Gesundbrunnen
26, Badstraße 26,
Ecke Prinzen-Allee,
empfehl. wie bekannt, in reellster Ausführung und allerbilligsten Preisen
Herren- u. Knaben-Garderobe,
Arbeitsachen.
Anfertigung nach Maß.

1000 (Modell) Damen!
Gelegenheitskauf Saison-Neuheiten, Frühjahr-Jackets 5-12, (mit Seide gefüttert 12-18 M.)
Hochelegante Röder, Regenmäntel mit abnehm. Cape 8-20,00, Kragen, Capes in Wolle, Seide, Sammet 2,50-20,00, elegante Kindermäntel 3-10,00. P*
Gelegenheitskauf im Engros-Geschäft **Landsbergerstr. 59** I Tr. am Alex.-Platz

Böhmisches Brauhaus
Berlin NO.
Der **4871L***
Bockbier-Ausstoss
hat begonnen.

Brockhaus', Meyer's
Verkon, Brehm's Thierleben, Welt-geschichten, Bücher, ganze Bibliotheken
kauft Antiquariat Kochstr. 56, I. [26/9*]
Thetlzahlung. Monatl. v. 10 M. an liefert elegante Anzüge nach Maß
Temporowski, Schneidermeister,
Berlin C., Jüdenstr. 87, 1 Tr.

Ein Puffen künstlich ausgeführt
Gelgemälde
gemalt auf echtem Holz, in prächtigen Rahmen, nach jeder Art nach den neuesten Spitzarbeiten von nur 10 M. an. Preis unerschrocken. Jährl. Preis 10 M. gratis.
Kunsthofweg 10, Oppeln, Dresden-N., Dorothea-Strasse 54, Depot in Berlin C. Spandauerstr. 5 bei Jell's Kunst-Vertrieb.

Nach beendeter
Inventur
stelle zu noch nie dagewesenen billigen Preisen zum

Ansverkauf:
Teppiche
Portièren
Gardinen
Tisch- u. Steppdecken
Läuferstoffe, Möbel-
stoffe, Plüsch und
Sophastoffreste.
Dieser Ansverkauf bietet dem geehrten Publikum Gelegenheit, zum bevorstehenden Anzuge aus, vorzügliche Qualitäten zu allenstehend billigen Preisen zu kaufen.
J. Adler
Teppichfabrik,
Spandauerstr. 30
vis-à-vis dem Rathhause.

Echt chinesische
Mandarinenmanden
das Pfund 2,85
überreichen an Haltbarkeit und geschmackvoller als alle indischen Manden; in Farbe ähnlich den Südbourgen, garantiert neu und besten gereinigt; 3 Pfund zum größten Überbess anreichend. Täglich von Kurrenmanden schreiben. Verpackung wird nicht berechnet. Versand (nicht unter 3 Pfund) gegen Nachnahme von der ersten Vertriebsfabrik mit elektrischen Vertriebs.
Gustav Lutzig, Berlin S.
Königsplatz 46.

Klippsteins
Brunhilde. „Brunhilde“ ist ein selbstge- webter unverwundlich, und echt- farbiger Hauskleiderstoff; „Re- cedee“ und „Sola“ elegante, da- bei solide Promenaden-Kleider- stoffe. Abwechslung Portièren in sehr schönen Mustern.
Anzug- u. Ueber- zieherstoffe, nur mo- derne u. haltbarste Qualitäten, zu Fabrik-Preisen. Große Auswahl. Aufträge von 20 M. an und Muster stets franko.
Carl H. Klippstein & Co.,
Weberei und Versand-Geschäft, Mühlhansen 1. Thür.

Möbel-Kaufgelegenheit
Vollständige Gelegenheit für Frontente.
In meinem größten Möbelpedler, Hess König-Strasse 59, I, sollen ca. 300 Wohnungs- Einrichtungen, versehen gemessen und neue Möbel, zu jedem annehmlichen Preise verkauft werden. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Kleiderständer 12 M., Kommoden 6 M., Küchenspind 12 M., Stühle 2 M., Neue Aufbaum-Kleiderständer und Vertikals 30 M., Aufhellschrank und Vertikals 35 M., Bettstellen mit Matratzen 18 M., Sophas 18 M., Küchen- Kleiderständer 30 M., Truhen u. Sch. 30 M., Büllendebureau, Herren-Schreibtische, Damen- Schreibtische, Schreibstühle 30 M., Tisch- garnituren 30 M., Paneele 30 M., 75 M., Stepp- decken, Tischdecken, Gardinen, Fenster 5 M.
Gekaufte Möbel können 6 Monate kostenfrei lagern u. werden durch eigene Selbsttransport.

Kinderwagen- Bazar „Baby“
I. Alexanderplatz, Ecke Landsb.-Str.
II. Invalidenstr. 160
III. Reinickendorfer- strasse 2 E. Markt.
Größtes Spezial-Geschäft für Kinderwagen, Kinderbettstellen.
Auch Theilzahlung 4.- monatl. *

Nach der Inventur I
Gardinen auch Reste
zu 1-4 Fenstern passend, spottbilligst in der Gardinenfabrik v. Bruno Gähler, Grüner Weg 80, part. (kein Laden) Eingang vom Flu. 40978*

Trauringe 40992*
reell Dutaten, gestempelt 980.
2 Dutaten 22,50. 1 1/2 Dutaten 17,50.
Alle anderen Goldschmiedebau reell.
Gegr. **Hugo Lemcke,** Gegr. 1840.
Auguststraße Nr. 91, part., nahe der Oranienburger Straße.

Achtung! Künstl. Zähne v. 8 M. an, Theilw. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahn- geben, Zahnreinigen, Revolditen bei Bestellung umsonst.
Gundel, Faustherplatz 2, Glatzerstr. 12.

Guten Morgen!
Lade zum Kauf bei mir ergebenst ein.
Carl Schindler
55. Chausseestr. 55. A. III 8917.
(Nordh., Vitore, Cognac, Rum, Ungarn.)
Empfehle mein Weiss- u. Bayrisch- Bier-Lokal, Vereinszimm. b. zu 20 Pers., mit Piano, für die ganze Woche frei.
W. Thielow, Köthlingerstr. 112.

Grösstes Mode-Waaren-Haus des Ostens

32. Grüner Weg 32 M. Löwinsohn, Inh.: L. N. Jacob Ecke Andreasplatz
Während des Monat Februar:

Grosser Reste-Ausverkauf

zu auffallend billigen Preisen.

Unübertroffen.

Professor der Medicin:

Gesunderhaltung und Heilung sind innig verknüpft an eine geeignete Ernährung und speciell bei Magenkranken Blutarmen und katarrhalischen Leiden ist die Art der Ernährung von hervorragender Bedeutung - Nicht nur den Kranken sondern auch den Gesunden kann ich dieserhalb warm empfehlen

Maether's NährMalz Cacao und Chocolate

allen anderen Getränken vorzuziehen.



Aerztlich empfohlen.

Überall vorrätig

Muster und ärztliche Gutachten in allen einschlägigen Handlungen gratis oder direct durch

in Orig.-Carton 1 Mk. plombirt 1/2 Pfund

Cacao-Haus Maether & Co. Nachfolger, Berlin 29 — Amsterdam.

Höchste Auszeichnungen. — Staatsmedaille 1892. — In Deutschland ca. 15000 Verkaufsstellen. — Man achte genau auf Firma und Schutzmarke (geflügeltes Schiff). —

Liquidation
der **Damenmäntel-Firma Berg & Nesselroth**
Berlin C., Königl. 33, Ecke der Neuen Friedrichstraße,
sollen die noch bedeutenden Waarenbestände und anderes zu
festfixirten Preisen ausverkauft
werden. Zum Verkauf gelangen nur 4102*
Neuheiten der Saison.
Regenmäntel aus den besten Stoffen und neueste Facons 6, 10—15 M.,
früher 15, 25—35 M. Elegante Winter-Jaquettes, Capes u. Kragen
für 6, 8—15 M., früher 15, 20—35 M. Elegante wattirte Abend-
mäntel 8, 10—30 M., früher 15, 25—75 M. Pelz-Mäntel (Mäder und
Paletots) aus Hamster, Fehrlin, Wisam und Wiber 25, 30, 50—75 M.,
früher 50, 60, 100—200 M. Plüsch-Capes und Plüsch-Jaquettes 20,
30, 50—60 M., früher 45, 60, 100—150 M. Kinder-Mäntel für jedes
Alter 2, 4—10 M., früher 5, 10—20 M.
Der Liquidations-Verkauf.
Königstraße 33, Ecke der Neuen Friedrichstraße, nahe dem Stadtbahnhof.
Der Verkauf dauert nur noch kurze Zeit.

Herren-Moden C. Caeterow
(vormals „Solidarität“), Kommandantenstraße 40 I.
Nach Eingang der Neuheiten für die bevorstehenden Frühjahrs- und
Sommerfashion, bringen wir unserer werthen Kundschaft, Freunden und
Bekanntem an
Herren-Moden-Geschäft
in empfehlende Erinnerung und sichern bei konstanten Preisen prompte und
sauberste Ausführung zu.
Herren-Moden C. Caeterow,
Kommandantenstr. 40 I
NB. Alle Gegenstände werden nur in unserer eigenen Betriebs-
werkstätte angefertigt.

M. Wolff's Nähmaschinen, Berlin C. 4,
Neue Grünstr. 27,
48 Mk.
sind die anerkannt besten und dadurch in ganz Deutsch-
land stark eingeführt. Meine hochartige Familien-Näh-
maschine, sehr elegant, mit allen Neuerungen der Zeit
versehen (für Damenschneiderei und Hausbedarf), mit Ver-
schlüsseltem u. zum Fußbetrieb eingerichtet, inkl. 48 Mk.
Alle Arten Schneider- und Schuhmacher-
Maschinen, dementsprechend billige Preise. 30 tägige
Probezeit und 5 jährige schriftliche Garantie.
Jede Maschine, die nicht gefällt, nehme auf meine Kosten zurück.
Prospekt mit Anerkennungen kostenlos und frei.
Referenzen aus allen Kreisen stehen zur Verfügung.

Möbeltischlerei
und **Polsterwaaren-Fabrik**
von **A. Schulz, Reichenbergerstr. 5,**
an der Ritterstrasse. — Gegründet 1878.
Lieferer Wohnungs-Einrichtungen unter Garantie in Fußbaum
und Mahagoni von 240, 300, 400, 500, 600 bis 8000 Mk. in anerkannt ge-
digneter Ausführung. Auch Einzelverkauf zu Fabrikpreisen. Billigste
Preisberechnung. Preislisten franko. 4338L*
Höchst eleg. Kostüm. Maskengarderobe **A. Tilgner,**
Vereins Preisermässig. Prinzessinnenstrasse 15.

Pitts
Aromatischer
Kräuter-Liqueur
Alleiniger fabrikant:
Wilhelm Pauli
Berlin, N.O., Grosse-Frankfurterstr. 91
Pitts ist überall
zu haben.

Juridgesehte (wenig fehlerhafte)
Teppiche!!
Portidren!!
Gardinen!!
Steppdecken!!
erkaunlich billig in der Fabrik von
Berlin S.,
Oranienstr. 158.
Emil Lefèvre,
Prachtkatalog
mit bunfarbigen Teppich-
Illustrationen, sowie circa 200
Gardinen- und Portidren-Ab-
bildungen in künstlerischer Aus-
führung auf Wunsch gratis und
franko!
Größtes Teppichhaus Berlins

Möbel-Gelegenheitskauf
Zum Ungen Oranien-Strasse 70, Hof 1.,
günstigste Gelegenheit für Brautleute, Solats,
Wiederverkäufer. In meinem 8 Etagen hohen
Möbeldepot, alles hell und überflüssig, kein
Eben, sollen sofort ca. 100 neue ganze Wohnungs-
Einrichtungen von 100—1000 Mark und darüber
verkauft werden. Specieil empfehle ich die großen
Vorwärts vertrieben gewesener zum Theil sehr
wenig benutzter Möbel für jeden annehmbarer
Preis. Zettelabgabe gehalten. Kleiderständer,
Sopha 15 Mark, Kommode, Küchenspend, Wasch-
tische 12 Mark, Stühle 3 Mark, Bettstellen
mit Federmatratze und Kissen 15 Mark,
elegante Ragbaum Kleiderständer und Kleider-
spinde 30 Mark, Kleiderständer 40 Mark,
Kleiderständer und Verkleidung, hoch-
elegante 40 Mark, Truhen mit Stuhl 50 Mark,
Plüschgarnituren 60 und 100 Mark, Gouelle-
garnituren, Bonellsofa 60 Mark, Kleider-
garnituren, Chaiselongue, Schiffssofa, Schreib-
tische, Kausentische, Buffets, Schreibtische,
Tische, Spiegel u., alles hausend billig, sowie
fertig decorirte Salons, Speise- und Schlaf-
zimmer. Beschäftigung eibeten ohne Kaufzwang.
Gekaufte Möbel können drei Monat kostenfrei
lagern und eigene Gegenstände werden durch
transportirt und aufgeh. 4333 L*
Sehr billige Straben-Anzüge, Paletot,
Nester zu Anzügen und einzelnen Stücken.
Zuschneiden gratis. 42558*
Hoffmann, Veteranenstr. 14.

Arbeiter-Bildungsschule

Sonntag, den 9. Februar, abends 8 1/2 Uhr,
im Kolberger Salon, Kolbergerstraße Nr. 23:
Versammlung.

Vortrag des Schriftstellers Herrn **Schultz:** Dichter aus dem Klassenkampfe.
Nachdem: **Gemüthliches Beisammensein mit Tanz.**
Während des Tanzes haben nur noch Mitglieder mit ihren Angehörigen Zutritt.
Eintritt 10 Pf. — Zu recht regem Besuch ladet ein
5/8 **Der Vorstand.**

Metallarbeiter!

Dienstag, den 11. Februar 1896, abends 8 1/2 Uhr,
im Lokale von **Gründel,** Brunnenstr. 188:

Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
Der Streik in der Patent-Hufeisen-Stollen-Fabrik
von **Leonhard & Co.,** Saarbrückerstr. 30.
Zu dieser Versammlung sind besonders die Schlosser, Dreher,
Fräser, Stanzer, Gewindefräser und Berufsgenossen eingeladen.
Der Geschäftsführer der Fabrik von Leonhard u. Co., Herr **Weidner,**
ist zu dieser Versammlung besonders eingeladen.
Die Kollegen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter.
117/12 **Otto Raether, N., Kollmerstraße 44.**

Bräuereiarbeiter.

Heute, Sonntag, den 9. Februar er., nachmittags 1 1/2 Uhr,
in **Keller's Festsälen (oberer Saal):**

Deffentl. Versammlung der Bräuereiarbeiter.
Tagesordnung: 1. Die Maßregelungen auf dem Münchener
Braubau. 2. Die beiden Arbeitsnachweise. 3. Verschiedenes. 66/15
Pünktliches, zahlreiches Erscheinen wird zur Pflicht gemacht.

Schuhmacher-Versammlung

am Montag, den 10. Februar, abends 8 1/2 Uhr,
im **Moabiter Klubhaus (Reichsadler),** Beusselstrasse 9.

Tages-Ordnung:
1 Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Koll. Bock.**
2. Diskussion.
Um recht zahlreichen Besuch bittet
Der Einberufer.

Versammlung der Filiale VI (Dekorations-Maler)

Am Montag, den 10. Februar, abends 8 Uhr, findet **Kofenthalerstr. 57**
bei **Wernau die**
Versammlung der Filiale VI (Dekorations-Maler)
statt. Es ist Pflicht jedes Dekorationsmalers, zu besagter Versammlung zu
erscheinen. — Ausnahme neuer Mitglieder.
2607b **Der Bevollmächtigte.**

Hasenhalde. Neue Welt. Hasenhalde.

Den verehrlichen Vereinen beziehe ich mich, die ergebene Anzeige zu
machen, daß ich am **1. März cr.** das obige Etablissement übernehme und
vollständig renovirt eröffnen werde. 2584b
August Frölich,
fr. Keller's Hofhäger,
Hasenhalde.

Moabiter Klub-Haus,

No. 9, Beusselstrasse No. 9.
Jeden Sonntag: **Grosser Ball.**
Musik, aufgeführt von Mitgliedern der Freien Vereinigung der Zivil-
Verdienstkrieger. — Saal mit Theaterbühne, bis 400 Personen fassend, steht
den Parteigenossen und Vereinen zu Vergnügungen und zu Versammlungen
unentgeltlich zur Verfügung. — Tages-Restaurant Weiß- und Rotweins-Bier-
Lokal. — Großer Mittagstisch mit Bier 60 Pf. — 2 Vereinszimmer sind noch
einige Tage zu vergeben. 40533* **C. Fischer.**

„Märkischer Hof“

Admiralstr. 18c. Jeden Sonntag
und Donnerstag im pracht. Spiegel-
Saal: **Grosser Festball.**
Anfang an beiden Tagen 4 Uhr. Ende 2 Uhr. — Große Horn- u. Streichmusik.
Empfehle meine beiden Säle sowie große Vereinszimmer zu allen Festlichkeiten
und Versammlungen. Der obere Saal ist noch mehrere Sonntage für Vereine
frei; der untere Saal Offern zur Matinee und mehrere Sonnabende zu
Sommernachtsbällen. Die Restaurationsräume stehen Sonntags den ge-
ehrten Familien zur Verfügung.

Glühwein-Extrakt,

hochfein, à Literflasche 1,30 M., 5 Literflaschen 6 M. inkl.
Punsch-Extrakt, Grog-Extrakt, à Literfl. 1,60 M., 5 Literfl. 7,50 M.
Ananas-Punsch, Burgunder-Punsch, à Literfl. 3,50 M.
Cognac fine Champagne, Orig.-Fl. 1/2 Liter. inkl. 3,50, 4,50, 5,50 M.
Echt Jamaica-Rum und Verschnitt, à Literfl. 2,10, 2,50, 3,10 M.
Rum No. 3, Imitation, à Literfl. 1,10 M., 5 Literfl. 5 M. inkl. [187L*
Medicin. Ungarwein, 1/2 Ausbruch, beste Qualität, Literfl. 2,10, 5 Pf. 9 25.
Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeer-Saft, ganz vorzägl., Literfl. 1,30 M.

Eugen Neumann & Co.

6 a Belle-Alliance-Platz 6a. 81 Neue Friedrichstr. 81.
8 Oranienstr. 8. 29 Genthinerstr. 29. Niederlage: Potsdam. Waisenstr. 27

Kloster-Bockbier

in vorzüglich gerathener Qualität,
aus den feinsten Rohmaterialien rein eingebraut, versendet von jetzt ab die
Action-Brauerei-Gesellschaft
Moabit.
Berlin NW., Stromstr. 1116.
Fernsprecher Amt Moabit No. 127. 4399L*

2. Wahlkreis.

Sente Abend 6 1/2 Uhr, bei Zubeil, Linden-Strasse 108:

Öffentliche Versammlung für Männer und Frauen.

Vortrag des Genossen Heiner Schulz: „Pestalozzi und seine Bedeutung für die moderne Arbeiterbewegung.“

211/5 Entree 10 Pf. Nachdem: Gemüthliches Beisammensein.

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Gr. sozialdemokratische Versammlung

am Dienstag, den 11. Februar, abends 8 Uhr, in Bernhard Rabe's Salon, Kolbergerstrasse 23.

Tages-Ordnung:
1. Die Nothwendigkeit der politischen Organisation. Referent: Reichstags-Abgeordneter Möller-Dortmund. 2. Diskussion.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird ersucht.
219/18 Der Einberufer.

Ethische Gesellschaft.

Sonntag, den 9. Februar, abends 6 Uhr:

Grosse Versammlung

im Lokal des Herrn Hoffmann, Alexanderstrasse 27c. Vortrag des Herrn Dr. Völkel aus Braunschweig über: „Vorsehung“.

Nachdem: Geselliges Beisammensein und Tanz. 56/18 Entree 10 Pf. Nach dem Vortrag haben nur noch Mitglieder Zutritt.

Deutscher Metallarbeiter-Verein.

Dienstag, den 11. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Cohn's Festsaal (gr. Saal), Beuthstr. 20-21, 1 Fr.:

Gemeinschaftliche Mitglieder-Versammlung

der Verwaltungen
Berlin-Zentrum, -Nord, -Moabit, -Ost, Rixdorf, Schöneberg und Charlottenburg.

Tages-Ordnung:
1. Die Verschmelzung der hiesigen Verwaltungskassen und die Einrichtung eines Auskunfts-Bureaus. 2. Wahl eines Bureaubeamten. 3. Bericht und Neuwahl der Agitationskommission für die Provinzen Brandenburg und Pommern. 4. Verhandlungsangelegenheiten.
Kur Mitglieder haben Zutritt! Mitgliedsbuch legitimirt!
Zu zahlreichem und pünktlichem Besuch laden ein
120/10 Die Ortsverwaltungen

Bund der geselligen Arbeitervereine

Berlin und Umgegend.
Sonntag, den 16. Februar 1896, vormittags 10 Uhr, bei Vergner, Annenstr. 16:

Bundes-Sitzung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag über Gesundheitspflege. 2. Bundesangelegenheiten und Aufnahme neuer Vereine. Ausgabe der Billets zum Stiftungsfest. Anträge. 3. Verschiedenes und Fragekasten.
Die Vereine werden darauf aufmerksam gemacht, daß am 1. März, mittags 1 Uhr, Vorstellung in der „Arantia“ stattfindet. Zur Aufführung gelangt: „Das Antlitz der Erde.“ Billets sind in obiger Versammlung und bei P. Gant, Dresdenerstr. 107/108, 1. Stfl. 4 Fr., sowie bei P. Jahn, Schönhauser Allee 177c, zu haben. — In anbetragt der wichtigen Tagesordnung werden alle Vereine erwartet.
43/7 Der Vorstand.

Maler und Berufsigen.

Mitgliederversammlung der Filiale Berlin I.

Am Dienstag, den 11. Februar, abends 8 Uhr, für die Mitglieder finden in folgenden Lokalen Versammlungen statt:

Für den Süden und Süd-Osten bei Stramm, Ritterstrasse 123. Referent: R. Millary.

Thema: „Fortschritt und Armut.“

Für den Osten bei Wiedemann, Blumenstr. Nr. 38.

Referent: A. Hoffmann.

Für den Westen und Schöneberg bei Paulisch, Kulmburgstrasse 37. Referent: Dr. Well.

Die Versammlungen beginnen Punkt 8 Uhr. — Zahlreiches Erscheinen erwartet
125/2 Die Bevollmächtigten.

Öffentl. Versammlung

aller in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend

Dienstag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Konigsstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag: Die moderne Produktion und ihre Folgen für die Arbeiter.
2. Diskussion. 3. Bericht der Delegirten von der Gewerkschaftskommission.
4. Verschiedenes.
35/8 Der Einberufer.

Maler. Filiale Berlin II (Nord).

Mittwoch, den 12. Febr., abends 8 Uhr, in Gründel's Festsaal, Brunnenstrasse 188:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die Aufgaben der Gewerkschaften. Referent: Reichstags-Abgeordneter W. Klees. 2. Diskussion.
125/3 Jedes Mitglied ist verpflichtet, für den guten Besuch dieser Versammlung zu sorgen.

NB. Gäste sind uns sehr willkommen.
Der Vorstand. J. A.: L. Jakobitz.

14 große öffentliche Versammlungen

der Mäntelnäherinnen, Bügler, Zuschneider, Stepper, Stepperinnen, Kinderkonfektions-Näherinnen, Herrenkonfektions-Schneider und Näherinnen, sowie Schneider und Näherinnen aller Branchen der

Konfektions-Industrie

am Montag, den 10. Februar, abends 8 Uhr.

Für Centrum: Englischer Garten, Alexanderstrasse 27c.

Für den Nord-Osten: Paster's Gesellschaftshaus, Neue Königstrasse 7, in der Nähe des Königsthores.

Für den Osten: Brauerei Friedrichshain, am Königsthor. Nieff's Festsäle, Weberstrasse 17.

Für den Süd-Osten: Konzerthaus Sanssouci, Kottbuserstrasse 4a. Rautenberg's Festsäle, Oranienstr. 180 und Vereinshaus „Südost“, Waldemarstr. 75.

Für den Westen: Königshof (großer Saal), Bülowstrasse 37. Berliner Prater, Kastanien-Allee 7.

Für den Norden: Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünderstrasse 35 und Gründel's Festsäle, Brunnenstrasse 188, in der Nähe des Rosenthaler Thores.

Für Wedding-Gesundbrunnen: Kösliner Hof, Köslinerstrasse 8.

Für Moabit: Ahrens' Brauerei, Stromstrasse 11-16. Viktoria-Säle, Hermannstrasse 48-50.

Für Rixdorf:

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Wie haben sich die Großkonfektionäre zu unseren Forderungen gestellt?
2. Diskussion und Beschlussfassung darüber.

Die Referenten werden in den Versammlungen bekannt gemacht.

Kollegen und Kolleginnen, diese Versammlungen werden von entscheidender Wichtigkeit sein, es ist daher Pflicht aller Theilhaber, zahlreich zu erscheinen. Aus der Stellung der Großkonfektionäre wird sich ergeben, was weiter geschehen soll.

Die Agitations-Kommission der Schneider und Schneiderinnen Berlins.

164/12 Im Auftrage: J. Timm, Vertrauensmann.

Kranken- u. Begräbniskasse für die im Berliner Gärtnerei- u. Bronzeergewerbe beschäftigten Personen (G. D. Nr. 60).

Dienstag, den 18. Februar 1896, Abends 8 Uhr, bei Möring, Admiralfstr. 18c:

Öffentliche Generalversammlung. 2601b Tagesordnung:
1. Jahresbericht pro 1895. 2. Wahl des gesammten Vorstandes und der Ausschussmitglieder.

Zutritt haben nur großjährige Mitglieder. Quittungsbuch als Legitimation erforderlich. Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, in der Versammlung zu erscheinen. Der Vorstand.

J. A.: H. Schmolz, Vorsitzender.

Fürschner!

Mitglieder-Versammlung
Montag, 10. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Feind, Weinstrasse 11.

98/13 Die Ortsverwaltung.

Spandau.

Dienstag, den 11. d. M., abends 8 Uhr, in der Brauerei Pichelsdorf:

Öffentliche Volksversammlung für Männer und Frauen.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Ueb- Mühlhausen über: „Das Konstitutionsrecht der Arbeiter und großer Umfang im Sinne des Strafrechtbuches.“

2. Diskussion. 3. Gründung eines Vereins. Nege Theilnahme ist erwünscht. 264/7 Der Einberufer.

Der Polizeistunde wegen pünktliche Eröffnung der Versammlung.

Möbel-Ausverkauf

des Möbelspeichers Rosenthalerstr. 13. Wegen ganz bedeutender Vergrößerung meiner Räumlichkeiten verkaufe ich mein Waarenlager zu noch nie dagewesenen Preisen vollständig aus. Zum Umzuge und für Brautleute ist somit die einzig reelle Gelegenheit gegeben, Ausstattungen, sowie einzelne Stücke billig und vollständig einzukaufen. Man lasse sich nicht durch unumgängliche Kapreilagen blenden, sondern bestimme sich die Möbel, welche man kaufen will, genau und besichtige dieselben mit meinen nur gediegenen Möbeln und anerkannt billigen Preisen. Durch Einkauf von 3 großen Möbelstücken zu günstigen Bedingungen verkaufe ich ganze Einrichtungen, sowie einzelne Stücke ganz bedeutend billiger als jeder andere Möbelhändler. Auch großes Lager gebrauchter und verlässlicher Möbel zu unvorstellbar Spottpreisen. Niederpreis 15 Mark, Kuchentisch 20 Mark, Waschtisch 15 Mark, Kommode 20 Mark, Bettstelle mit Sprungfedermatratze 14 Mark, Spiegel 8 Mark, Stühle 2 Mark, Kuchentisch mit Stuhl 10 Mark, Waschtisch 10 Mark, neue, hochfeine Plüschgardine 100 Mark, hochfeine Plüsch- und Wollgarn-Möbel (Spezialität). Auch gebe ich Einrichtungen auf Bestellung. Brautleute, welche ihre Möbel bei mir kaufen, erhalten ein hochpreisiges Geschenk gratis. Kein Abzahlungsgeschäft. Eigene Tapezierer- u. Tischlerwerkstätten, vier große Möbelspeicher. Geliebte Möbel können sofort bei mir in meine Lagerplätze 2 Monate liegen bleiben und werden dann durch eigenhändige, sauber transportirt und aufgestellt, auch nach außerhalb.

Hiermit empfehle ich allen Genossen mein neu eingerichtetes Lokal

Kastanien-Allee Nr. 36, Ecke Schwedterstrasse.

Großer Frühstücker, Mittag- und Abendstücker zu billigen Preisen. Sämtliche Biere u. Brauntweine. Vereinszimmer mit Pianino. L. Weichbach. [4236]

Achtung! Charlottenburg. Achtung!

Dienstag, den 11. Februar, abends 8 1/2 Uhr: Öffentliche sozialdemokratische Partei-Versammlung

in „Bismarckshöhe“, Wilmersdorferstrasse 39. Tages-Ordnung:

1. Die Partei-Expedition. 2. Regelung diverser Partei-Angelegenheiten.
- Mit Hinweis auf den zweiten Punkt der Tages-Ordnung ist zahlreiches Erscheinen der Partei-Genossinnen und Genossen erforderlich.

Die Vertrauensleute.

Zinkgießer, Stürzer!

Dienstag, den 11. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Schuhmacher, Pückerstr. 49:

Öffentliche General-Versammlung. Tages-Ordnung:

1. Bericht des Kassierers.
2. Gewerkschaftliches.
3. Verschiedenes.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Achtung! Öffentliche Versammlung

der an Holzbearbeitungs-Maschinen und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter

am Montag, den 10. Februar, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Keller, Hoppenstr. 29 (oberer Saal).

Tages-Ordnung:
1. Situationsbericht. 2. Weitere Beschlussfassung. 3. Verschiedenes.

Die Kollegen werden ersucht, sämtliche Vorkonkurrenzen in den Arbeitsnachweisen bekannt zu geben.
Der Vertrauensmann.

Allg. Arbeiter und Arbeiterinnen.

Große öffentliche Versammlung
am Dienstag, den 11. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Honoke, Raunigstrasse 27.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten P. Singer.

2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
19/5 Bitte dringend, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen in dieser Versammlung erscheinen.

Zur Deckung der Unkosten findet Keller-Versammlung statt.
Vertrauensmann der Allgem. Arbeiter und Arbeiterinnen.
O. Schüler.

Achtung! Metallarbeiter. Achtung!

Am Montag, den 10. Februar 1896, abends 8 1/2 Uhr:

Große öffentliche Versammlung

in Meyer's Salon, Müllerstrasse 7.

Tages-Ordnung:
1. „Wie gedenken die Metallarbeiter die jetzige gute Geschäftsperiode zur Verbesserung ihrer Lage auszunutzen.“ Referent: Kollege Rohrlack. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
120/11

Hierzu sind die Arbeiter der Maschinenfabriken von Eduard Becker, Karl Flohr, C. S. P. Fleck Söhne und A. Göde speziell eingeladen.

Achtung! Charlottenburg. Achtung!

Dienstag, den 11. Februar, abends 8 1/2 Uhr: Öffentliche sozialdemokratische Partei-Versammlung

in „Bismarckshöhe“, Wilmersdorferstrasse 39. Tages-Ordnung:

1. Die Partei-Expedition. 2. Regelung diverser Partei-Angelegenheiten.
- Mit Hinweis auf den zweiten Punkt der Tages-Ordnung ist zahlreiches Erscheinen der Partei-Genossinnen und Genossen erforderlich.

Die Vertrauensleute.

Sächsischer Landtag.

Dresden, 7. Februar.

Die Denkkraft der Reaktionen im Landtag scheint immer mehr einzuschumpfen; sie rennen blindlings mit dem Kopfe gegen die auf sie immer mehr eindringenden Fragen der Zeit. In der Sitzung der 2. Kammer vom 8. Februar wurde bei dem Kapitel: Universität Leipzig, das Streben weiter Frauenkreise, an dem Studium der Wissenschaften teilnehmen zu dürfen, zur Sprache gebracht und der Kultusminister zu einer Erklärung hierüber genötigt. Man sollte es kaum glauben, daß ein verhältnismäßig junger Kultusminister noch die alte Phrase von der von Gott gewollten Stellung der Frau, die nur ins Haus und in die Familie gehöre, zur Grundlage seiner ablehnenden Erklärung machen würde, die Frauen nicht zum Studium zugelassen. Und wo salbungsvoll verstand er es, zur großen Befriedigung aller Kammerphilister und Pantoffelhelden, und zum Gaudium aller Koués, von der Frau als „Hauschere“ zu sprechen.

Nun, die salbungsvolle Predigt des Kultusministers wurde gerade nicht sehr laut ihres falschen Jaubers entkleidet, als Genosse Goldstein für die Gleichberechtigung der Frau auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens eintrat und an Thatsachen nachwies, daß die Wirtschaftspolitik der Gegner des Frauenstudiums die Frau von häuslichen Arbeiten wegriße, sie in die Fabrik, auf den Bau u. s. w. treibe und daß bei den heutigen Produktionsverhältnissen dafür gesorgt werden müsse, daß Unverheiratete des weiblichen Geschlechts zur Erhaltung ihrer Existenz einen bürgerlichen Erwerb ergreifen können. Aber was nützen bei dem unerhörten geistigen Tiefstand der Reaktionen die vernünftigsten Einwände, die bescheidensten Wünsche, die schlagendsten Gründe, sie schlagen alles in den Wind, bis eines Tages ein freierer Zug sie hinwegfegen wird. Es bleibt also auch dabei, daß die Hochschulen den Frauen verschlossen bleiben. Selbst der Kostenpunkt für die Einrichtung eines besonderen Seminars für weibliche Studierende mußte als ein Grund für die fernere Ausschließung dienen. Niemand außer den sozialdemokratischen Abgeordneten trat in dieser Frage auf die Seite des Fortschritts — freilich kein Wunder, wenn man weiß, wie weislich Kinder die Abgeordneten der Kartellpartei sind.

Am 6. Februar gab es eine heftigere Debatte bei den Stolpener „Leipziger Jtg.“ und „Dresdener Journal“. Letzteres erfordert einen Zusatz von 58 540 Mark. Genosse Geyer meinte, diese Summe sei so gut wie zum Fenster hinausgeworfen. Wenn die Regierung durchaus ein eigenes Organ haben wolle, so solle man eine Verschmelzung beider Blätter vornehmen, das werde sowohl finanziell als auch hinsichtlich des Inhalts beider Blätter günstig wirken. Das „Dresdener Journal“ sei inhaltl. resp. werthlos, und die „Leipziger Zeitung“ führe als Pöbelblatt einen rüden Ton gegen die Sozialdemokratie, weil die Regierung die Verantwortung dafür ablehne.

Der Wahlrechtsminister v. Meißner wollte den Spieß umkehren und der sozialdemokratischen Presse Anstand lehren, kam aber damit sehr schlecht aus, denn Genosse Geyer verlor nur ein Bittat aus der Leipziger Zeitung, daß der Minister selbst zu tabeln sich gezwungen sah, obgleich er sonst gern verheißt, was gegen die Sozialdemokratie verübt wird. Und den Konservativen legte Genosse Geyer ein Pröbchen unflätigster Schimpfereien auf den Reichstag aus ihrem offiziellen Parteiorgan, dem „Waterland“ vor, daß die Herren zum Schweigen, aber beileibe nicht zum Erdröthen brachte. Die Provokation des Ministers hatte also den vereinigten Reaktionen keine freundliche Stunde bereitet. Der Präsident Ackermann erlaubte sich bei der Debatte wieder Eingriffe in die Redefreiheit und wollte Geyer in seinen Ausführungen parteiisch hindern. Allein, auch er ist ab, als ihm Geyer über diese Beschränkung der Redefreiheit eine eindringliche Vorlesung gehalten hatte.

Das Wahlgeseh kommt jedenfalls erst am Mittwoch in die erste Beratung. Man will in den parteipolitischen Fraktionen erst noch den Abgeordneten Gehorsam einprüfchen, damit sie das Geseh apporieren. Man merkt es mit jedem Tage mehr, daß die herrschenden Kreise unfähig sind, ein so intelligentes Volk, wie das sächsische, zu regieren. Ueber die Folgen ihres Vorgehens ist sie sich nichts weniger als klar. Und selbst in großbürgerlichen Kreisen wird diese Unfähigkeit unliebsam verspürt. Man weiß in jenen Kreisen sehr wohl, daß die Sozialdemokratie von dem Streich der Volksgutmündigung die allergrößten Vortheile hat und warnen die herrschenden Kreise eindringlich. Aber — wen die Widter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit. Die Sozialdemokratie Sachens wird die Situation anzunehmen verstehen und nicht nur die nächsten Reichstagswahlen, auch die Gemeindevahlen werden davon Zeugnis ablegen. Mit dem Muthe der Kaltblütigkeit steht sie ihren Gegnern gegenüber.

Versammlungen.

Hauptprediger a. D. Stöcker besprach am Freitag vor einer vom Vorstände der Christlich-Sozialen Partei einberufenen Versammlung die Ursachen seiner Verdrängung aus der konservativen Partei. Der Saal der Tonhalle war von mehr als 2000 Personen besetzt. Die genöthigt in christlich-sozialen Versammlungen wurde auch diesmal Stöcker bei seinem Erscheinen mit lebhaften Hochrufen begrüßt. Seine Stimmung schien jedoch, im Gegensatz zu früher, etwas gedrückt zu sein. Als dieser Mann sich im vorigen Jahre an derselben Stelle vor seinen Getreuen wegen des bekannten Scheiterhaufen-Briefes rechtfertigte und mit unverkennbarer Dreistigkeit, in dem Gefühl, der konservativen Partei unentbehrlich zu sein, den fraglichen Brief, der ihn nach den von seiner Partei offiziell vertretenen Anschauungen in derselben hätte unmöglich machen müssen, als eine harmlose Sache hinstellen suchte, konnte man seine Haltung am besten mit dem Berliner Worte bezeichnen: „Mir kann keiner!“ Heute machte sich dagegen in Ton und Ausdruck seiner Rede die Stimmung eines Menschen bemerkbar, der sich schweren Herzens in eine ihm ungewohnte aber unvermeidliche Situation fügt. Stöcker führte etwa aus, daß ihm die Scheidung von der konservativen Partei, mit der er und die Christlich-Sozialen so lange zusammen gekämpft, blutiger geworden sei. Trotz der Trennung von der konservativen Fraktion würden die Christlich-Sozialen aber Angehörige der Gesamtpartei der Konservativen bleiben. Von vielen Seiten seien ihm Glückwünsche zugegangen. Das beweise, daß die Scheidung für nothwendig gehalten werde. (Zuruf: Sehr richtig!) Die Konservativen, namentlich auch Großgrundbesitzer des Ostens, hätten vordem die Berliner Bewegung materiell und moralisch unterstützt und wenn diese jetzt nicht mehr mit ihm zusammengehen wollten, so liege das an der Verschiedenheit der beiderseitigen sozialen Anschauungen. Er (Stöcker) sei der Alte geblieben, er sei durchaus nicht radikal geworden in seinen sozialen Anschauungen; im Gegentheil sei er jetzt nicht mehr so stürmisch als in jüngeren Jahren. Aber die Konservativen wären andere

geworden. Der Redner geht nun auf die Ursachen seines Zerwürfnisses mit den Parteiführern ein, deren erstes die Haltung der „Konservativen Korrespondenz“ anlässlich des sog. Scheiterhaufen-Briefes, dessen er sich nicht zu schämen habe, gewesen sei. Als der Brief im Jahre 1888 geschrieben worden sei, hätten die Mittelparteien mit den vernünftigsten Mitteln den jungen Kaiser in ihre Rehe ziehen wollen. Das habe im Interesse der konservativen Partei verhindert werden müssen, und zu dem Zwecke sei der Brief geschrieben. Die „Kons.“, die mit ihm (Stöcker) an demselben Stränge gezogen und gleichfalls die mittelparteiliche Politik mißbilligt habe, hätte nun nach Veröffentlichung des Briefes im „Vorwärts“ denselben, der doch eine Parteisache wäre, für seine Privatmeinung erklärt. Das sei unrecht gewesen und habe daher den ersten Grund zur Mißstimmung gegeben. Diese Sache sei aber zwischen ihm und der „Kons.“ ausgeglichen worden. Dann sei die Dege gekommen, die ihn in die Verdrängung des „unglücklichen Mannes“ (Hammerstein's) verwickeln sollte, wobei die mittelparteiliche Presse schlimmer gewesen wäre als die „Juden- und Sozialdemokratischen Blätter“. Statt nun in solch schwerer Zeit an seiner Partei einen Rückhalt zu haben, hätte Graf Schlieben ihn aus dem „Eiser-Ausschuß“ und Herr von Noon ihn aus der Partei zu drängen versucht. Das sei nicht schön gewesen und nobel auch nicht. (Braurufe.) Auch seien die mittelparteilichen Blätter über vertrauliche Beratungen im „Eiser-Ausschuß“ besser informiert gewesen als die Konservativen. Ferner habe man ihm zum Vorwurf gemacht, daß er in Liegnitz mit den christlich-sozialen „Jungen“ verhandelt hätte. Er habe sich hierbei nichts vergeben, da die Liegnitzer von den Freibauern der „Jungen“ frei wären. Auch diese Schwierigkeiten seien beseitigt. Dann blieben noch die Vorwürfe wegen der Haltung des „Volk“. Obgleich er seit sechs Jahren keinen Einfluß mehr auf das „Volk“ hätte und also für dessen Haltung nicht verantwortlich gemacht werden könne, habe er sich doch zu der Erklärung verstanden, nichts im „Volk“ zu veröffentlichen, so lange dies Blatt sich nicht auf der von ihm bezeichneten Linie bewege. Die von ihm verlangte weitergehende Erklärung habe er nicht abgegeben, um nicht ein politisch todtter Mann sein zu wollen. Aber nicht die Haltung des „Volk“, sondern die verschiedenen sozialen Anschauungen der Christlich-Sozialen und der Konservativen seien als Ursache der Scheidung anzusehen. Seine sozialen Bestrebungen wären stets sehr maßvoll gewesen und hätten sich im Rahmen der Sozialpolitik der Regierung bewegt. Mit den „Jungen“ habe er keine Gemeinschaft gehabt. Er habe dem Parrer Naumann die Mitarbeiterschaft an der „Hilfe“ versagt und auch, als in Breslau die „Jungen“ das Lösungswort ausriefen: „Das Land den Massen“, habe er sich dagegen gewandt und die Nothwendigkeit der Erhaltung des Großgrundbesitzes vertreten. Nie habe er eine Organisation des gesammten Proletariats und den Klassenkampf gewollt, sondern sein Bestreben sei, die werththätige Bevölkerung in Berufs- und Interesservereinen zu organisieren. In England seien die Berufsvereine noch vor 50-60 Jahren so revolutionär gewesen, daß sie jedes Mitglied verpflichteten hätten, auf Befehl eines Fabrikanten zu er-morden — was auch in Birmingham thätiglich geschehen sei — heute wären diese Vereine sehr ruhig; fromme Leute und Temperanzler gehörten zu ihren Mitgliedern und noch vor wenig Jahren wäre ihre Generalversammlung mit einer Rede eines Bischofs eröffnet worden. Das sei die Folge der Berufsorganisation. Unser deutsches Proletariat sei zwar organisiert, aber nur zu Wahlzwecken, unter der Führung von Bebel, Liebknecht und Singer. Diese falsche Organisation müsse beseitigt werden durch Berufsorganisation, welche die große proletarische Welt zertheile und wieder Körpergeist in die Massen bringe. Gegenüber einer solchen dämonischen Macht wie der Sozialdemokratie müsse man Geduld haben. Vieles sei jedoch auch hier schon besser geworden durch die Sozialreform und durch das Sozialistengesetz. Das Auftreten der Sozialdemokratie sei maßvoller geworden. Aber nur wenn die lebendige Macht des Christenthums im öffentlichen Leben sich geltend mache, sei es möglich, den Geist der Sozialdemokratie zu bekämpfen. (Beifall.) Die Mittelparteien seien nicht im Stande, diesen Kampf zu führen. Das sei vielmehr Sache der Christlich-Sozialen und nur möglich durch freiere Stellung der Kirche, die nicht byzantinisch sein dürfe. In konservativen Zeitungen — meint der Redner — habe ich heut gelesen: die Konservativen gehen jetzt rechts und Stöcker links. „Nein, meine Freunde, das werden Sie nicht erleben! Wir gehen noch weiter (rechts)“ (Großer Beifall.) Die konservative Partei sei jetzt nicht in der Lage, in Arbeiterkreisen zu wirken, da sie zu viel mit dem agrarischen Nothstande zu thun habe, deshalb müßten die Christlich-Sozialen diese Aufgabe übernehmen. Es sei eine Trennung der Konservativen in zwei Richtungen nöthig, wovon die eine die ganzen sozialen Verhältnisse umfasse. Diese müsse an den kleinen Mann denken — nicht nur an den Fabrik- und Landarbeiter — sie müsse sozial wirken, denn sie gehöre mit dem Volke zusammen, aber nicht mit dem mittelparteilichen Bourgeois. Auch der Kampf gegen die Uebergänge und Annäherungen des Judenthums müsse weiter geführt werden. (Beifall.) Nun wollen wir sehen — so schließt der Redner — ob wir uns in dieser Freiheit und Ungebundenheit nicht nützlicher machen können, als in der Vereinigung mit den Konservativen. Das ist der Zweck der Scheidung. (Stürmischer Beifall.) Oberwinder, Redakteur des „Volk“, erklärt gleichfalls, daß Stöcker keinen Einfluß auf das Blatt hatte, daß er (Oberwinder) vielmehr seit März 1890 die selbständige Leitung der Zeitung annehme. Er weist den Vorwurf zurück, daß er den Lesern des „Volk“ langsam das soziale Gift habe eintränken wollen. Das Blatt stehe auf dem Boden der kaiserlichen Botschaft Wilhelms I. Der nächste Redner Redakteur von Gerlach, hat den Professor Erb. Rath Wagner zu dieser Versammlung eingeladen. Derselbe habe ihm brieflich mitgeteilt, daß er nicht erscheinen könne, da er sich als Rektor der Universität nicht politisch betheiligen wolle, daß er aber die Trennung billige, und gewünscht hätte, sie wäre schon früher geschehen. Herr Wagner rath in diesem Briefe den Christlich-Sozialen, nicht zu scharf gegen die Jungen vorzugehen, da ein Zusammengehen mit diesen näher liege, als ein Anschluß an die Konservativen, die mehr Neigung hätten, sich der Stumm'schen Richtung anzuschließen. Viele konservative Vertrauensmänner — so meint Herr v. Gerlach weiter — wären bereits aus der Partei ausgeschieden. Man dürfe sich nicht scheuen, nöthigenfalls den Kampf gegen die bisherigen Freunde zu führen. In seinem Schlupfwort betonte Stöcker, daß es jetzt vor allem darauf ankomme, die unter den sozialen Verhältnissen leidenden 80 pCt. unseres Volkes für die christlich-waterrländische Bewegung zu gewinnen, beziehungsweise sie darin zu erhalten; er schloß mit dem Wunsche, daß die Zeitung „Das Volk“ jetzt durch und durch christlich-sozial werden möge: eine Fiktion, um die sich seine Partei scharen löse. Mit Hochrufen auf Stöcker und die Christlich-Soziale Bewegung ging die Versammlung auseinander.

Die öffentliche Versammlung der Delegirten zur Berliner Gewerkschaftskommission wurde am

Freitag, den 7. Februar, im Louisestädtschen Klubhaus, Annenstraße 16 abgehalten mit der Tagesordnung: 1. Rechenschaftsbericht, Kassenbericht und die Statistik vom zweiten Halbjahr 1895. 2. Bericht über die Lohnbewegung der Zimmerer und Schneider. 3. Gewerkschaftliche.

Der Punkt 1 der Tagesordnung wurde durch Geschäftsordnungs-Antrag auf die nächste Sitzung verlagert, um den Delegirten Zeit zu geben, den erschienenen Halbjahrsbericht mit der darin enthaltenen Statistik der Berliner Gewerkschaften und der Marken- und Kassenabrechnung einer gründlichen Prüfung unterziehen zu können. Gleichzeitig wurde beschlossen, in Punkt 2 der Tagesordnung den Bericht über die geplante Aussperrung der Berliner Hutmacher anzunehmen.

Mit den Berichten über die gegenwärtigen Lohnbewegungen begann der Vertreter der Zimmerer, Rehmann. Er legte die Gründe, die zum Streik führten, auseinander und bezeichnete die endgiltig aufgestellten Forderungen: 9 stündige Arbeitszeit und einen Stundenlohn von 55 Pf. pro Stunde, als so beschiedene, daß im Verhältnis zu den Gefahren, die der Beruf mit sich bringe, die Bewilligung derselben bei der gegenwärtigen günstigen Konjunktur etwas selbstverständliches sein müsse. Er spricht den Wunsch aus, daß die Gewerkschaftskommission sich mit dem Vorgehen der Zimmerer einverstanden erkläre.

Maurer Silberschmidt tabelt, daß die Zimmerer ohne vorherige Verständigung mit den Berliner Maurern vorgehen. Diefelben würden dadurch in einem für sie für einen Lohnkampf ungünstigen Zeitpunkt in Mitleidenschaft gezogen, da infolge der milden Witterung bereits die meisten Bauten fertiggestellt werden konnten, die neu anzufangenden Bauten aber noch nicht in Angriff genommen werden. Aus diesem Grunde dürften die Zimmerer auch nicht auf große materielle Hilfe seitens der Maurer rechnen. Die Versammlung erklärt durch ihre Abstimmung den Streik schließlich für gerechtfertigt und verspricht mögliche Unterstützung.

Der Vertreter der Hutmacher berichtet, daß seiner Gewerkschaft eine allgemeine Aussperrung seitens der Hutfabrikanten drohe, wenn die Berliner Arbeitergewerkschaft nicht insgesammt hinter den Hutmachern stehe. Die Ursache dazu sei die Wafregelung einer Arbeiterin der Firma Bambus u. Co. in der Genueserstraße wegen ihrer agitatorischen Thätigkeit für die Hutmacher-Organisation. Mit dieser Arbeiterin verließen sämtliche Arbeiter die Fabrik, auch die weiblichen, im ganzen 80. Da sich dieser Schlag gegen die Organisation richtet, weil eine Verhandlung bisher nicht zu erzielen war und der Verband der Holzschuhfabrikanten beschloß, seine sämtlichen Betriebe zu schließen, so müsse man auf diese rigorose Handlungsweise eine deutliche Antwort geben.

Faber betont die prinzipielle Bedeutung dieser Angelegenheit, die Angriffe der Fabrikanten richten sich in diesem Falle gegen die Organisation der weiblichen Arbeiter überhaupt, darum hätten die Arbeiter umso mehr die Aufgabe, die Organisation der Frauen zu unterstützen. Auch den Hutmachern wird seitens der Delegirten die volle Sympathie und Unterstützung zugesichert.

Die Angelegenheit der Brauer betrifft der bei einer Brauerei schwebenden Streitigkeiten wird dem Ausschuss überwiesen.

Auch die an den Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeiter treten nach dem Bericht ihres Delegirten viel am kommenden Montag in einen Streik, um die neunstündige Arbeitszeit und einen procentualen Lohnaufschlag zu erzielen. Der Ausstand hätte die beste Aussicht auf Erfolg, da Streikbrecher nicht aufzutreiben wären. Fischer und Eitzi warnen, obwohl die Lage aller Arbeiter eine gedrückte sei, so wenig planvoll eine Reihe Streiks zu gleicher Zeit vorzunehmen, da die materielle Leistungsfähigkeit der Arbeiter dadurch zu sehr angespannt und eine Zersplitterung der Kräfte zur Folge habe. Willarg rath energisch das inkorrekte Verhalten dieser Gewerkschaft, die ebenfalls ohne Verhandlung mit den Holzarbeitern Berlins, die bedeutend in Mitleidenschaft gezogen würden, jetzt allein vorgehe. Sollte auch nicht erwartet werden, bis die günstige Zeit verstrichen sei, so müßten doch die Gewerkschaften mindestens vorher informiert sein. Auch die Delegirten der Holzbildhauer und Drechsler sind nicht informiert, namentlich die ersteren die sofort und direkt dadurch am Arbeiten gehindert sind, wenn die Dekoupprer und Fraiser streiken, was ohne vorhergegangene Mittheilung entschieden als verwerflich bezeichnet wird. Dof erklärt, daß sich die einzelne Branche nicht den Zeitpunkt für ein Vorgehen vordrehen lassen könne. Trotzdem wird auch dieser Streik sanktionirt mit knapper Majorität und die Hilfe der Gewerkschaften dadurch zugesichert.

Die Verlesung der Präsenzliste ergibt, daß die Delegirten der Portefeulle-Arbeiter, Fußer, Schirmmacher, Schäfte-Arbeiter, Stodarbeiter, Schlächter, Fingierher, Wäcker, Wäcker, Bureau-Arbeiter, Delatente, 1 Fabrik- und Hilfsarbeiter, Glaser, Chirurgische, Instrumenten-Arbeiter und Höfner nicht anwesend sind.

Zur Lohnbewegung der Konfektionsbranche theilt Willarg mit, daß ein Grund zu Erörterung dieser Angelegenheit nicht vorliege, da die Arbeiter und Arbeiterinnen in besser Einigkeit gemeinsam handeln. Die zur Zeit seitens des Herrn Regierungsraths Dr. Sprenger, sowie des Gewerbegerichts mit den streitenden Parteien schwebenden Verhandlungen müßten in Ruhe abgewartet werden und würden die Montag stattfindenden 14 Versammlungen die Entscheidung bringen. Der Schneider Wiesemann verlangt trotz des Unwillens der Versammlung darüber, daß die Angelegenheit überhaupt verhandelt wird, die Kommission möge entscheiden, daß die lokalorganisirten Schneider in die Lohnkommission gewählt werden und Stellung genommen werde zu dem Vorgehen des Gewerkschaftsbureaus und des „Vorwärts“, welche die Annoncen zu dem Sonntag von ihrer Richtung geplanten Versammlungen inhibirt hätten; die Versammlungen würden nun erst recht abgehalten werden.

Dr. Braun weist die Angriffe gegen den „Vorwärts“ zurück und bezeichnet das Verhalten Wiesemann's als einen Verath gegen die Berliner Arbeiter; so muß man es bezeichnen, wenn einige Tage vor der endgiltigen Entscheidung der Dinge der aller Voraussicht nach ansichtslose Versuch gemacht wird, in der Schneidbewegung — Sonderbestrebungen anzuzetteln, fährend in den Gang der schwebenden Verhandlungen einzugreifen. Einem solchen Gebahren dürfe der „Vorwärts“ nicht Vorschub leisten, da sonst mit recht die Arbeiter enttäuscht sein müßten. Diefenigen, die in so provokatörischer Weise Uneinigkeit in der Schneidbewegung zu schaffen suchten, seien dadurch vor den Arbeitern gerichtet! Es hieße die Geschäfte der Gegner besorgen, gingen die Schneider auf diese Quertreibereien ein, umso mehr, da wie verlautet, die Firma Manheimer 10 000 M. zur Unterstützung des Streiks gegen die „Schmuhkonferenz“ gestiftet hat. Nach einigen Geschäftsordnungs-Debatten wird auch dieser Punkt der Tagesordnung verlassen.

Im letzten Punkt: Gewerkschaftliches theilt der Vertreter der Schriftgießer mit, daß der Streik der Schriftgießer bei der Firma Bethold nach achtägiger Dauer zu gunsten der Arbeiter beendet ist und diefelben sämtlich wieder eingestellt wurden.

Sch appellire an das geehrte Publikum, mich zu unterstützen, da ich durch den Umzug, welcher bis Ende dieses Monats bewerkstelligt sein muß, gezwungen bin, die kolossalen Vorräthe zu jedem annehmbaren Preise zu verkaufen.

Lederpreise gefallen!

Schuhwaaren noch besser wie früher zu alten spottbilligen Preisen.

unter Garantie der Haltbarkeit durch Garantiescheine, die Jeder beim Einkauf erhält.

Herrenstiefel.

- Schwarze Filzpantoffel m. durchg. Filzsohle 55 Pf.
- Dieselben mit Filz- u. Ledersohle, durchg. 95 Pf.
- Lederpantoffel mit durchgenähter Ledersohle und Fled Mk. 2,50
- Rindleder-Schaftstiefel, Handarb., gen. Mk. 5,50
- Schwarze Filzstiefel oder Schnürstiefel, mit Agraffen, rings mit hohem Nopfenbesatz, sehr warm gefüttert Mk. 6,90
- Rossleder-Zugstiefel, genagelt, Handarb. Mk. 5,40
- Dieselben auf Rand genäht Mk. 6,75

- Dieselben, glattes Oberleder oder mit Besatz und durchlöcherter Kappe, Handarbeit Mk. 7,90
- Kalbleder-Zugstiefel a. Rd. gen., Handarb. Mk. 9,25
- Spiegelrossleder-Zugstiefel ohne Seitennäht, eigenes Fabrikat, Handarb., genagelt Mk. 7,75
- Dieselben weniger voll im Spiegel Mk. 6,-
- Spiegelrossleder-Zugstiefel ohne Seitennäht, mit aufgelegter Doppelfohle, genagelt, Handarbeit, eigenes Fabrikat Mk. 8,75
- Spiegelrossleder-Zugstiefel, gewalzt aus einem Stück, auf Rand genäht, eigenes Fabrikat, Handarbeit Mk. 9,50

- Schwarze Filzpantoffel mit Filzsohle 45 Pf.
- Dieselben mit Filz- und Ledersohle, durchgenäht 85 Pf.
- Lederpantoffel mit durchgenähter Ledersohle und Fled Mk. 1,75
- Oberfilzschuhe mit Filz- u. Ledersohle Mk. 2,-
- Filzhausschuhe, rings mit Nopfenbesatz, starker Lederbesatz u. Absatz Mk. 3,10
- Lederhausschuhe, warm gefüttert, mit Polster u. Ledersohle Mk. 3,50
- Filzstiefel mit Nopfenbesatz Mk. 4,50
- Dieselben mit Winterbesatz Mk. 5,-
- Tanz- u. Salonschuhe, von Gemütsleder mit Spitzkappe u. Schleife, Lederfutter (Holzabsatz) Mk. 2,90
- Dieselben mit Lederabsatz Mk. 3,60
- Dieselben durchweg aus Kalbleder, nicht zu verwechseln mit Lackleder (Holzabsatz) Mk. 3,50
- Lehete mit Lederabsatz Mk. 4,25
- Rossleder-Hausschuhe, ausgehoben, genäht Mk. 2,90

- Rossleder-Schnürschuhe, genäht Mk. 4,10
- Dieselben genagelt Mk. 3,80
- Rossleder-Zugstiefel auf Rand genäht, mit oberer ohne Lackfüße, 6" hoch im Auge, zu Mk. 5,90 u. 6,90
- Satin-Kalbleder-Zugstiefel in vorliegender Ausführung Mk. 7,75 u. 8,75
- Glacé-Zugstiefel in vorliegender Ausführung Mk. 8,25 u. 9,25
- Rossleder-Knopfstiefel auf Rand genäht, ausgehoben Knopflöcher, verzierte Spitzkappe Mk. 7,25
- Satin-Kalbleder-Knopfstiefel in derselben Ausführung Mk. 9,- u. 10,25
- Glacé-Knopfstiefel in derselben Ausführung Mk. 9,50 u. 10,75
- Rossled. Kinder-Knopf- und Schnür-Stiefel genagelt, Handarb., bis 18 cm Mk. 3,25, bis 22 cm Mk. 4,25, bis 25 cm Mk. 5,50
- Damen-Gummi-Schuhe zu Mk. 2,00, 3,00, 3,50
- Herren-Gummi-Schuhe zu Mk. 3,50, 3,90 u. 5,00

Damenstiefel.

D. R. M. S. Dr. Thomalla's Gesundheitschuhe: aus taftartigem präpariertem Stoff; das angenehmste Tragen und Empfehlenswerteste in sanitärer Beziehung. — Für Herren: Zugstiefel 10,50 Mk. Schnürstiefel 11,00 Mk. Halbschuhe mit Gummizug oder zum Schnüren 8,75 Mk. Für Damen: Halbschuhe 8,25 Mk. Zugstiefel 9,50 Mk. Knopfstiefel 11,00 Mk. —

Weitere, denkbar größte Auswahl, sowie Kinderstiefel und Filzwaaren jeder Art zu bekannt billigen Preisen am Lager! Beim Versand von Schuhwaaren, der gegen Nachnahme oder vorherige Einzahlung des Betrages geschieht, ist Frantatur ausgeschlossen. — Nichtconvenirendes nehme im Originalzustand zurück. — Das Maß bitte durch Verleiten eines genau passenden Stabes in den getragenen Stiefel festzustellen und in Centimetern anzugeben und ob Spann hoch oder niedrig. Für Gummischuhe, obgleich zu den besten Fabrikaten gehörend, übernehme keine Garantie.

ca. 2 1/2 Millionen Cigarren zu Spottpreisen. Für raffinierte Raucher u. Kenner von Qualitäts-Cigarren, und zwar

Havana, Felix,

La Cruz des Almas u. Chindische Cigarren. — Diese Serie von durch- und nur vornehmsten, ausgehoben edelsten Gewächsen spricht für sich selbst und erübrigt jede weitere Empfehlung. Die mit * bezeichneten Marken sind meine eigenen Fabrikate. — Hochfeine St. Felix-Cigarren ca. 11 cm lang, 100 Stk., 5,00 Mk., eine Röhre 250 Stk., für 12 Mk. — Marke Dell B/A* mit Hasen- und Felix-Einlage, 9/16 cm lang, per 100 Stk. 11 Mk. 5.-

1891er Havana-Cigarren,

prachtvoll im Grunde, köstlich im Aroma, ca. 10 1/2 cm lang, 10 mit 10 Mk. preiswürdig verkauft, köstlich bei mir bisher 2 Mk. 50, jetzt nur per 100 Stk. 2 Mk. 50. — Marke Torpedo * ca. 12 1/2 cm lang, Regalia-Import-Verpackung aus durchwegs edlen, milden Tabaken zusammengestellt, per 100 Stk. 11 Mk. 50. — 2 Marken 1 A prima Havana-Cigarren ca. 9/16 cm lang, 100 Stk. 11 Mk. 50. — Dieselbe in geheimer Verpackung ca. 7/16 cm lang, 100 Stk. 11 Mk. 50. — Marke La Cruz des Almas-Cigarren, per 100 Stk. 11 Mk. 50. — Marke Gumbert-Cigarren ca. 12 cm lang, überaus edel und hervorragenden, reinen Havana u. Dell-Tabaken zusammengestellt, welche von meinen Kunden ihrer milden und wohlschmeckenden Eigenschaften wegen ersten Import-Cigarren vorgezogen wird, per 100 Stk. 11 Mk.

Sumatra-Cigarren,

Sumatisch scharfwech, brennend, gut austend und von vorzüglichem Geschmack. — Sumatra RR, ca. 10 cm lang, 100 Stk. 11 Mk. 50 (scharfwech). — Flor Flax CC (sein Sumatra), ca. 10 cm lang, etwas geschmackvoller, 100 Stk. 11 Mk. 50. — Sumatra DD, ca. 10 1/2 cm lang, sehr milder Geschmack, per 100 Stk. 11 Mk. 50. — Sumatra EE, ca. 10 1/2 cm lang, eine sehr feine, scharfwech, per 100 Stk. 11 Mk. 50. — Sumatra FF, ca. 10 1/2 cm lang, eine herzerregend, wohlschmeckende, scharfwech und aromatische Cigarre, per 100 Stk. 11 Mk. 50. — Sumatra GG, ca. 10 cm lang, rein überaus vorzügliches Aroma und Kraft-Einlage, eig. Fabrikat, per 100 Stk. 11 Mk. 50.

Ein Posten Regie-Cigarren höchst wohlschmeckend und kräftig. Süddeutsche Fabrikat, nur rein aus Tabak, nicht mit Papier, drei verschiedene Marken in drei verschiedenen Größen, gut brennend und austend. Nr. 1, ca. 8 1/2 cm lang, 100 St. 1 Mk. Nr. 2, ca. 9 cm lang, 100 St. 1,25 Mk. Nr. 3, ca. 10 1/2 cm lang, 100 St. 1,50 Mk. Auf den außerordentlich vortheilhaften Kauf der Cigarren wird ganz besonders hingewiesen. Es empfiehlt sich die Porto-Cigarren wegen, von diesen Marken je ein Original-Paket — 200 Stk. enthaltend — zu besitzen. Jede Sendung ist aus Kostbarkeiten. — Abstinenzwandler nehme auf meine Kosten zurück, worauf sofortige Rückerstattung des Betrages und aller sonstigen Auslagen geschieht. — Grobverpackungen von jeder Marke, resp. Marke, gratis. — Versand gegen Nachnahme oder Vereinfachung des Betrages: — von 9 Mark an franco. Auswahl, nach Wunsch hell, mittel oder dunkel, kräftig oder mild. — Unter 100 Stück von jeder Marke werden nicht versandt. Wiederverkäufer weise insbesondere auf mein Lager in Schuhwaaren und Cigarren hin.

Jacques Raphaëli, Berlin C., Neue Promenade 8, gegenüber Stadtbahnhof, „Börse“, von Ende Februar ab nur Spandauer Brücke 2.

Auf mein rühmlichst bekanntes Lager in Herren- und Knaben-Garderobe, welches ich des Umzugs wegen im Preise nochmals herabgesetzt habe, mache ich die geehrten Leser aufmerksam. Samstliche Abteilungen meines Establishments sind Sonntags während der polizeilichgesetzten erlaubten Stunden geöffnet!

4222L* **Gegen Erkältung, Gicht und Rheumatismus.**
Spezialität: Heißluft- u. Dampfschwitzkastenbäder m. Verpackung, Massage.
Ritter-Bad, Bad Frankfurt,
18, Ritterstr. 18, (Ecke Prinzenstr.) 136, Gr. Frankfurterstr. 136.
Bäderlieferung für sämtliche Frankenkassen Berlins u. Umgeg.

Nur-Bade-Anstalt und Massage
von **H. Mania**, Brunnenstr. 16.
Dampf- und Heißluft-Kastenbäder, Wannen- und medizinische Bäder.
Fuß-, Arm- und einzelne Glieder-Bäder
ohne den ganzen Körper zu strapazieren. Dieferant und Masseur sämtlicher Orts-Frankenkassen und freien Hilfskassen.
42048*
Dienstags und Freitag von 1 Uhr ab nur für Damen.
Die Filiale nur für Massage ist Tuchstraße 46, 4 bis 5 1/2 Uhr.

Admiralsgarten-Bad.
Wir verabreichen in unseren hiesigen Heil- und Bade-Anstalten
1. **Friedrich-Strasse 102**
2. Bad Alexanderplatz (Alexanderplatz 3) | 5. Soolquelle Bonifacius (Lützowstr. 74)
3. „ Oranienplatz (Luisen-Ufer No. 22) | 6. „ Martha (Friedrichstrasse 8)
4. „ Weddingplatz (Reinickendorferstr. 2a) | 7. „ Paul (Paulstrasse 6)

Kohlensaure Soolbäder
hergestellt nach dem bewährten System **Friedrich Keller D. R. Patente No. 75717 und 77290.**
Die Anwendung dieses patentirten Verfahrens haben wir uns von der **Union — Dr. Schramm-Macdonald** während dessen Dauer für Berlin und Umgegend gesichert.
Der Einfluss dieser Bäder auf den Körper ist um so heilkräftiger, als wir in der Lage sind, das Produkt unserer erbohrten Quellen, die **natürliche Soole**, bei Bereitung derselben verwenden zu können.
Diese Bäder haben die Eigenschaft der Bäder von **Nauheim, Kissingen, Pyrmont, Oeynhausen, St. Moritz** u. a. m., nur mit dem Unterschiede, dass die unsererseits verabreichten Bäder einen bei weitem stärkeren Kohlensäuregehalt aufweisen.
Mit grossem Erfolge werden die Bäder angewendet gegen:
Rheumatismus, Gicht, Neuralgie, Nervenleiden, Frauenleiden, Magen- und Unterleibsleiden, Herz- und Nierenkrankheiten etc.
Badezeit in allen Anstalten: Wochentags von 8—8 Uhr. Sonn- u. Feiertags von 8—1 Uhr.
Preise: Ein einzelnes Bad Mk. 2,50; im Abonnement 6 Stück à Mk. 2,-.
Die Direktion.

Spree-Havel-
Dampfschiffahrtsgesellschaft „Stern“
38 Salon-Dampfer und Elektricitäts-Boote.
Wie empfehlen den verehrlichen Vereinen, Schulen, Gesellschaften etc. unsere renovirten und jetzt mit **Sonnenzellen** versehenen Dampfer, 90 bis 400 Personen, sowie eine Anzahl **Elektricitäts-Boote**, 12—100 Personen fassend, ferner unsere neuen für über 500 Personen eingerichteten, mit elektrischer Beleuchtung und Scheinwerfern ausgestatteten **Dampfer**.
Auch für die kommende Saison vermietten wir unsere Dampfer zu billigen Preisen an.
Sonntagen und Wochentagen
und nehmen schon jetzt Bestellungen entgegen in unseren Bureau: Berlin SO., Brückenstr. 15, I. Telefon Potsdam, Range Brücke (Wichtigbäude), Telefon Nr. 124.
Die Direktion.

Arkona-Bad
Anklamerstraße 34 (Schräger über der Dionskirchstraße).
Empfehle meine russischen und vorzüglichen Dampf- und Heißluftbäder mit Einpackung und Massage, sowie Wannen- und medizinische Bäder. — Ausnahme von Wädern der Orts-, Zinnungs- und freien Hilfs-Frankenkassen von Berlin. (4226L)
Die Dampf- und Heißluftbäder für Damen Montags u. Donnerstags morgens von 8—1 Uhr.
W. Krückel.

Hackescher Markt 4, Am Stadtbahnhof „Börse“
J. Brünn
Ecke Neue Promenade
Inventur - Ausverkauf!
Teppiche! Gardinen! Portièren!
Steppdecken! Leinentwaaren!
Fertige Wäsche!
zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

Alle Preise sind in Zahlen an d. Waaren angegeben.

Alle Preise sind streng fest u. sehr billig.

Baer Sohn BERLIN.

Geschäfts-Häuser

gegründet 1891

24a. Chausseest. 24a, zwischen Invalidenstr. und Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater.
 11. Brückenstrasse 11, Ecke Mungestraße, mit 10 Schaufenstern.
 16. Grosse Frankfurterstrasse 16, schrägüber d. National-Theater.

Alle Frühjahrs-Neuheiten in Herren- u. Knaben-Bekleidung
 sind eingetroffen. Unsere Auswahl ist eine so enorme, wie nie zuvor und dürfte wohl die reichhaltigste sein, welche je geboten ist. **Allererste Fabrikhäuser** haben uns ihre besten, edelsten Erzeugnisse geliefert, und infolge der kolossalen Abschlässe Preise ermöglicht, daß wir je dem Wettbewerb überlegen sind. Unsere **eigene Fabrikation** ist mit Rücksicht auf den vergrößerten Umsatz verdoppelt worden und kann sich mit Recht in die **erste Reihe deutscher Bekleidungsfabrikanten** setzen.

Wir offeriren als besonders wohlfeil:

Einsegen.-Anz. 30, 25, 20, 10 M. 18, 14, 10 M.	Festtags-Anzüge 60, 50, 40, 18 M. 30, 25, 21, 18 M.
Früh.-Palet. 40, 36, 30, 10 M. 25, 20, 15, 10 M.	Festtags-Hosen 14, 12, 10, 6 M. 9, 8, 7, 6 M.
Früh.-Anzüge 45, 40, 35, 15 M. 30, 25, 20, 15 M.	Knaben-Anzüge 14, 10, 8, 3 M. 8, 5, 4, 3 M.
Anzüge nach Maß 70, 50, 40, 33, 27 M.	Paletots nach Maß 50, 40, 36, 30, 27 M.
	Hosen nach Maß 18, 15, 12, 10, 9 M.

Herren-u. Knaben-Bekleidung.

Unsere Angestellten sind angewiesen, sich über Beschaffenheit u. Ursprung d. Waaren streng wahrheitsgemäß zu äußern.

Unsere Angestellten sind angewiesen, sich über Beschaffenheit u. Ursprung d. Waaren streng wahrheitsgemäß zu äußern.

Ausschneiden

Münzel's Loh-Tanninbäder

Ballstraße 70-71, Neu-Cölln a. W. 6-8, Ausbacherstraße 19, Panfstr. 32, Berlin, heilen sicher und radikal **Gicht, Ischias, Podagra, Rheumatismus** veraltete Leiden, Folgen von **Quecksilberkuren, Magen-, Nerven-, Blasen- und Hierenleiden, sowie alle Haut-, Blut-, Frauen- Krankheiten**, täglich für Damen und Herren bis abends 10 Uhr.
 Inhaber dieser Annonce erhält ein Probebad **für nur 1 Mk.**

Lohbäder für Frankenkassen.

41979^o Größtes Theater- u. Masken-Garderobengesch. Costüme v. 1 Mk. an. Bei Abnahme von 30-40 Costümen Aufführ. gratis. **Oranienstr. 165 a** (Ecke Oranienplatz).

Achtung! Waldvögel!
 aller Gattungen, sprechende Papageien, prämi. Kanarienvögel, gute Hechtweibch., auch tollige, Vogelfutter, Vogelbauer, staubfreier Vogelstanz, 3 Pfd. 20 Pfg., Goldfische, zahme Gichtchen à 2 Mk., empfiehlt reell und billig 41968^o **Ruffler, Fennstraße 6.**

Roh-Tabak J. Fränkel, Berlin C., Klosterstrasse No. 72.

Rohtabak Ernst Förster, Berlin NO., Kaiserstr. 30.

Rohtabak Karl Roland, Mariannenstr. 23.

Rohtabak E. Schwarz, Brunnen-Strasse 194.

Rohtabak Rob. Kessler, Mariannen-Str. 37.

Rohtabak Rud. Völcker & Sohn, Köpnickstr. 45.

Rohtabak W. Lindenstädt, 179 Brunnen-Strasse 179-48 Landsberger-Strasse 48.

Rohtabak Seb. Gröbel, 11 Brunnen-Strasse Nr. 11.

Rohtabak Heinrich Franck, Nr. 185, Brunnenstrasse Nr. 185.

Rohtabak Kanow & Schulz, Weinmeisterstr. 18, Ecke Rosenthalerstr.

Auf Theilzahlung!
 Schlag-Regulat. 14 Tg. geb. 18 Mk.
 Silb. Herren-Remont. Uhr 15 Pfd.
 2jähr. Garant. Charlottenstr. 15.
 Kein Abzahlungsschwindel.

Grösste Auswahl. Billige Preise.

Filiale im Norden **Brunnenstr. 182.**

Roh-Tabak Emil Berstorff.

Filiale im Osten: **Koppenstr. 9**
 3 Minuten vom Schlesischen Bahnhof.

Garant. Notton u. sicheren Brand.

Rohtabake

ausgewogen, wie auch in Ballen, vorzüglich in Brand, deckfähig, hell- und mittelfarbig:

Sumatra's	v. 170-500
Java's, Umblatt u. Einlage	80-140
Domingo, do.	80-125
Carmen, Umblatt u. Deckbl.	120-140
Uckermarkter Einlage und Umblatt	70-85
Elsässer, Ia. Rabut	75-85
Pfälzer u. Bülenthaler	75-95
so auch Havanna-, Mexiko-, Sedleaf-, Cuba-Tabake offerirt	25-35

Oscar Pietsch
 Berlin, Friedrichstr. 234.
 Proben nach auswärtig geg. Nachnahme.

Roh-Tabak Max Jacoby
 Strelitzerstr. 52.

Uebersetzung macht wahr!

Roh-Tabak
 kauft man am billigsten in denbox größter Auswahl, 41748^o

Wickelformen, Pressen,
 blau, roth, braun Papier, billig. Preise, bei **L. Cohn & Co.,** Strasse 64, Stadt- od. Pferdebahngeld wird vergütet!

Bettfedern-Spezialgeschäft C. M. Schmidt, 42111^o Berlin, Andreasstr. 59, vorn 1 Tr.
 Grösste Auswahl gerissener Gänsefedern und Dauen Pfd. 1, 2 bis 6 M. Fertige Betten 9, 15 u. 18 M. Bettfedern Pfd. 35, 50 u. 70 Pf.
Möbel, gebraucht, kauft Barow, Rosenthalerstr. 13.

Metzner's Korbwaaren-Fabrik, Berlin, 1. Gesch.: Andreasstr. 23, 2. pt., gegenüb. Andreadyl. 2. Gesch.: Brunnenstr. 95, gegenüb. Humboldtthain.
Kinderwagen, größtes Lager Berlins. Musterstatte. 500 Mark zahle ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe.
Künstl. Zähne, vorzügl. u. Garantie, schmerzlos, Zahnschmerz beseitigt, schmerzlos gelöst, Zahngießen, Theilzahlung. Goldstein, Oranienstr. 129

Ganz unglanblich klingt es,
 unten angeführte ganz fehlerfreie Waaren für den angeführten Preis zu erstehen.

Uebersetzung macht wahr,

und ist es hauptsächlich mein Wunsch, daß namentlich meine verehrte Kundschaft, die durch den häufigen Besuch meiner Lokalitäten mich darin bestärkt, immer wieder gediegene, fehlerfreie Waaren außergewöhnlich preiswerth zu erstehen, diese heute veröffentlichte Gelegenheit sich nur nicht entgehen läßt, da ein derartig ins Auge springendes Beispiel alles bisher Dagewesene übertrifft.

Es kommen diese Woche hauptsächlich zum Verkauf:

1 großer Posten große Kleider-Wirtschaftsschürzen mit garnirten Achselbändern und Taschen	Stück 68 Pf.
1 großer Posten Kleider-Wirtschaftsschürzen ohne Achselbänder	Stück 39 Pf.
1 großer Posten 50 cm breite Damast-Stubenhandtücher in den schönsten Dessins	Duzend M. 4,20.
1 großer Posten Gerstenkorn-Küchen-Handtücher	das ganze Duzend M. 1,75.
1 großer Posten Rolltücher, schöne kräftige Waare	Stück 49 Pf.
1 großer Posten Wischtücher und Gläsertücher	Stück 8 Pf. und Duzend 90 Pf.
1 großer Posten große Tablet-Decken mit Kanten und Franzen	Stück 8 Pf., Duzend 90 Pf.
1 großer Posten schwarz reinwollene Stoffe, glatt und gemustert, doppeltbreit	Meter 72 Pf.
1 großer Posten konturte Kleiderstoffe, doppeltbreit, alle Farben	Meter 58 Pf.
1 großer Posten englische Neuheiten in den schönsten Dessins, doppeltbreit	Meter 54 Pf.
1 großer Posten schwarz seidener Merveilleux	Meter M. 1,10.
1 großer Posten schwarz seidener Damast in den schönsten Dessins	Meter M. 1,70.
1 großer Posten Mousseline de lain, beste Qualität	Meter 45 Pf.
1 großer Posten waschechter Levantine in 250 Dessins	Meter 28 Pf.
Ball-Atasse in allen Farben	Meter 42 Pf.
1 großer Posten glatter Seiden-Changant zu Blousen und Kleidern geeignet	Meter 88 Pf.
1 großer Posten englische Mohairs, in schwarz und marine, doppeltbreit	Meter M. 1,28.

Um sich aber von den außergewöhnlichen Preisen zu überzeugen, werden von angeführten Stoffen Proben gern verabsolgt, und bitte, davon den ausgiebigsten Gebrauch zu machen.

Central-Haus D. Kirschner,
 Berlin SW., Belle-Alliancestraße 101.